Heft 108 / 2021

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE

Schwerpunktthema:

Gesellschaftlicher Zusammenhalt unter Corona

weitere Themen:

- **Jahrestag: Interview zum Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion**
- **DDR-Unrecht: Das Schicksal der Familie Körner**
- **Experiment: Sophie Scholl auf Instagram**

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.!

Zu Beginn der Corona-Pandemie vor mehr als einem Jahr wurde das Motto „Leave no one behind" – lass niemanden zurück – ausgerufen. Seitdem haben wir erlebt, dass zahlreiche Menschen über sich hinausgewachsen sind, zur Bewältigung beigetragen und Verantwortung für andere übernommen haben. Aber auch Überforderung und Wut haben schnell ihren Ausdruck in Appellen und Protesten gefunden.

In der Frage, wie sich die sozialen, ökonomischen und kulturellen Folgen der Pandemie längerfristig auf den Zusammenhalt in der Gesellschaft auswirken werden, ist die Bevölkerung geteilter Ansicht. In den ersten Monaten herrschte Optimismus vor. Viele Menschen hegten zu dem Zeitpunkt noch die Hoffnung, Deutschland werde glimpflich aus dieser Pandemie herauskommen. Mit nach jetzigem Stand rund 90.000 Toten und noch sehr viel mehr trauernden Angehörigen wissen wir inzwischen, dass dem nicht so ist.

Im zweiten Lockdown war die Mehrheit der Menschen in Deutschland der Meinung, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt in der Pandemie gelitten habe. Zu diesem Ergebnis gelangte eine repräsentative Online-Befragung im Auftrag der Caritas. Wie die Pandemie und die Mittel zur Eindämmung jeweils wahrgenommen werden, hängt selbstverständlich von den eigenen Lebensumständen ab. Die individuelle Bewertung der Situation und der Corona-Maßnahmen unterscheidet sich aber auch danach, welchen Werthaltungen die Menschen besondere Priorität einräumen. Diesen Umstand hat die Bertelsmann-Stiftung in einer Studie untersucht, die Yasemin El-Menouar im vorliegenden Heft vorstellt.

Eine Herausforderung für die Politik besteht laut der Stiftung darin, die verschiedenen Werthaltungen und Sichtweisen angemessen einzubeziehen. Dabei gibt es Grenzen. Eine davon ist sicherlich erreicht, wenn ein vom Bundestag beschlossenes Infektionsschutzgesetz als „Ermächtigungsgesetz" tituliert wird oder die Bundesrepublik als „Corona-Diktatur" in die Nähe des SED-Regimes oder gar des NS-Staates gerückt wird. Meine Kolleginnen im geschäftsführenden Vorstand Christine Lieberknecht, Iris Gleicke und Linda Teuteberg haben hierzu eine Stellungnahme aus überparteilicher Perspektive verfasst und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht. Sie erklären, was die derzeitigen Umstände von einem Leben in der Diktatur unterscheidet und warum man solch unangemessenen Vergleichen entschieden entgegentreten muss. Sie plädieren aber auch dafür, einen breiten gesellschaftlichen Dialog zu ermöglichen. Kritik an der Corona-Politik kommt aus verschiedensten gesellschaftlichen Richtungen und ist nicht immer unberechtigt. Ihre Vertreterinnen und Vertreter lassen sich nicht einfach in eine rechte Ecke einsortieren.

Für uns als zivilgesellschaftlicher Verein, der sich der politischen Bildung verschrieben hat, ist die Frage interessant, wie Menschen aus den unterschiedlichen Wertemilieus jeweils angesprochen werden können. Hierzu haben wir in dieser Ausgabe neben den Ergebnissen von Yasemin El-Menouar von der Bertelsmann-Stiftung auch Erkenntnisse der Organisation More in Common aufgegriffen.

Darüber hinaus beschäftigt viele von uns die Frage, wie es geschehen konnte, dass Verschwörungserzählungen wieder Konjunktur haben – bis hin zu übelsten antisemitischen Schuldzuweisungen. Selbst Menschen, von denen wir das nie geglaubt hätten, scheinen in der Pandemie dafür anfällig zu sein. Die Regionale Arbeitsgruppe Südhessen hat zu diesem Thema gerade eine Online-Vortragsreihe veranstaltet. Mit dabei war auch die Psychologin Felicitas Flade. Sie zeigt in diesem Heft auf, welche Mechanismen den Glauben an solche Verschwörungen befördern.

Zum Schluss noch eine gute Nachricht: Die erwähnte Caritas-Befragung hat ergeben, dass immerhin 41 Prozent der Teilnehmer glauben, dass sie selbst etwas zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen können. Diese Einschätzung gründet sicherlich auch auf positiven Erfahrungen gegenseitiger Hilfe in der Pandemie. Das lässt hoffen für die Zukunft. Gemeinsam können wir diese Krise bewältigen.

Mit herzlichen Grüßen

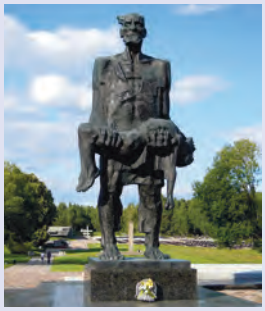
Ihr Andreas Voßkuhle

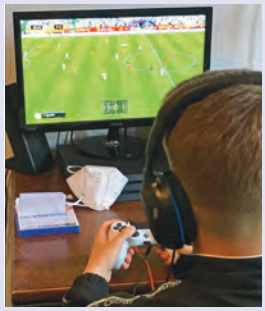
Die Einschränkungen infolge des Covid-19-Virus' machen es notwendig, dass viele Tätigkeiten der Geschäftsstelle weiterhin im Homeoffice erledigt werden. Sie erreichen uns zuverlässig über *info@gegen-vergessen.de*.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, *info@gegen-vergessen.de*, *www.gegen-vergessen.de*
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn · IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07 · BIC COLSDE33XXX

Titelfoto: © charmedlightph (Datei-Nr.: 389354215) – stock.adobe.com

Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Theresa Ostertag, Thomas Stein, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.
Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.
Die Redaktion überlässt die Entscheidung über eine Verwendung gendergerechter Sprache den Autorinnen und Autoren.
ISSN 2364-0251





Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Der Begriff „Corona-Diktatur“ verharmlost unsere Geschichte 4
Wenn Macht Angst macht 7
Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl 9
Interview: Die Menschen erleben die Pandemie sehr unterschiedlich 12

WEITERE THEMEN

Interview: Nie wieder – nie mehr allein: Perspektiven auf den Vernichtungskrieg 14
„Wir machen Sie so fertig, dass Sie nie mehr singen können!“ 17
Interview: „Den Worten folgen Taten“ 19

NACHRUF

Zum Tod von Roman Kent 21

BLOG DEMOKRATIEGESCHICHTEN.DE

8. Mai 1985: Eine Überkreuz-Aktion 40 Jahre nach Kriegsende 22

ANALYSE UND MEINUNG

Der Digitalisierungsschub bietet Chancen, Jugendliche besser zu beteiligen 24
Missing Links in der Demokratiegeschichte 26

AUS UNSERER ARBEIT

Sophie Scholl auf Instagram – ein Experiment 29
Interview: Vereinnahmung von Sophie Scholl muss widersprochen werden 30
#DemokratieIst – eine Kampagne zur Bundestagswahl 31
RAG Brandenburg: Eine digitale Brücke nach Oranienburg 32
RAG Südhessen: Forschen und Erinnern 34
RAG Nordhessen-Südniedersachsen: Wenn Schüler plötzlich Fragen stellen 36
RAG Nordhessen-Südniedersachsen: Volkmarser Ernst Klein schildert Schicksale jüdischer Familien 39

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht – eine Sammelrezension: 40
Eine Deutschlandreise in sechs Etappen.
„Leben will ich, leben, leben.“
Licht und Schatten. Kinotagebuch 1929–1945
Zeitenwende. Der Angriff auf Demokratie und Menschenwürde.
Über die „Retter in Uniform“ 44
Kritischer Streifzug durch die Kirchengeschichte 45
Hilfe auf Augenhöhe – Die Widerstandsgruppe „Onkel Emil“ 46

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Christine Lieberknecht, Iris Gleicke und Linda Teuteberg

Der Begriff „Corona-Diktatur“ verharmlost unsere Geschichte

Gastbeitrag aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 11. März 2021

Die Nerven liegen blank. Über ein Jahr währt der Covid-19-Ausnahmezustand. Mit viel staatlicher Unterstützung gelang es in beispiellos kurzer Zeit unter anderem Forscherinnen und Forschern in Deutschland, einen Impfstoff gegen die Covid-19-Erkrankung zu entwickeln. Jede verimpfte Dosis bringt uns dem ersehnten Licht am Ende des Tunnels näher. Doch der Weg bis dorthin wird uns allen noch vieles abverlangen.

Schon jetzt sehen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Überwindung entstandener Schäden eine Generationenaufgabe. Wirtschaftliche und persönliche Existenzen stehen auf dem Spiel. Familientraditionen in Hotellerie, Gastronomie, Handwerk und Dienstleistung sind jäh abgebrochen. Manche von ihnen werden vielleicht für immer erloschen sein. Arbeitslosigkeit greift um sich, macht Angst und lässt verzweifeln. Trotz aller staatlichen Hilfen, einschließlich großzügiger Kurzarbeiterregelungen.

Soziale Isolation, über Monate geschlossene Schulen und Kindergärten führen Familien an die Grenzen ihrer Belastbarkeit. Gewalt und Depressionen steigen spürbar an. Diese Aufzählung ließe sich unschwer fortsetzen. Wir spüren es allenthalben: Das gesellschaftliche Klima ist angespannt, gereizt.

Nicht nur in den sozialen Netzwerken machen verunglimpfende Schlagworte und schmähende Kampfbegriffe die Runde, stehen oft unkommentiert im Raum. Sie entfalten ihr schleichendes Gift durch Verstärker in medialen Blasen, je nachdem, in welcher Gruppe man sich bewegt.

Diesen Worten muss widersprochen werden. Laut und vernehmbar. Aber bitte immer mit Argumenten statt mit Schlagworten, mit Debatte statt verbaler Keule, mit Differenzierung statt Verallgemeinerung. Nur auf einer solchen Basis wird es überhaupt eine Chance zum Gespräch, für echten Austausch und tieferes Nachdenken geben.

Wem am Zusammenhalt unserer Gesellschaft liegt, der muss achtgeben auf diejenigen, die Fragen haben, Sorgen, Existenzängste, Zweifel. Der Weg vom Zweifelnden zum Verzweifelten ist nicht nur sprachlich sehr kurz. Persönlich bekannte und medial vermittelte Beispiele aus den vergangenen zwölf Monaten zeugen davon. Nicht selten führt dieser Weg zur Absage an das „ganze System“, in völlige Verblendung und krankhaften Wahn und damit weit über jene rote Linie hinaus, hinter der es keine sinnvolle Debatte mehr geben kann.

Der Kampfbegriff für diese Absage ist längst geprägt: „Corona-Diktatur“. Spätestens hier geht es für Demokratinnen und Demokraten ans Eingemachte. Zu Recht ist von der Jury der „Sprachkritischen Aktion“ der Begriff „Corona-Diktatur“ zu einem von zwei Unwörtern des Jahres 2020 gekürt worden.

Hier geht es um die Grundfesten unserer Demokratie. Wer den Begriff der „Corona-Diktatur“ nutzt, der will nicht weniger als unseren freiheitlich demokratischen Rechtsstaat in Zweifel ziehen. Mehr noch, er versteigt sich in absurde Vergleiche mit den leidvollen Erfahrungen der überwundenen Diktaturen des vergangenen 20. Jahrhunderts.

Zumindest den Älteren unter uns sind in diesem 60. Jahr des Baus der Berliner Mauer noch einige dieser leidvollen Erfahrungen sehr wohl präsent. Die Selbstschussanlagen an Mauer und Stacheldraht waren keine leere Drohung, sondern bittere Realität. Das haben DDR-Bürgerinnen und -Bürger bis 1989 immer wieder leidvoll erfahren müssen und viele mit ihrem Leben bezahlt.

Chris Gueffroy, 20 Jahre alt, war der letzte Tote an der Berliner Mauer vor deren Fall am 9. November 1989. Schon vergessen? Die blutige Niederschlagung der Aufstände am 17. Juni 1953 in der DDR, 1956 in Polen und Ungarn, des Prager Frühlings 1968 und die Verhängung des Kriegsrechts in Polen: Das sind Beispiele für die Willkür und Brutalität tatsächlicher Diktaturen. Von der uneingeschränkten Herrschaft einer Partei wie der SED, auf dem Wege der Zwangsvereinigung entstanden getreu dem Ulbricht'schen Motto „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben“ (Mai 1945), kann im Parteiensystem des wiedervereinten Deutschlands nun wirklich nicht die Rede sein.

Zu viele Menschen haben offenbar verdrängt oder vergessen, dass die SED-Diktatur im Osten Deutschlands bereits kurze Zeit nach ihrer Errichtung auf dem Territorium der DDR die Landesparlamente, Landesregierungen und ganze Bundesländer einfach abschaffte und den Kommunen ihre Selbstverwaltung entzog. Zu viele Menschen wissen offenbar nicht mehr, dass im Zweifelsfall kein Gericht mehr vor staatlicher Willkür schützen konnte, da die Gerichtsbarkeit kurzerhand zum „Bestandteil der Diktatur des Proletariats“ erklärt und politisch missbraucht wurde, was im Sinne der Staatsmacht nur konsequent war. Die Verwaltungsgerichte wurden gleich ganz abgeschafft: Mögliche Interessenkonflikte zwischen Bürger und Staat wurden in der Diktatur negiert.

Foto: Ivan Radic/Wikimedia Commons

Ein Demonstrant bringt mit Hilfe eines bekannten Zitats die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie mit einer Diktatur in Verbindung.

Zu viele Menschen blenden offenbar aus, dass Zeitungen zensiert, freie Meinungsäußerung im Keim erstickt und kritische Autoren, Künstler und Musiker des Landes verwiesen wurden. Nicht nur Wolf Biermann weiß davon ein Lied zu singen.

Unbestritten gibt es auch viele schöne Erinnerungen vieler Menschen an ihr Leben in der DDR. Und dieses Leben verdient Wertschätzung. Unbedingt. Aber gerade auch deshalb muss gelten: So viel Amnesie kann und darf unsere Demokratie ihren Verächtern und Gegnern nicht durchgehen lassen.

Neben bewusst irreführenden oder auch nur unreflektierten DDR-Vergleichen schrecken die Propagandisten einer „Corona-Diktatur" selbst vor der Instrumentalisierung nationalsozialistischer Verbrechen für die eigene antidemokratische Absicht nicht zurück. Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes mit dem Tragen des sogenannten Judensterns gleichzusetzen ist an Zynismus kaum zu überbieten.

Juden mussten um ihr Leben fürchten, wurden mit dem Stern gebrandmarkt und damit schutzlos dem singulären Menschheitsverbrechen des Holocausts ausgeliefert. Das bedeutet eine Verharmlosung des finstersten Kapitels deutscher Geschichte und die Pervertierung aktueller Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in einem Atemzug. Einem solchen Treiben müssen Demokratinnen und Demokraten kompromisslos und entschieden widersprechen und im Zweifelsfall Einhalt gebieten.

Das Leben unter den Bedingungen einer Pandemie ist etwas fundamental anderes als das Leben in einer Diktatur. Meilenweit sind unsere parlamentarische Demokratie, Gewaltenteilung und Föderalismus von der menschenverachtenden Politik der Aus- und Gleichschaltung des Nationalsozialismus entfernt. Ebenso wenig gibt es Anlass für Vergleiche unseres demokratischen Staatswesens mit dem strikt auf Zentralismus ausgerichteten Staatsaufbau der DDR-Diktatur unter Führung der SED, mit der Staatssicherheit und mit staatlicher Willkür und Repression gegen das eigene Volk.

Schon allein die Klage über den sogenannten „Flickenteppich" nach beinahe jeder Bund-Länder-Runde der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten der sechzehn Bundesländer zeigt überdeutlich, wie unangemessen der Vorwurf einer „Corona-Diktatur" ist. Gut so.

Sosehr sich viele Menschen in unserem Land einheitliche Regeln für alle wünschen, so sehr haben sich letzten Endes noch immer dezentrale Verantwortlichkeiten und Entscheidungen nicht nur in der Geschichte der Bundesrepublik seit 1949 und mit der deutschen Einheit seit 1990 bewährt. Die Eigenheiten des deutschen Föderalismus sind weit mehr als regionale Folklore. Gerade die Existenz von Bund und Ländern mit jeweils eigenen substantiellen Verwaltungs- und Gesetzgebungskompetenzen und die konsequente Gewaltenteilung zwischen Regierung und Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung sind Konsequenzen aus der Nazi-Diktatur.

In Krisenzeiten ist die Exekutive naturgemäß besonders gefordert. Um als Staat handlungsfähig zu bleiben, bedeutet dies einerseits, die Entscheidungsmacht im verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen zu bündeln. Auch informelle Abstimmungs- »

Foto: Thür. Staatskanzlei

Foto: Sandra Ludewig

Foto: Karoline Wolf

Christine Lieberknecht, Iris Gleicke und Linda Teuteberg (v.l.n.r.) stammen aus dem Osten Deutschlands und gehören verschiedenen Parteien an. Den hier dokumentierten Gastbeitrag haben sie für Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. gemeinsam verfasst.

» runden wie die des „Corona-Kabinetts" mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten sind notwendig, um möglichst zügig und innerhalb der bundesstaatlich aufgebauten Bundesrepublik abgestimmt gegen die Pandemie vorzugehen.

Zentraler Ort der Debatte und Entscheidung müssen in unserer parlamentarischen Demokratie indes die Parlamente in Bund und Ländern sein. Grundlegende Entscheidungen wie über die Strategie der Pandemiebekämpfung und damit zusammenhängende Grundrechtseingriffe gehören in den Deutschen Bundestag und die Landtage: Für Qualität und Nachvollziehbarkeit durch öffentliche Debatte, für Legitimation durch Verfahren.

Entscheidungen müssen erklärt und diskutiert werden, Menschen müssen in ihrer Betroffenheit, mit ihren Interessen und Bedürfnissen öffentlich nachvollziehbar Raum finden. Der Deutsche Bundestag mit seiner Kontrollfunktion gegenüber der Bundesregierung muss angemessen regelmäßig informiert und eingebunden sein. Dies gilt ebenso für die Länderparlamente mit Blick auf die Politik der Landesregierungen. Diese Rückbindung politischen Handelns an die Parlamente als Volksvertretungen stellt einen wichtigen Unterschied zur Machtausübung in einer Diktatur dar.

Schon gar keinen Zweifel gibt es mit Blick auf die vergangenen Monate an der Unabhängigkeit der Rechtsprechung. Mehr als einmal haben Gerichte auf unterschiedlichen Ebenen Exekutiven wie Legislativen ihre Grenzen aufgezeigt. Das gehört zur Normalität unseres Rechtsstaates. Diese Normalität gehört in Ostdeutschland zu den großen Errungenschaften der Friedlichen Revolution.

Als sich nach den nachgewiesenermaßen gefälschten Kommunalwahlen vom Mai 1989 im Spätsommer/Frühherbst in der DDR die ersten größeren Proteste gegen die erstarrte Staatsmacht formierten, wollten vor allem junge Menschen endlich Schluss machen mit den Lügen der Herrschenden, die noch immer meinten, „Potemkinsche Dörfer" aufstellen zu können, statt den Realitäten ins Auge zu sehen.

Die Aktiven des Herbstes 1989 wollten Beteiligung, echte Mitsprache und endlich selbst über ihre eigenen Angelegenheiten entscheiden können; Mitsprache, die ihnen in den gefälschten Wahlen vom Mai – wie so oft auch schon zuvor – versagt geblieben war. Sie wollten Freiheit für ihre Gedanken, für Presse, Versammlungen, Vereinsgründungen, Reisen, für ihren Einsatz für eine bessere Welt und für ihr eigenes Leben. Das alles hatten ihnen die Machthaber der SED-Diktatur verwehrt.

Ganz anders bei den friedlichen Revolutionärinnen und Revolutionären. Viele waren geübt im genauen Hinhören, im Lesen „zwischen den Zeilen", sie waren überzeugt von der Notwendigkeit zu differenzieren und hatten ein Gespür für eine vielschichtige Wirklichkeit, die sich nicht einfangen lässt im pauschalen und rigorosen Urteil. Es sind Eigenschaften und Fähigkeiten, die unsere Demokratie braucht.

Sie machen sensibel dafür, dass es auch unter demokratischen Verhältnissen undemokratisches Verhalten einzelner Akteure oder Gruppen geben kann. Solches Verhalten ist zu kritisieren, aber gerade kein Anlass, „das System" – unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung – in Zweifel zu ziehen, sondern im Gegenteil mit Leben zu füllen und zu stärken.

Wer die Demokratie bewahren will, muss sie Tag für Tag verteidigen und erneuern. Und wer zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft beitragen will, muss zum Zuhören ebenso bereit sein wie zum Eingeständnis eigener Fehleinschätzungen. Ein kühler Kopf ist wichtig in Zeiten wie diesen. Empathie für existentielle Sorgen und ein ausgeprägtes Bewusstsein für Zielkonflikte und ethische Dilemmata ebenso. Wir bekennen uns über die Parteigrenzen hinweg zu den Spielregeln unserer in einer Friedlichen Revolution errungenen Demokratie und zu einer Gesprächs- und Diskussionskultur, die uns durch die Krise leiten und führen kann. ■

Iris Gleicke (SPD) ist Mitglied im geschäftsführenden Vorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., **Linda Teuteberg** (FDP) und **Christine Lieberknecht** (CDU) sind stellvertretende Vorsitzende. Der Text erschien zuerst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Felicitas Flade

Wenn Macht Angst macht

Zur Psychologie des Verschwörungsglaubens

Die Mondlandung hat nie stattgefunden, Chemtrails machen uns gefügig, und 5G überträgt Corona – an so etwas glauben doch nur verrückte Einzelgänger … Oder?

Mit der Corona-Pandemie und dem Aufkommen der Querdenker-Demonstrationen steht das Thema Verschwörungstheorien zurzeit stark im öffentlichen Interesse. Für viele gewinnt es aber auch privat an Bedeutung, etwa wenn Bekannte oder Verwandte beginnen, ungewohnte Meinungen zu äußern – oder man vielleicht selbst den Eindruck bekommt, in „diese Ecke gestellt" zu werden. Damit tauchten viele Fragen auf. Manche davon konnte die Sozialpsychologie bereits mit wissenschaftlichen Methoden beantworten. Einige dieser Antworten möchte ich hier weitergeben.

Was sind Verschwörungsmythen?

Unterschiedliche wissenschaftliche Fachrichtungen haben unterschiedliche Definitionen dafür, was „Verschwörungstheorien" sind. Die Sozialpsychologie versteht darunter (oft alternative) Erklärungen für wichtige Ereignisse, die geheime Komplotte mächtiger und böswilliger Gruppen enthalten. Das heißt, Verschwörungsmythen beinhalten immer folgende Elemente: Einzelpersonen oder Gruppen, denen Macht zugeschrieben wird, nutzen diese Macht, um auf Kosten anderer zu profitieren.

Es fällt auf, dass zwei Elemente in dieser Definition nicht enthalten sind. Weder steht darin, dass Verschwörungsmythen falsch sind, noch dass sie selten sind. Repräsentative Umfragen von 2014 und 2020 haben beispielsweise gezeigt, dass 17 Prozent der Deutschen glauben, dass die USA nie auf dem Mond gelandet sind – und 13 Prozent, dass Covid-19 eine chinesische Biowaffe ist.

Auf den ersten Blick kann es überzeugend wirken, wenn sich manche Verschwörungsmythen im Laufe der Zeit zumindest zum Teil als wahr herausstellen. Der Mythos von der „totalen Überwachung" ist von der Tendenz her nicht völlig abwegig, wie wir seit dem NSA-Skandal wissen. Allerdings: Welche echte Verschwörung wurde jemals durch Verschwörungstheoretiker*innen aufgedeckt und nicht durch Investigativjournalist*innen oder Whistleblower? Wahrscheinlicher ist, dass es sich bei solchen Fällen um „Glückstreffer" der Verschwörungstheoretiker*innen handelt. Wer überall Verschwörungen vermutet, liegt vermutlich ab und an zufällig richtig. »

Wer das Gefühl hat, die Kontrolle über das eigene Leben zu verlieren, glaubt eher an Verschwörungserzählungen wie etwa die Behauptung, bestimmte von Flugzeugen erzeugte Kondensstreifen würden in Wirklichkeit aus mutwillig freigesetzten Chemikalien bestehen.

Fotomontage: Alexander Atanassow; Vorlagen: pixabay/Clipdealer

» Gibt es eine Tendenz in uns allen, an Verschwörungen zu glauben?

Prinzessin Diana wurde vom Geheimdienst MI6 ermordet – und ist eigentlich noch gar nicht tot?
Auf ein wichtiges Ereignis folgen oft innerhalb von Stunden die ersten Verschwörungsmythen, die nicht selten einander widersprechen. Wie gehen die Menschen, die ihnen Glauben schenken, mit solchen Widersprüchen um? Studien haben gezeigt, dass wer einem dieser Mythen glaubt, auch eher weitere Verschwörungsmythen für wahr hält, selbst wenn diese einander widersprechen.

Dafür gibt es zwei Erklärungsansätze. Erstens scheint Verschwörungsgläubigen meist gar nicht so wichtig zu sein, welche Alternativerklärung stimmt. Wichtiger ist Ihnen der alles überstrahlende Zweifel an der offiziellen Version. Zweitens scheinen Menschen sich darin zu unterscheiden, wie sehr sie sich insgesamt zu Verschwörungsmythen hingezogen fühlen – unabhängig vom Inhalt der einzelnen Mythen. Es ist die Tendenz, Vorurteile (also negative Bewertungen) gegenüber vermeintlich Mächtigen zu haben. Diese bestehen darin, zu glauben, dass von Macht Gefahr ausgeht. Das hat unter anderem zur Folge, dass Verschwörungsgläubige eher Lai*innen als Expert*innen glauben.

Auch wenn ich in diesem Text der Einfachheit halber oft von „Verschwörungsgläubigen" spreche – für uns Psycholog*innen sind die Ausprägungen solcher Eigenschaften immer fließend. Das heißt, wenige Menschen sind für Verschwörungsmythen gar nicht empfänglich, und wenige glauben sofort jeden Verschwörungsmythos, der ihnen begegnet. Die meisten Menschen befinden sich auf diesem Spektrum irgendwo in der Mitte.

Diese menschliche Anfälligkeit für Verschwörungsglauben liegt auch daran, dass unser Wahrnehmungsapparat unsere Umwelt nicht objektiv abbildet. Er leistet sehr viel: Aus Unmengen an Wahrnehmungsreizen oder Informationen werden jene herausgefiltert, die interessant oder relevant erscheinen. Sie werden dann verglichen und interpretiert, damit wir unsere Umwelt verstehen und darauf reagieren können. Bei jedem dieser Schritte können Verzerrungen entstehen, die uns teilweise anfälliger für Verschwörungsglauben machen können.

Die Psychologie hat (je nach Zählung) Dutzende unterschiedlicher Wahrnehmungsverzerrungen identifiziert. Es gibt wissenschaftliche Belege dafür, dass Verschwörungsgläubige zu zwei Arten dieser verzerrten Wahrnehmungen etwas stärker neigen als der Durchschnitt:

1. Einer *illusorischen Korrelation* erliegen wir, wenn wir das gemeinsame Auftreten zweier auffälliger Eigenschaften oder Ereignisse fälschlicherweise als Zusammenhang interpretieren. Wenn beispielsweise der Telekommunikationsstandard 5G neu eingeführt wird und gleichzeitig die Covid-19-Pandemie beginnt, sind das zwei auffällige Nachrichten, die gleichzeitig in den Zeitungen stehen. Unser Informationsverarbeitungssystem neigt dann allein auf Grundlage dieser Informationen dazu (besonders, wenn wir z. B. „Strahlung" sowieso skeptisch gegenüberstehen), diese beiden Ereignisse in Verbindung zu bringen – eine Fehlannahme auf der Grundlage unzureichender Information.
2. *Bestätigungsfehler* umfassen die Neigungen, Informationen so auszuwählen, zu ermitteln und zu interpretieren, dass sie die eigenen Erwartungen erfüllen. Wir lesen lieber einen Zeitungsartikel, der unsere Meinung teilt, merken uns Argumente eher, die unsere Meinung stützen und interpretieren neutrale Artikel eher als Plädoyer für die Gegenseite, wenn wir zu einem Thema eine starke Meinung haben.

Zu solchen Wahrnehmungsverzerrungen neigen wir alle. Wer sich dies bewusst macht, kann dieses Wissen möglicherweise dazu nutzen, Meinungspolarisierung zu verstehen und zu hinterfragen.

Welche Menschen neigen besonders zu Verschwörungsglauben?

Zwei populäre Meinungen zu psychologischen Gründen für Verschwörungsglauben haben der wissenschaftlichen Überprüfung nicht standgehalten. Nämlich erstens, dass Verschwörungsgläubige psychisch krank seien, und zweitens, dass Verschwörungsgläubige weniger intelligent seien als andere Menschen.

In mehreren Studien wurde untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen Intelligenz (z. B. selbst eingeschätzte oder kristalline Intelligenz) und Verschwörungsglauben gibt. Dafür wurden sowohl Intelligenz als auch Verschwörungsglauben mit Fragebögen abgefragt. Die Idee: Wenn es einen Zusammenhang zwischen den beiden Eigenschaften gäbe, würden Menschen umso höhere Werte auf dem Maß für Verschwörungsglauben zeigen, je niedriger ihre gemessene Intelligenz ist. Das war nicht der Fall.

Es zeigte sich allerdings, dass Menschen mit niedrigerem Bildungsgrad etwas mehr zu Verschwörungsglauben neigten. Das liegt jedoch nicht an der Intelligenz dieser Menschen. Vielmehr konnte dieser Zusammenhang über wahrgenommenen Kontrollverlust erklärt werden. Menschen mit eher niedrigem Bildungsgrad hatten im Vergleich zu denen mit höherer Bildung öfter das Gefühl, wenig Einfluss auf politische Geschehnisse und auch weniger Kontrolle über ihr eigenes Leben zu haben. Auch unter Verschwörungsgläubigen sind überdurchschnittlich viele, die einen solchen Kontrollverlust empfinden. Außerhalb dieses geteilten Gefühls von Kontrollverlust gab es keinen Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Verschwörungsglauben.

Neben Kontrollverlust ist auch das Bedürfnis nach Einzigartigkeit ein „Risikofaktor" für die Neigung zu Verschwörungsglauben. Menschen unterscheiden sich darin, wie sehr sie sich einzigartig fühlen wollen. Einzigartig oder „besonders" zu sein, kann uns einerseits Identität stiften und Selbstbewusstsein schaffen. Andererseits kann es auch soziale Anerkennung von außen verleihen. So kann wahrgenommene eigene Einzigartigkeit, beispielsweise durch den Glauben an Verschwörungsmythen, helfen, unser Grundbedürfnis danach zu stillen, „sich wohlzufühlen". Bei Verschwörungsgläubigen hat das aber auch zur Folge, dass sie (zahlenmäßigen) Minderheiten eher glauben als Mehrheiten.

Wie geht man mit Menschen um, die an Verschwörungsmythen glauben?

Man kann die psychologischen Motive für Verschwörungsglauben in drei übergeordnete Kategorien teilen. Ein (wenn auch

aufwändiger und damit eher für den privaten Bereich geeigneter) Weg, mit Menschen umzugehen, die Verschwörungsglauben erkennen lassen, besteht darin, ihr individuelles Motiv oder Bedürfnis dahinter zu identifizieren und zu versuchen, es auf anderem Wege zu stillen.

Manche glauben an Verschwörungsmythen, weil sie ihr Überleben gefährdet sehen. Wenn man sich in die Perspektive versetzt, (vermeintlich) Mächtige als Gefahr für das eigene Leben zu sehen und sich diesen (vermeintlich) Mächtigen hilflos ausgeliefert zu fühlen, weil man keine Kontrolle über sein eigenes Leben wahrnimmt, wird die existenzielle Not nachvollziehbar. An diesem Gefühl des Kontrollverlusts kann man ansetzen. Möglicherweise kann man die Person dabei unterstützen, wieder mehr Kontrolle über ihre Lebensgestaltung zu empfinden.

Manche glauben an Verschwörungsmythen, weil dies ihr soziales Wohlbefinden sichert. Nach innen kann man sich einzigartig und daher „besonders" fühlen. Nach außen eignen sich „die da oben" als „gemeinsamer Feind", gegen den man zusammenrückt. So entsteht ein starkes „Wir-Gefühl", enge soziale Beziehungen entstehen. Wenn jemand sich sonst als einsam oder unverstanden wahrnimmt, kann das eine starke Anziehung auslösen. Wenn jemand sich immer tiefer in den Glauben an Verschwörungen verstrickt, führt das ausgerechnet bei bisherigen sozialen Bindungen oft zu Spannungen. Wenn sie reißen, bleiben nur noch die Kontakte zu anderen Verschwörungsgläubigen und es wird noch schwerer, diesen Kreis wieder zu verlassen. Auch wenn der Selbstschutz im Zweifel vorgeht – eine Tür „zurück" offenzulassen kann sehr helfen, sobald sich ein Ausstiegswunsch zeigt.

Schließlich kann Verschwörungsglauben auch darin gewurzelt haben, dass Menschen einfach mehr zu einem Thema wissen wollten. Dabei können ihnen Wahrnehmungsverzerrungen im Weg gestanden haben, ihre Neigung, eher Lai*innen und Minderheiten als Expert*innen und Mehrheiten zu glauben, oder fehlendes Wissen über Informationssuche und Quellenbewertung im Internet. Auch hier könnte man ansetzen.

In der (digitalen oder realen) Öffentlichkeit bleibt dafür oft keine Zeit. Zudem bestehen Zusammenhänge zwischen Verschwörungsglauben und antisemitischen oder generell menschenfeindlichen Einstellungen. Gerade bei Äußerungen mit solchen Inhalten in der Öffentlichkeit ist es wichtig, auch Umstehenden oder Mitleser*innen zu zeigen, dass dieses nichtnormative Verhalten gesellschaftlich geahndet wird.

Die Pandemie hat – wie zuvor schon andere Krisen – verschwörungstheoretische Unterströmungen nach oben gespült, die schon seit Jahrzehnten oder Jahrhunderten existieren. Es ist wichtig, dass wir als Einzelne und auch als Gesellschaft lernen, aktiv mit ihnen umzugehen und ihrer Verbreitung vorzubeugen. ■

Dr. Felicitas Flade ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Sozial- und Rechtspsychologie der Universität Mainz.

Yasemin El-Menouar

Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl

Wie uns Corona spaltet, aber auch eint

Die Corona-Pandemie hat unseren Alltag kräftig durcheinandergewirbelt. Seit über einem Jahr führen wir ein Leben zwischen Lockdown und Lockerung. Was zu Beginn des Jahres 2020 noch selbstverständlich war, ist es schon lange nicht mehr. Selbst banale Alltagsentscheidungen müssen mittlerweile sorgfältig abgewogen werden. Zum Beispiel ist die Entscheidung, Freund:innen zu treffen, nicht mehr einfach nur eine Sache der persönlichen Freiheit. Denn wenn jeder Kontakt die Ausbreitung des Coronavirus fördert, dann betreffen solche persönlichen Freiheiten immer auch das Gemeinwohl.

Gesetzlich garantierte Freiheiten zu beanspruchen, kann dann leicht als Egoismus ausgelegt werden und zu Spaltungen führen. Umgekehrt können übergeordnete Ziele bei der Eindämmung des Coronavirus, nämlich Leben zu retten und schnell zu einem normalen Leben für alle zurückzukehren, aber auch den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken. Inwiefern die Corona-Pandemie die Gesellschaft spaltet oder eint, ist nicht nur eine Frage unterschiedlicher Interessen, die die öffentlichen Debatten, etwa um die richtige Impfstrategie, beherrschen. Es sind immer auch persönliche Werthaltungen, die die Corona-Politik und deren Akzeptanz beeinflussen. Solche Werthaltungen übernehmen eine entscheidende Orientierungsleistung für das Verhalten von Menschen in unterschiedlichen Situationen – sei es die Corona-Pandemie oder auch das Zusammenleben in Vielfalt.

Studie: Sieben Wertemilieus und ihre Sicht auf Corona und Zusammenhalt

Die Werthaltungen von Menschen lassen sich in einem Raum ansiedeln, der zwischen individuellen Freiheiten und eigenen Wünschen einerseits und Gemeinwohl und gesellschaftlichem Zusammenhalt andererseits aufgespannt ist. Eine im Februar 2021 erschienene Religionsmonitor-Studie der Bertelsmann »

» Stiftung hat diesen Werteraum genauer untersucht und sieben unterschiedliche, etwa gleichstarke Wertemilieus in Deutschland identifiziert:

1. kreative Idealist:innen
2. bescheidene Humanist:innen
3. individualistische Materialist:innen
4. unbeschwerte Beziehungsmenschen
5. sicherheitsorientierte Konservative
6. leistungsorientierte Macher:innen
7. unkonventionelle Selbstverwirklicher:innen

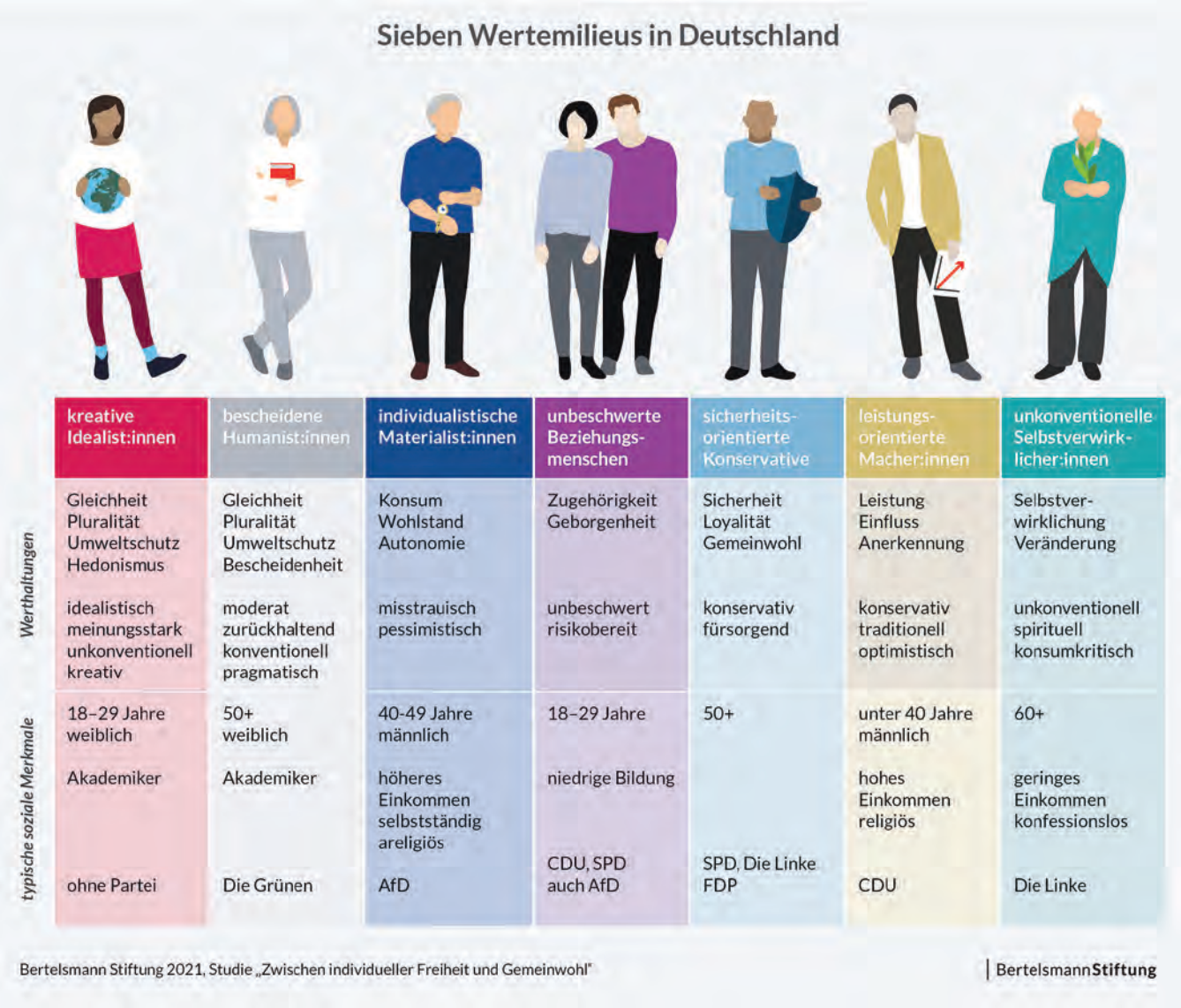
Die verschiedenen Wertemilieus eint über alle soziodemografischen Unterschiede hinweg eine bestimmte Sicht auf die Zukunft und das gesellschaftliche Zusammenleben. Aber auch in der Bewertung der Corona-Maßnahmen und des Impfens sind sich die Wertemilieus jeweils weitgehend einig. So hat für Humanist:innen der Lebensschutz absoluten Vorrang. Dafür sind sie bereit, die pandemiebedingten Einschränkungen überzeugt mitzutragen. Die Leistungsorientierten sehen dagegen Eingriffe in Freiheitsrechte kritisch. Jeder zweite von ihnen lehnt solche Maßnahmen eher ab. Besonders entschieden stellen sich individualistische Materialist:innen gegen die Beschneidung ihrer Freiheiten. Hier lehnt jeder Vierte freiheitsbeschränkende Maßnahmen voll und ganz ab.

Es sind auch die Leistungsorientierten und Materialist:innen, von denen sich besonders viele nicht impfen lassen wollen – unter ersteren ist es fast jede:r Zweite, unter letzteren sind es immerhin 40 Prozent. Auch wenn die Angaben zur Impfbereitschaft in allen Bevölkerungsteilen sehr schwankend sind, so zeigt diese Momentaufnahme doch, dass sich die Sichtweisen in den verschiedenen Wertemilieus grundsätzlich unterscheiden. Aber sind diese Unterschiede auch Indizien für eine Spaltung der Gesellschaft?

Auf die Gemeinsamkeiten kommt es an

Tatsächlich sind die Wertemilieus mit ihrem unterschiedlichen Blick auf die Corona-Pandemie erst einmal Ausdruck der gesellschaftlichen Vielfalt. In allen Milieus werden Werte vertreten, die wichtig sind. So sind Freiheitsrechte eine Errungenschaft der liberalen Demokratie. Ihre Verteidigung ist also eine gute demokratische Tugend. Bei der politischen Suche nach einem guten Weg aus der Pandemie geht es

Auf Grundlage ihrer Studie hat die Bertelsmann Stiftung sieben Wertemilieus identifiziert, die jeweils eine bestimmte Sicht auf die Zukunft und das gesellschaftliche Zusammenleben eint. Auch die Corona-Maßnahmen werden innerhalb der Milieus ähnlich bewertet.



Quelle: Bertelsmann Stiftung

denn auch nicht um ein Entweder-Oder. Es geht vielmehr um eine Balance zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl.

Freiheiten sind auch immer mit Verantwortung verbunden. Der Philosoph David Lauer hat darauf hingewiesen, dass das Freiheitsverständnis heute oftmals nicht nur Abwesenheit von Zwang bedeutet, sondern auch als Abwesenheit von Pflicht verstanden wird. Dann wird zwar für einen Wohltätigkeitsverein gespendet, der Verzicht auf das PS-starke Auto zugunsten des Gemeinwohls aber vehement abgelehnt. Das spiegelt einen eher individualistisch verkürzten Freiheitsbegriff wider, der heute weit verbreitet ist und oftmals kaum weiter hinterfragt wird. Hier bietet die Corona-Pandemie auch eine Chance: Grundwerte – die zwar symbolisch großgeschrieben werden, aber teils zu bloßen Worthülsen geworden sind – sollten angesichts der Pandemie neu mit Leben gefüllt werden. Zu fragen wäre dann beispielsweise, was Freiheit in einer pluralen Gesellschaft bedeutet, die zur Lösung der Zukunftsfragen auf Zusammenhalt angewiesen ist.

Die aktuelle Religionsmonitor-Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass die Bedingungen günstig sind, solche grundlegenden Wertedebatten zu führen. Über alle Wertemilieus hinweg ist nämlich der Wunsch nach gesellschaftlicher Veränderung groß. Die meisten Befragten wollen nicht wieder zurück in die „alte Normalität". Die Mehrheit ist überzeugt, dass eine zukunftsfähige Gesellschaft einen tiefgreifenden Wandel braucht, und ein solcher Wandel auch möglich ist. Diese gemeinsame „Aufbruchstimmung" ist eine gute Basis, in Zukunft nicht nur die Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen, sondern auch weiteren anstehenden Herausforderungen wie dem Klimawandel zu begegnen und eine grundsätzlichere Debatte über die Frage zu führen, wie eine zukunftsfähige Gesellschaft aussehen soll.

Die Politik sollte sich stärker auf diese Gemeinsamkeiten konzentrieren. Gleichzeitig sollte die Politik aber auch die verschiedenen Interessen und Bewertungen ernst nehmen und anerkennen. Dabei geht es weniger darum, allen tatsächlich gerecht zu werden, sondern darum, den unterschiedlichen Sichtweisen Raum und Resonanz zu geben. Ein solches Verständnis von Anerkennung hat natürlich auch seine Grenzen: Sie verlaufen dort, wo Misstrauen gegen demokratische Institutionen gesät wird, wo Sündenböcke (beispielsweise Minderheiten) gesucht und Verschwörungsmythen verbreitet werden. Hier sollte die Politik deutliche Grenzen ziehen.

Krisenzeiten als Chance für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Die Corona-Pandemie ist eine tiefgreifende gesellschaftliche Krise. In dieser kann man weder auf Erfahrungen zurückgreifen, noch kommen autoritäre Mittel in Frage, die der Verfassung zuwiderlaufen. Zwar geht es bei allen Eindämmungsmaßnahmen in erster Linie um den Schutz menschlichen Lebens, aber zugleich gilt es auch, die offene demokratische Kultur durch ein relativ unbekanntes Gelände zu manövrieren, in dem überall Klippen und Abgründe lauern. Diese Aufgabe kann die Politik nicht allein leisten. Gefragt ist auch eine starke Gesellschaft, die in der Krise alle Menschen mitnimmt und zusammenhält.

Gerade in Krisenzeiten braucht es deshalb einen breiten gesellschaftlichen Dialog. Nicht die unterschiedlichen Sichtweisen als solche sind das Problem, aber der Eindruck, den anderen nicht mehr zu verstehen – ja gar nicht mehr miteinander im Gespräch zu sein –, führt zu dem Gefühl, die Gesellschaft treibe immer weiter auseinander. Nur im Austausch, der immer natürlich auch anstrengend ist, ist es möglich, voneinander zu lernen und die eigene Position zu reflektieren, um ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern. In einem solchen Dialog können zudem Extrempositionen außerhalb des demokratischen Rahmens enttarnt und in ihre Schranken verwiesen werden. So lässt sich das gesellschaftliche Selbstverständnis kontinuierlich abgleichen und weiterentwickeln. Die Politik hat die Möglichkeit, dem gesellschaftlichen Dialog Raum zu geben und ihn zu moderieren. Dadurch gelingt es, unterschiedliche Perspektiven und Wertorientierungen besser sichtbar zu machen. Politik ist zudem gefordert, ihre Entscheidungen und Abwägungen öffentlich mehr zu begründen. Denn klar ist auch, dass Politik nicht allen Einzelinteressen gerecht werden kann. Umso mehr muss es darum gehen, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln, die alle berücksichtigen und einschließen. Nachdem das gesellschaftliche Leben durch das Corona-Virus lange Zeit ausgebremst worden ist, ist die Vielfalt der Sichtweisen – Freiheitsdrang, Kreativität, Gemeinwohlorientierung – besonders gefragt, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder zu stärken. ■

Dr. Yasemin El-Menouar ist Senior Expert bei der Bertelsmann Stiftung und leitet das Projekt Religionsmonitor, das sich mit Religion und gesellschaftlichem Zusammenhalt befasst. Sie ist Autorin der im Februar 2021 erschienenen Religionsmonitor-Studie „Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl. Sieben Wertemilieus und ihre Sicht auf Corona" (DOI 10.11586/2021017).

www.gegen-vergessen.de

DER BLOG demokratiegeschichten.de

Haben Sie eine persönliche Demokratiegeschichte, die Sie mit anderen teilen wollen? Dann schreiben Sie doch einen Beitrag für unseren Blog auf www.demokratiegeschichten.de

Interview

Die Menschen erleben die Pandemie sehr unterschiedlich

Fragen an Laura-Kristine Krause von der NGO More in Common

More in Common ist eine überparteiliche Organisation, die sich dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt verschrieben hat und hierfür mit institutionellen Partnern aus ganz unterschiedlichen Bereichen kooperiert. Ihr Ziel ist eine in ihrem Kern gestärkte Gesellschaft, die in der Lage ist, geeint und widerstandsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren. Sie hat Teams in den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Im Interview berichtet More-in-Common-Geschäftsführerin Laura-Kristine Krause über die Ergebnisse ihrer Studien „Die andere deutsche Teilung: Zustand und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft" (2019) und „Vertrauen, Demokratie, Zusammenhalt: Wie unterschiedlich Menschen in Deutschland die Corona-Pandemie erleben" (2020).

Frau Krause, was wollten Sie mit der Studie „Die andere deutsche Teilung" herausfinden?
Mit unserer Studie wollten wir herausfinden, wie es um die gesellschaftliche Dynamik in Deutschland bestellt ist. Was verbindet uns, was trennt uns, wo genau laufen eigentlich die Konfliktlinien? Diese Fragen stellen sich aus gutem Grund, weil sich das gesellschaftliche Klima in Deutschland seit einigen Jahren merklich verschlechtert. Zum Beispiel sehen wir in den USA, Großbritannien oder Frankreich (wo More in Common ebenfalls arbeitet), dass Polarisierung und gesellschaftliche Spaltung bereits den Alltag der Menschen bestimmen und wichtige Weichenstellungen für die Zukunft verhindern. Mit dem innovativen Forschungsansatz der Studie haben wir untersucht, wie es diesbezüglich in Deutschland aussieht. Bei More in Common sind wir fest davon überzeugt, dass man das Problem bestmöglich verstehen muss, um auch mit zivilgesellschaftlichen Ansätzen wirkungsvoll etwas entgegensetzen zu können.

Gab es Ergebnisse, von denen Sie überrascht waren?
Es gab mehrere Ergebnisse, mit denen ich nicht gerechnet habe. Mit unserem methodischen Ansatz, der Instrumente der Politikwissenschaft mit Ansätzen der Sozialpsychologie zusammenführt, konnten wir manche der vermeintlichen Trennlinien, die die öffentliche Debatte häufig prägen, nicht bestätigen. Zum Beispiel ist die Frage von Ost und West nicht so wirkmächtig für die Frage gesellschaftlicher Spaltung in Deutschland, wie man angesichts der öffentlichen Debatte oft denkt.

Quelle: more in common

More in Common geht in ihrer Studie „Die andere deutsche Teilung" von sechs etwa gleichgroßen Gruppen aus, die sich in ihrem Umgang mit gesellschaftlichem Wandel und in der Frage unterscheiden, wie stark ihre Orientierung an der Gesellschaft ist. Benannt sind die Gruppen nach den emotionalen Grundmotiven, die ihr Verhältnis zur Gesellschaft am stärksten prägen. Die Pragmatischen und die Enttäuschten bilden das „unsichtbare Drittel", dem gesellschaftlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Stattdessen haben wir eine „Dreiteilung" der deutschen Bevölkerung vorgefunden – je nachdem, wie gut eingebunden die Menschen in die Gesellschaft sind und mit welcher Perspektive sie auf sich und ihr direktes persönliches Umfeld blicken. Aus diesem Grund haben wir uns für den Studientitel „Die andere deutsche Teilung" entschieden.

Foto: more in common

Laura-Kristine Krause ist Geschäftsführerin von More in Common und hat das deutsche Büro und Team der länderübergreifenden Organisation 2018 aufgebaut.

Ich fand außerdem überraschend, dass viele Menschen über sehr ähnliche Dinge nachdenken, auch wenn sie dafür unterschiedliche Worte verwenden. Vor allem erleben viele in ihrem Alltag ein kaltes und raues gesellschaftliches Klima, das ihnen Sorgen bereitet. Zur gleichen Zeit wünschen sich viele im Land einen Aufbruch und eine aktive Gestaltung der Zukunft. In ihren Augen tut Deutschland zu wenig, um den bestehenden Wohlstand auch für die nächsten Jahrzehnte zu sichern.

Sie haben in Ihren Befragungen zwei Gruppen ausgemacht, die Pragmatischen und die Enttäuschten, die Sie als „unsichtbares Drittel" beschreiben. Warum sind diese unsichtbar?

Das unsichtbare Drittel fühlt sich im Vergleich zum Rest der Gesellschaft häufiger einsam, es fehlt an persönlicher Einbindung und an dem wichtigen Gefühl, Einfluss auf das eigene Leben und die Gesellschaft nehmen zu können. Auch in politisch-gesellschaftlichen Fragen sind diese Menschen weniger als andere involviert, bleiben oft passiv und finden nicht, dass der politische Raum ihnen eine gute Orientierung liefert. Ein Drittel der Bevölkerung fühlt sich demnach im wahrsten Sinne des Wortes als unsichtbar. Damit unterscheiden sie sich zum Beispiel ganz deutlich von den gesellschaftlichen Polen der Offenen und der Wütenden. Als Treiber der gesellschaftlichen Auseinandersetzung sind die nämlich sehr präsent im öffentlichen Diskurs und – im Fall der Wütenden – zugleich auch diejenigen, die am wenigsten kompromissbereit sind. Es besteht also die Gefahr, dass den einen viel öffentliche Aufmerksamkeit zuteil wird, während das unsichtbare Drittel übersehen wird.

Wieso sollte man diesem Drittel mehr Aufmerksamkeit widmen?

Für ein gesundes Gemeinwesen ist es von Bedeutung, dass alle gesellschaftlichen Gruppen erreicht und gehört werden. Ein Gemeinwesen, das nur einen begrenzten Anteil der Gesellschaft einbindet, kann für sich nicht in Anspruch nehmen, alle Menschen angemessen zu repräsentieren. Deswegen ist es uns wichtig, auf das unsichtbare Drittel hinzuweisen, gerade weil dies eben oft Menschen sind, die aktuell von politischen Entscheidungsträgern und der Zivilgesellschaft weniger gut erreicht werden. Für die Politik gibt es auch wichtige Argumente und Anreize, sich stärker mit den Unsichtbaren zu beschäftigen. Das unsichtbare Drittel ist nämlich oftmals sehr jung und zählt viele Nichtwählerinnen und -wähler in seinen Reihen.

Sie haben 2020 auch eine Befragung zum Zustand der Gesellschaft in der Corona-Pandemie durchgeführt. Welche Wirkung hat die Pandemie aus ihrer Sicht auf die von Ihnen diagnostizierte Dreiteilung der Gesellschaft. Verhärten sich die Fronten weiter, oder ergeben sich sogar neue Chancen?

Durch unsere Befragung wissen wir, dass die Menschen die Pandemie sehr unterschiedlich erlebt haben bzw. erleben. Ein Teil der Bevölkerung war bereits zuvor stark in der Gesellschaft eingebunden und ging mit einem hohen Grundvertrauen in Mitmenschen und staatliche Institutionen in die Pandemie. Bei ihnen – die so genannten gesellschaftlichen Stabilisatoren – standen zu Beginn der Pandemie folgerichtig auch starke Gefühle von gesellschaftlicher Solidarität und Zusammenhalt im Vordergrund, gepaart mit eigentlich einem gewachsenen Vertrauen in Politik. Andere in der Bevölkerung, auch das unsichtbare Drittel, hatten eine andere Ausgangslage, was auch zu einem deutlich negativeren Erleben der Krise geführt hat. Viele erleben sie ganz explizit nicht als Moment des Zusammenhalts, sondern sehen Egoismus. Dieses unterschiedliche Erleben bleibt uns erhalten – und doch hoffe ich, dass von der Pandemie auch neue Dynamik ausgehen kann, gesellschaftliche Probleme gemeinsam entschiedener anzugehen. Das muss sich aber erst noch zeigen. ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin.

Weitere Infos:

- *https://www.dieandereteilung.de/*
- *https://www.moreincommon.de/coronazusammenhalt/*

■ **Neue Publikation**

Ein ausführliches Interview mit Laura-Kristine Krause finden Sie in der Broschüre:

Blickpunkt Migrationsgesellschaft: Die bewegliche Mitte als Zielgruppe der politischen Bildung,

kostenlos bestellbar in der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Nie wieder – nie mehr allein: Perspektiven auf den Vernichtungskrieg

Interview zum 80. Jahrestag des Einmarsches der Wehrmacht in die Sowjetunion

Die Erinnerung an den Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. Der ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete Winfried Nachtwei lebt in Münster und beschäftigt sich seit drei Jahrzehnten mit dem Vernichtungskrieg der Wehrmacht. Im Interview berichtet das Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., was sich aus seiner Sicht in dieser Zeit verändert hat und inwiefern eine gemeinsame europäische Erinnerung möglich sein kann.

Wie sind Sie persönlich auf das Thema Vernichtungskrieg der Wehrmacht aufmerksam geworden?
Obwohl ich Geschichtslehrer war, bin ich erst 1988 durch einen Besuch im damals noch sowjetischen Weißrussland (Belarus) auf die Spuren des Vernichtungskrieges gestoßen. Es handelte sich um eine Fahrt der grünen Friedens-AG aus Münster, die von dem Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk unterstützt wurde. Wir waren damals die erste Reisegruppe aus einer westdeutschen Partei, die dort hingefahren ist. Ich hatte im Vorfeld eine Dokumentation über die Spuren des Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion und anderer Kriege gegen Russland erstellt. In diesem Rahmen bin ich darauf gestoßen, dass allein aus dem Münsteraner Wehrkreis VI (Westfalen und Rheinland) 14 Divisionen und 16 Polizeibataillone für den Krieg gegen die europäischen Nachbarn, vor allem gegen die Sowjetunion, aufgestellt wurden. Das war eine Schlüsselerkenntnis für mich: Welche Leistungskraft, wie viel professioneller Aufwand hier für ein gigantisches Staatsverbrechen eingesetzt wurden. Meine Dokumentation wurde dann Veteranen der Roten Armee übergeben. Wir besuchten gemeinsam die Gedenkstätte Chatyn, 60 Kilometer von Minsk entfernt. Dort gedachten wir der Aberhunderten Dörfer, die von den Nazis mitsamt ihren Bewohnern verbrannt wurden. Wir erfuhren, dass im Krieg ein Viertel der weißrussischen (belarussischen) Bevölkerung zu Tode kam. Für mich bedeutete diese Reise einen politischen und menschlichen Schock.

Seitdem begleitet Sie dieses Thema. Wenn Sie die Jahrestage 1991 und 2021 vergleichen, was hat sich in der deutschen Erinnerungskultur inzwischen verändert?
1991 war ich erstmals in Münster an Gedenkveranstaltungen zu Überfall und Vernichtungskrieg beteiligt. Damals war das eine kleine zivilgesellschaftliche Veranstaltung mit 15 Leuten vor dem Münsteraner Rathaus. 20 Leute nahmen an meinem Diavortrag zu dem Thema teil. Die Aufmerksamkeit für die Verbrechen während des Vernichtungskrieges in der Sowjetunion wuchs zum Beispiel im Rahmen Evangelischer Kirchen und ihrer Verständigungs- und Versöhnungsarbeit. In Berlin gab es in den Folgejahren im Zusammenhang mit den sowjetischen Ehrenmalen und der Tradition aus der früheren DDR Ansätze, etwas mehr auf das Datum zu sehen. Verglichen mit anderen Gedenktagen findet dieser Jahrestag aber noch immer wenig Beachtung.

Foto: Winfried Nachtwei

In der Gedenkstätte Chatyn bei Minsk: Das Dorf Chatyn wurde am 22.03.1943 von einer SS-Einheit mitsamt 149 Einwohnern, darunter 75 Kindern, niedergebrannt. Statue des einzigen Überlebenden, des Dorfschmieds Jossif Kaminski, mit seinem verstümmelten Sohn.

Ist das in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion anders?
Vor Ort habe ich den Tag noch nicht erlebt. Aber es ist deutlich, dass der 9. Mai als Tag des Sieges dort mehr Beachtung findet. Gerade für Russland verbindet sich der 22. Juni dagegen auch mit kritischen Fragen an die eigene Vergangenheit und an Stalin: Warum konnte Nazideutschland der Sowjetunion in den gigantischen Kesselschlachten der ersten Kriegsmonate so verheerende Niederlagen zufügen? Was war da falsch gelaufen?

Wo sehen Sie heute noch Leerstellen bei der Aufarbeitung des sogenannten „Russlandfeldzuges"?
Wissenschaftlich ist das Thema erheblich aufgearbeitet. Es gibt es viele Studien und Werke zu den Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst, zu Polizeibataillonen. Zwei Aspekte fehlen aber nach meiner Einschätzung:
So haben wir zum einen nahezu keine kritischen Studien zu einzelnen Wehrmachtsverbänden. Im Rahmen von militärgeschichtlichen Divisionsgeschichten wurde vieles publiziert. Doch dort wird völlig außer Acht gelassen, wofür die Wehrmachtsverbände Wegbereiter waren. Was ein, zwei Tage hinter ihnen durch Einsatzgruppen geschah. Studien darüber, inwieweit ganz bestimmte Verbände der Wehrmacht direkt oder indirekt an Massenerschießungen beteiligt waren, fehlen bisher. Es gab natürlich die bekannte Wehrmachtsausstellung, diese blickte aber in einer Gesamtsicht auf die Verbrechen.

Zum anderen: Als ich Ende der 1990er Jahre im Verteidigungsausschuss war, gab es in der Bundeswehr rechtsextreme Vorfälle, bei der oft eine Beschönigung oder Rechtfertigung des Krieges im Osten stattfand. Ich empfahl dem damaligen Verteidigungsminister Volker Rühe, die Wehrmachtsgeschichte lokal aufarbeiten zu lassen, weil Lokalgeschichte aufgrund persönlicher Bezüge Menschen ganz anders erreichen kann. Es könnte hier um den eigenen Opa oder Vater gehen.

Foto: Winfried Nachtwei

Mahnwache zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1991 vor dem Historischen Rathaus der Stadt Münster.

Ein Beispiel aus Münster: Die 16. Panzerdivision aus dem Münsterland galt als Speerspitze der 6. Armee, sie war im September 1941 an den Kesselschlachten von Kiew und Uman beteiligt. In Kiew geschah auch das Massaker von Babyn Jar. Über 33.000 jüdische Menschen wurden ermordet – es war das größte Einzelmassaker des Vernichtungskriegs, in Planung und Durchführung unterstützt von der 6. Armee. Bei Volker Rühe hatte ich mit dem Vorschlag keinen Erfolg, und vor ein paar Jahren erging es mir nach einem neuen Versuch noch einmal ähnlich.

In Münster verfolgen Sie aber diesen Ansatz und stellen den Vernichtungskrieg und die Deportationen mit ihren lokalgeschichtlichen Bezügen dar. Wie haben die Menschen dort zu Beginn auf Ihre Vorträge reagiert?

In den 1980er Jahren habe ich bei manchen Volkstrauertag-Kundgebungen noch eine gespaltene Erinnerung erlebt. Da ging es nur um die eigenen Gefallenen, um Bombenopfer und um Opfer unter den Flüchtlingen. Als wir eine stumme Demonstration organisierten und auf die Opfer des Vernichtungskrieges und des Nazi-Terrors aufmerksam machten, erhielten wir entsprechende Reaktionen: „Euch sollte man erschießen oder vergasen." Seit den 1990er Jahren habe ich Derartiges nicht mehr erlebt. Als Grüner in Münster habe ich im Gegenteil die Erfahrung gemacht, dass über die Erinnerungsarbeit ein demokratischer Konsens wuchs.

Für CDU-Anhänger war man als Grüner damals ziemlich „verdächtig". Die Spurensuche zu den Riga-Deportationen fand aber schnell parteiübergreifende Unterstützung. Der CDU-Oberbürgermeister reiste schließlich als erster offizieller deutscher Vertreter zu den Orten der Massenvernichtung in Riga.

Der Ball der Erinnerung ist 1991 an den 50. Jahrestagen der Deportationen in das „Reichsjudenghetto" Riga von vielen aufgefangen worden. Bei einzelnen meiner Veranstaltungen passierte es mitunter, dass ein älterer Herr plötzlich aufstand und zum ersten Mal in seinem Leben von seinen Erfahrungen aus Riga berichtete. Hätte ich zehn Jahre eher damit angefangen, hätte es andere Reaktionen gegeben. Aber so stieß man etwas an, das von vielen anderen aufgenommen wurde – eine ermutigende Erfahrung über Parteigrenzen hinaus.

Gibt es zur Wehrmacht in der Bundeswehr heute eine kritische Auseinandersetzung?

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) hat dazu sehr viel veröffentlicht und forscht hierzu auch weiter. Als wichtige Institution ist auch das Militärhistorische Museum der Bundeswehr in Dresden zu nennen.

Vor vier Jahren wurde außerdem der Traditionserlass überprüft. Dabei ist deutlicher als zuvor festgestellt worden, dass die Wehrmacht nicht traditionsbildend sein kann – ausgenommen einzelne Personen aus dem Widerstand. In Bundeswehrpublikationen hat der Vernichtungskrieg jetzt einen deutlich höheren Stellenwert als vor zwei Jahrzehnten, als es noch Traditionsbeziehungen zu Wehrmachtsverbänden gab.

Wenn Sie an Ihre Reisen ins Baltikum und nach Belarus denken, wie unterscheidet sich dort die Erinnerung von der hiesigen?

In Riga haben uns etliche nicht-jüdische Menschen gefragt, warum wir uns um die Juden kümmern und nicht daran denken, was der örtlichen Bevölkerung unter den Sowjets passiert sei. Da ist uns bewusst geworden, was diese Länder in der einjährigen Okkupation von Juni 1940 bis Juni 1941 bereits erlebt hatten: Sie wurden überfallen, besetzt, es gab Massendeportationen nach Sibirien, Massenmorde an politischen Häftlingen. Die Wehrmacht wurde dann von einem Teil der Bevölkerung als Befreier bejubelt.

Es folgten die deutsche Besatzung und Massenmorde mit inländischer Kollaboration. Ab 1944 drehte sich die Lage wieder um 180 Grad. Ab 1949 gab es erneute Massendeportationen von über 40.000 Menschen, das waren 2,5 Prozent der Bevölkerung. Kurz gesagt: Wir wurden mit einer wechselhaften und sehr komplexen Opfer- und Mittätergeschichte dieser Länder konfrontiert. Da zu einer Erinnerung zu kommen, die Leid und Opfer nicht aufrechnet, ist sehr schwierig. Die Komplexität der verschiedenen Opfergeschichten im Blick zu haben, war und ist elementar. Der Weg zu einer europäischen Erinnerung ist hier noch weit.

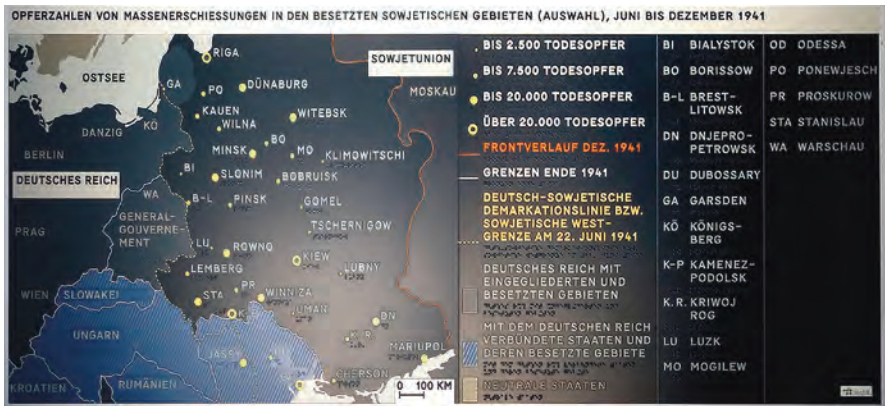
Bei mir ist aus diesen Erfahrungen das Motto entstanden: bei der Erinnerungsarbeit immer „die Leiden der anderen" mit in den Blick nehmen.

Und was ergibt sich daraus mit Blick auf die heutige Friedens- und Sicherheitspolitik?

Die zentrale Lehre ist in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion eine andere als bei uns. In Deutschland ist das allgemeine „Nie wieder!" als Losung vorherrschend, was auch völlig richtig ist. Für unsere östlichen Nachbarn ist ein drittes „Nie wieder" elementar: „Nie mehr wehrlos und allein sein!" Das hat natürlich politische Konsequenzen.

Wie tatsächlichen Friedensbedrohungen und drohender Massengewalt begegnet werden kann, spielt im deutschen Diskurs noch immer eine verhältnismäßig geringe Rolle. Ich sehe das vor allem bei dem Grundsatz der sogenannten Schutzverantwortung gegenüber schwersten Menschenrechtsverbrechen wie Völkermord. In den vergangenen Jahren habe ich die ernüchternde Erfahrung gemacht, dass der Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland und seine Verbündeten in Fragen der operativen Verhinderung von Massengewalt wenig Handlungsfähigkeit entwickelt haben. »

Quelle: Haus der Wannsee-Konferenz



Übersichtskarte der Orte größerer Massenerschießungen auf dem Gebiet der damaligen Sowjetunion .

» **Wir haben es international derzeit mit vielen Krisenherden zu tun, in denen die Zivilbevölkerung massiv betroffen ist oder sogar gezielt ins Visier genommen wird. Gibt es Wege, dagegen präventiv vorzugehen?**

Ja. Als Erstes muss man an Schätze erinnern, die wir seit 1945 haben! Mit den Vereinten Nationen und der europäischen Integration wurden ein Normensystem und Handlungsrahmen geschaffen. Die UN-Charta verfolgt dabei eine Doppelstrategie: die internationalen Beziehungen gemeinsam konstruktiv gestalten und gemeinsam gegen Störer des Friedens vorgehen. Außerdem sollten wir uns die 1930er Jahre anschauen. Die meisten Länder waren durch den Ersten Weltkrieg traumatisiert und wollten unter keinen Umständen einen weiteren Krieg. Das galt auch für die Westmächte. Leider ging das einher mit einem Wunschdenken gegenüber Hitler-Deutschland, dessen eigentlich offenkundiges Bedrohungspotential von vielen Regierungen ignoriert wurde. Daher sind realistische Bedrohungs- und Chancenanalysen friedens- und sicherheitspolitisch elementar.

Ein zweiter Befund aus den 1930er Jahren ist die Vernachlässigung des Gemeinsamen. Ein Bewusstsein für eine gemeinsame, kollektive Sicherheit gab es damals in den Köpfen viel zu wenig. Das ist heute anders. Das Bewusstsein ist häufig da, aber in der Praxis schwierig umzusetzen. Immer noch passiert es zu oft, dass die Staatengemeinschaft von Gewalteskalationen überrascht wird, obwohl die Richtung absehbar war.

Dass Krisenprävention und -früherkennung gelingen kann, haben wir vor genau 20 Jahren in Mazedonien gesehen. Ich habe damals selbst mitbekommen, wie die Staatengemeinschaft früh und erfolgreich politischen Druck ausgeübt und einen drohenden Bürgerkrieg verhindert hat. Aber wer erinnert sich noch daran? Prävention bleibt häufig unsichtbar. Gerade in der zivilen Krisenprävention gelingt viel mehr, als allgemein bewusst und bekannt ist. Es lässt sich nur schwer öffentlich vermitteln. ■

Die Fragen stellten Dr. Dennis Riffel und Liane Czeremin

Dieses Gespräch ist Angela Nachtwei-Hanak gewidmet. Die Ehefrau von Winfried Nachtwei war bei der Spurensuche und Erinnerungsarbeit zum Rigaer Ghetto und den Deportationen dorthin von Anfang an eine zentrale menschliche Triebkraft und Stütze. Wenige Tage nach der Aufzeichnung des Interviews verstarb sie am 21. Mai 2021 plötzlich im Zusammenhang mit Covid-19.

DER ÜBERFALL AUF DIE SOWJETUNION VOR 80 JAHREN

Am 22. Juni vor 80 Jahren begann NS-Deutschland den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion mit mehr als drei Millionen deutschen Soldaten, 3.350 Panzern und über 2.000 Flugzeugen. Direkt hinter der Wehrmacht fielen vier Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und Sicherheitsdienst sowie rund 60 Polizei-Bataillone als mobile Massenmordkommandos über die Bevölkerung her. Das Wüten dieser Kommandos in Belarus, im Baltikum, in der Ukraine und Russland ist in der deutschen Gesellschaft bis heute relativ wenig bewusst und viel verdrängt. Der Krieg war als schneller Eroberungskrieg geplant mit dem Ziel, den gesamten europäischen Teil der Sowjetunion als Siedlungsgebiet für deutsche Kolonisten zu gewinnen. Zuvor sollte dieses Gebiet systematisch entvölkert werden, durch Vertreibung, Mord und das gezielte Verhungernlassen der Bevölkerung.

Der Wehrmachtsführung war schon im März 1941 klar, dass der Krieg gegen die Sowjetunion außerhalb des Völkerrechts geführt werden würde. In Hitlers Worten: „Wir müssen vom Standpunkt des soldatischen Kameradentums abrücken. Der Kommunist ist vorher kein Kamerad und nachher kein Kamerad. Es handelt sich um einen Vernichtungskampf." Dementsprechend wurde der sogenannte „Kommissarbefehl", der das sofortige Erschießen tatsächlicher oder vermeintlicher Politkommissare der Roten Armee verlangte, konsequent durchgeführt. Auch für den Tod von über drei Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die nicht ausreichend versorgt und von Wehrmacht und deutscher Rüstungsindustrie gnadenlos ausgebeutet wurden, war die Wehrmacht direkt verantwortlich. Direkt hinter den Linien der Wehrmacht und oft mit ihrer logistischen Hilfe verfolgten Polizei-Bataillone und Einsatzgruppen neben der Dezimierung der Zivilbevölkerung noch ein weiteres menschenfeindliches Ziel: den Völkermord an den europäischen Juden.

Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde für die deutschen Soldaten und ihre Familien kein schneller Sieg, sondern eine verlustreiche, sich über vier Jahre hinziehende Niederlage mit über drei Millionen gefallenen und vermissten Soldaten. Insgesamt 27 Millionen sowjetische Opfer kostete der Vernichtungs- und Weltanschauungskrieg der Deutschen, davon 15 bis 16 Millionen Zivilpersonen. ■

■ **Buchtipp:**
Tim Bouverie; übersetzt von Karin Hielscher
Mit Hitler reden.
Der Weg vom Appeasement zum Zweiten Weltkrieg,
Rowohlt Buchverlag, Hamburg 2021
Gebundene Ausgabe, 704 Seiten
ISBN 978-3-498-00142-1 • 27,60 €

Irene Köß

„Wir machen Sie so fertig, dass Sie nie mehr singen können!“

Das Schicksal der Familie Körner in der DDR

Mit Schwung knallt Friedemann Körner im früheren Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen – heute Gedenkstätte – bei seinem Rundgang mit Besuchern eine Zellentür zu und schiebt krachend den Riegel vor. Die Genugtuung darüber ist dem ehemaligen politischen Gefangenen anzumerken. Gleich darauf wird er den interessierten Zuhörenden seine Geschichte erzählen: Am 30. Oktober 1974 klingeln morgens um acht Uhr Stasi-Mitarbeiter an der Wohnungstür der Eheleute Körner in Ost-Berlin, die gerade ihre beiden kleinen Söhne (1,5 und 2,5 Jahre alt) in die Kinderkrippe gebracht haben. Friedemann Körner wird „zur Klärung eines Sachverhalts“ mitgenommen. In der Untersuchungshaftanstalt Magdalenenstraße konfrontiert man ihn damit, dass die Flucht eines Schulfreundes aus Leipzig in den Westen vereitelt worden sei, er von dessen Fluchtplänen gewusst habe und diese hätte anzeigen müssen. Außerdem unterstellt man ihm, seine eigene Flucht und die seiner Familie geplant zu haben. Nach zermürbenden Verhören wird er in Handschellen mit einem Gefangenentransporter zur zentralen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Hohenschönhausen gefahren.

Foto: privat

Die beiden Söhne der Körners an dem Tag, an dem sie das Kinderheim wieder verlassen konnten.

Was Friedemann Körner dort erst drei Wochen später erfährt: Vier Stunden nach ihm ist auch seine Ehefrau Gabriele verhaftet worden. Die beiden Jungen sind zunächst in einem staatlichen Kinderheim untergebracht worden. Nach sechs Monaten Untersuchungshaft in Hohenschönhausen (unter der dort üblichen psychischen Folter durch stundenlange Verhöre, Einzelhaft, Verhinderung von Sozialkontakten, gezielter Störung der Nachtruhe, Einsatz von Zellenspitzeln und so weiter) wird das Ehepaar in Leipzig zu fünfeinhalb und vier Jahren Haft verurteilt.

Die hohen Haftstrafen erklären sich hauptsächlich daraus, dass sich der verhaftete Schulfreund vor seinem Fluchtversuch mehrmals mit seiner westdeutschen Freundin und späteren Fluchthelferin in der Wohnung der Körners getroffen hatte. Das Gericht sieht deshalb den § 105 Ziff. 2 des StGB der DDR als erfüllt an: Die Körners hätten sich zeitweilig in eine Menschenhändlerorganisation integriert, indem sie einer Kurierin dieser Organisation ihre Wohnung zur Verfügung stellten.

Die Bleistiftzeichnung eines anonymen Gefangenen aus der Strafanstalt Brandenburg-Görden veranschaulicht die Enge in der Gemeinschaftszelle (um 1978).

Quelle: Moritz Stock

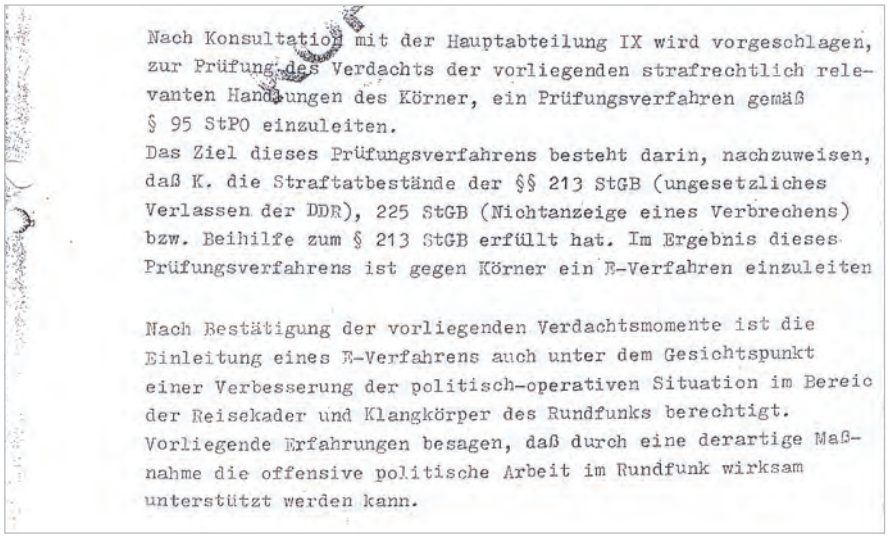
Verurteilt werden sie auch wegen der Vorbereitung des ungesetzlichen Grenzübertritts. So hätten sie angeblich die Fluchthelferin beauftragt, ihre Familie aus der DDR zu schleusen, und nur wegen der Verhaftung des Freundes von dem Vorhaben Abstand genommen. Tatsächlich erkundigten sich die Körners bei der Besucherin aus der Bundesrepublik nach einer Möglichkeit, die DDR zu verlassen. Als sie jedoch von den Umständen einer solchen Flucht hörten – versteckt im Kofferraum eines Wagens –, verwarfen sie die Idee aus Angst um ihre Kinder sofort.

Sie müssen die folgende Zeit der Haft bis Ende 1977 getrennt in den Gefängnissen Brandenburg-Görden und Hoheneck im Erzgebirge verbringen und leisten dort un- »

» ter katastrophalen Bedingungen Zwangsarbeit. Beide sind durch die Trennung von ihren Kindern und die entwürdigende Situation im Gefängnis extrem belastet. Die Kinder dürfen nach fast zwei Monaten im Kinderheim bei ihrer Tante in Dresden aufwachsen, die sich trotz ihrer eigenen fünf Kinder sehr um die Neffen bemüht. Mitte 1976 stirbt Friedemann Körners Mutter. Die Teilnahme an ihrer Beerdigung wird dem Sohn verwehrt.

Ende 1977 werden die Eheleute vom Westen freigekauft. Die Söhne folgen wenige Monate später. Beide Kinder sind den Eltern entfremdet, die Familie muss im Westen mühsam wieder zusammenfinden. Gesundheitlich sind die vergangenen Jahre nicht spurlos an den Eheleuten vorübergegangen. Friedemann Körner, von Beruf Sänger, hat sich noch während der Haft an den Stimmbändern operieren lassen müssen, nachdem er durch schädliche Dämpfe während der Zwangsarbeit als Dreher nicht mehr sprechen konnte. Seine Frau hat nach dem Freikauf eine Krebserkrankung durchstehen müssen.

Erst viele Jahre später erfahren die Körners, dass ihre Verhaftung noch einen weiteren Grund hatte: Im Rundfunkchor Ost-Berlin, in dem Friedemann Körner als Tenor angestellt war, sollte ein Exempel statuiert werden. Auf Auslandsreisen in den Westen hatten sich Chormitglieder in den Westen abgesetzt. Außerdem war der Stasi das politische Klima im Chor nicht staatskonform genug. Als für Ende 1974 eine Konzertreise nach Japan geplant war, entschloss sich der Geheimdienst zu abschreckenden Maßnahmen, um weitere Fluchten zu verhindern und den Chor zu disziplinieren. Opfer: die Familie Körner.



Nach Konsultation mit der Hauptabteilung IX wird vorgeschlagen, zur Prüfung des Verdachts der vorliegenden strafrechtlich relevanten Handlungen des Körner, ein Prüfungsverfahren gemäß § 95 StPO einzuleiten.
Das Ziel dieses Prüfungsverfahrens besteht darin, nachzuweisen, daß K. die Straftatbestände der §§ 213 StGB (ungesetzliches Verlassen der DDR), 225 StGB (Nichtanzeige eines Verbrechens) bzw. Beihilfe zum § 213 StGB erfüllt hat. Im Ergebnis dieses Prüfungsverfahrens ist gegen Körner ein E-Verfahren einzuleiten

Nach Bestätigung der vorliegenden Verdachtsmomente ist die Einleitung eines E-Verfahrens auch unter dem Gesichtspunkt einer Verbesserung der politisch-operativen Situation im Bereic der Reisekader und Klangkörper des Rundfunks berechtigt. Vorliegende Erfahrungen besagen, daß durch eine derartige Maßnahme die offensive politische Arbeit im Rundfunk wirksam unterstützt werden kann.

Quelle: BStU

Aus Stasi-Akten hat Friedemann Körner später erfahren, dass sein Prozess auch dazu dienen sollte, den Reisekader seines Rundfunkchores zu disziplinieren.

Nach der Verhaftung log ein Staatsanwalt der zusammengerufenen Belegschaft des Rundfunks vor, dass man die Eheleute Körner nach einem Fluchtversuch mit dem Auto an der innerdeutschen Grenze verhaftet habe. Ihre Kinder hätten sie mit Schlafmitteln ruhiggestellt, einer der Söhne sei erstickt. Der Staatsanwalt machte deutlich: Reisekader müssen über eine besondere politische Zuverlässigkeit verfügen. Daran mangele es im Rundfunk, und der Staat werde dies nicht hinnehmen. Drei Kollegen des Berufssängers Körner wurden fristlos entlassen, weil sie angeblich von seinen Fluchtplänen wussten. Einer von ihnen musste danach seinen Lebensunterhalt als Sänger auf Beerdigungen verdienen, ein zweiter nahm sich das Leben.

Der berufliche Neustart im Westen ist für Friedemann Körner sehr schwierig. Während seine Frau als Krankenschwester schnell Arbeit findet, ist er nicht in der Lage zu singen. So hatten es ihm die Vernehmer in Hohenschönhausen prophezeit: „Wir machen Sie so fertig, dass Sie nie mehr singen können!“ Er darf zwar auf Kosten des Arbeitsamtes Gesangsstunden nehmen, doch sie führen zu keinerlei Erfolg. Erst eine Kur im Schwarzwald bringt die erhoffte Wende: Zwei Mitpatienten nehmen ihn an einem Abend in eine Kneipe mit. Hier spielt wöchentlich ein Ziehharmonikaspieler. Körner hört die Arie „Ich knüpfte manche zarte Bande“, die er gut kennt. Seine Begleiter animieren ihn zu singen. Und plötzlich – beflügelt durch den Federweißen – ist die Stimme wieder da, er steht auf und singt wie befreit aus voller Kehle die damals beliebte Arie aus dem „Bettelstudenten“.

Endlich kann er Bewerbungen an Rundfunkchöre schreiben. Die Zeit drängt, denn als Sänger ist man mit 34 Jahren nicht mehr jung. Der Tenor darf – am ganzen Körper zitternd vor Anspannung und Existenzangst – beim RIAS Kammerchor in West-Berlin vorsingen und wird eingestellt. Erst jetzt kann das neue Leben in West-Berlin wirklich beginnen. Heute führt Friedemann Körner als Zeitzeuge Besucher durch sein Gefängnis und macht sie mit den niederträchtigen Methoden des Staatssicherheitsdienstes vertraut. ■

Friedemann Körner führt heute Besucher durch die Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Foto: Stiftung Gedenkstätte HSH

Irene Köß ist Verwaltungsangestellte und Mitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Interview

„Den Worten folgen Taten“

Was tun gegen Hass und Hetze? Als im Mai in Münster, Gelsenkirchen und anderenorts im Regierungsbezirk antisemitische Aggressionen vor Synagogen hochkochten, hielten Beobachter alarmiert den Atem an. Bis in die Kommunen hinein zog der Nahostkonflikt Kreise. Wobei die Polizei in Münster Schlimmeres verhütete und das Verbrennen einer Davidstern-Flagge verhinderte, wie Stefan Querl aus der RAG Münsterland, mit seinem Kollegen Peter Römer in der Villa ten Hompel neuer Beauftragter gegen Antisemitismus (siehe Heft 107), dem Polizeipräsidenten Falk Schnabel gegenüber ausdrücklich dankte. Um neuen Anfängen auch rechtsextremer Bedrohung zu wehren, setzt Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Landesbeauftragte gegen Antisemitismus in NRW, auf ein Präventions- und Meldesystem.

Was genau sind Ihre Aufgaben als Antisemitismusbeauftragte?
Ich bin nach einem Beschluss des Landtages zur Antisemitismusbeauftragten des Landes NRW bestellt worden, weil Antisemitismus in der Gesellschaft immer schlimmer geworden ist und die antisemitischen Straftaten seit 2016 angestiegen sind. Mein Amt ist ein unabhängiges Ehrenamt ohne Einbindung in die Landesregierung. Mit einem Büro in der Staatskanzlei mit vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nehmen wir unsere vielfältigen Aufgaben in Absprache mit den jeweils beteiligten Ministerien wahr.

Eine meiner Aufgaben ist die einer Ansprechpartnerin für Opfer verbaler und physischer antisemitischer Taten. Manche davon sind strafrechtlich relevant, manche nicht. Fast immer geht es aber um Vorfälle, die Ausdruck einer generellen antisemitischen Stimmung sind, die jüdische Gemeinden beunruhigt und bis in die Familien hineinwirkt. Deswegen steht seit Beginn meiner Tätigkeit eine Hotline zur Verfügung, die Betroffene anrufen können. Da geht es um ganz alltägliche Dinge wie Hetze und Hass in Chatgruppen, aber auch darum, ob in einer Justizvollzugsanstalt koscheres Essen zur Verfügung stehen muss.
Eine andere Seite meines Amtes ist die präventive Arbeit, dabei vor allem die Frage, wie man Antisemitismus durch Aufklärungsarbeit in Schulen mit Projekten, Gedenkstättenbesuchen und ansprechendem Unterricht verhindern kann. Bei Gerichtsverfahren wegen antisemitischer Straftaten möchten wir die Wahrnehmung der Tatumstände und Sensibilität der zuständigen Staatsanwälte, Richterinnen und Richter und die Kommunikation mit den Opfern fördern. Zur präventiven Arbeit gehört es dabei auch, das Dunkelfeld zu erhellen. Viele antisemitische Meinungen und Taten werden nicht bei der Polizei angezeigt oder anderweitig erfasst. Ein jährliches Budget macht es mir möglich, Projekte finanziell zu unterstützen. Zum Beispiel das Projekt der „Zweitzeugen“, bei denen Schülerinnen und Schüler sich intensiv mit Zeitzeugen des Holocaust durch Gespräche und Aufnahmen von deren Geschichten beschäftigen und zu „Zweitzeugen“ ausgebildet werden.

Foto: Ralph Sondermann/Land NRW

Ungenierter, skrupel- und hemmungsloser Antisemitismus ruft Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auf den Plan. Die frühere Bundesministerin und Abgeordnete schafft im Ehrenamt jetzt zwischen Rhein und Weser Strukturen der lokalen Vernetzung gegen Judenhass.

Was hat Sie dazu motiviert, dieses Ehrenamt anzunehmen?
In meinem ganzen politischen Leben war für mich die Wertebasis unserer Demokratie für unser Zusammenleben am wichtigsten. Gewaltenteilung, Freiheitsrechte und der materielle Rechtsstaat müssen aktiv gelebt und eingefordert werden. Gleichgültigkeit ist eine ständige Gefahr für die Demokratie. Allen voran stehen natürlich die Grundrechte: Die Unantastbarkeit der Würde eines jeden Menschen muss geschützt werden. Antisemitische Angriffe sind auch Angriffe gegen das Fundament unserer Gemeinschaft und gegen die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Durch den Ausschluss einer Gruppe und den Hass auf diese greift man uns alle an. Diese Themen haben mich schon als Abgeordnete und Ministerin beschäftigt. Ich setze das eigentlich in dieser Aufgabe nur fort.

Deswegen habe ich zugesagt, als man mich gefragt hat. Ich spürte eine innere Verpflichtung dazu. Ich bin auch nicht die einzige Antisemitismusbeauftragte. Es gab diese, bevor ich im November 2018 berufen wurde, schon in einigen anderen Bundesländern. Die Büros sind sehr unterschiedlich aufgebaut und besetzt. Mir kommen meine politische Erfahrung, das Arbeiten in Verwaltungen und die Kenntnis notwendiger Abstimmungsprozesse zugute. Aber es gibt auch gute andere Konstruktionen. Ziel ist, dass es in allen Bundesländern Antisemitismusbeauftragte gibt.

Mit Stefan Querl und Peter Römer sind vor Kurzem zwei Beauftragte gegen Antisemitismus in der Stadt Münster ernannt worden. Welche Bedeutung sehen Sie in lokalen Ämtern wie diesen?
Ich halte es für sehr bedeutend, dass es auf lokaler Ebene auch Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen für Antisemitismus gibt, denn im kommunalen Bereich finden die Übergriffe statt. In vielen Städten und Gemeinden wurden im letzten Jahr Büros aufgebaut oder Ansprechpartner benannt. Diese unterscheiden sich organisatorisch, denn die Städte und Gemeinden wissen am allerbesten, was gebraucht wird. In NRW sollten sich die verschiedenen Ebenen vernetzten und über eine Plattform austauschen. »

» Nach der Pandemie gibt es hoffentlich gemeinsame öffentliche Veranstaltungen. Ich bin eine große Anhängerin der kommunalen Arbeit und seit vielen Jahren Kreisrätin im Landkreis Starnberg. Bundespolitik greift nicht, wenn sie nicht vor Ort richtig umgesetzt werden kann. Das zeigt die Pandemie jeden Tag von Neuem. Ich freue mich deshalb sehr auf den Austausch mit Stefan Querl und Peter Römer. Als Antisemitismusbeauftragte kann ich auf Landesebene Anstöße geben. Aber Veranstaltungen vor Ort, das Umgehen mit lokalen Ereignissen und die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern entfalten große Wirkung. Den Worten folgen dort Taten.

Foto: Peter Römer

Kim Sommerer bereitete online das Gespräch mit der Landesbeauftragten in der Düsseldorfer Staatskanzlei vor.

Nehmen Sie Gedenktage auch als eine Möglichkeit wahr, über aktuellen Antisemitismus zu reden?
Natürlich sind Erinnerungstage ein Anlass, sich mit der Geschichte zu befassen. Geschichtsvermittlung hört nie auf, auch wenn das Wissen um die Geschichte keine Garantie gibt, dass menschenverachtendes Denken und Handeln nicht wieder zunimmt. Es bleibt also eine immerwährende Aufgabe der Bildungseinrichtungen, möglichst viele Menschen zu erreichen.

Aber es geht nicht nur um das Wissen, sondern auch darum, was gegen Antisemitismus getan werden kann. Deshalb nehme ich auch Gedenktage als Anlass für Projekte mit jungen Menschen, sich in Wettbewerben, in kleinen Theaterstücken, Diskussionsrunden, Ausstellungen und anderen Formen mit dem Antisemitismus heute in Schulen und im öffentlichen Raum zu beschäftigen. Leider kann es im Moment keine Präsenzveranstaltungen geben. Aber digital finden rege Debatten und Diskussionen statt.

Was unterscheidet das vorige Jahr seit Pandemiebeginn in Bezug auf Antisemitismus von den vorherigen Jahren? Welche Ziele setzen Sie sich als Antisemitismusbeauftragte?
Zum einen war das Jahr 2020, im ganz negativen Sinne, geprägt von dem Verfahren zum Anschlag auf die Synagoge in Halle im Oktober 2019. Leider gibt es diese Anschläge immer wieder, auch in NRW vor einigen Jahren in Wuppertal und Düsseldorf. Aber in Halle war es für mich sehr erschreckend zu sehen, wie am helllichten Tag und mit welch radikalisierter antisemitischer und rassistischer Einstellung der Täter zuerst die Synagoge stürmen wollte. Und wie er, als das nicht gelang, zwei Menschen ermordete, die ihm über den Weg liefen.

Er hat die Tat allein begangen, aber sie ist eingebettet in eine besonders durch soziale Medien betriebene Verrohung und Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas, in dem gegen Juden gehetzt wird – meistens von Rechtsextremisten, Reichsbürgern, QAnon-Anhängern und Judenhassern. Auch Muslime sind stark von derartiger Hetze betroffen. Und das passiert nicht im Darknet, sondern im für alle zugänglichen Netz.

Das ist für mich auch 2020: Eine verstärkte Sichtbarkeit von Antisemitismus. Dass er nie verschwunden ist, auch nicht nach der Shoah und dem Zweiten Weltkrieg, ist allgemein bekannt. Aber wie ungeniert, skrupellos und hemmungslos dies in die Öffentlichkeit gebracht wird, prägt für mich das vergangene Jahr auch.

Positiv sehe ich, dass eine deutlich stärkere Sensibilisierung erfolgt und mehr Menschen einsehen: „Wir müssen gemeinsam dagegenstehen." Ich merke, dass diese Grundeinstellung, die in einer Demokratie ganz notwendig ist, weiter verbreitet ist als früher. Sie verbindet uns Demokraten und macht uns stark. Im Kampf gegen den Antisemitismus darf man nie, nicht einen Tag, nachlassen, denn leider sind gerade in Krisenzeiten wie während einer Pandemie mehr Menschen bereit, ihre Sorgen, Ängste und ihren Ärger einer gesellschaftlichen Gruppe zuzuschieben. Und das sind dann häufig die Jüdinnen und Juden, die für alles Übel dieser Welt angeblich die Verantwortung tragen. Gegen diese stereotypen Vorurteile und Verschwörungsmythen helfen selten Fakten. Aber die gemeinsame offensiv vertretene Haltung, dass Jüdinnen und Juden eine Bereicherung für unsere offene Gesellschaft sind, bringt etwas.

In Ihrem Jahresrückblick beschreiben Sie auch, wie sich in den sogenannten „Querdenker-Demos" antisemitisches Gedankengut in Symboliken wie Davidsternen mit Impfgegner-Inschrift und Vergleichen zu Sophie Scholl und zur Weißen Rose äußert. Welche Verantwortung tragen hierfür in Ihren Augen Mitdemonstrierende?
Es handelt sich um eine sehr heterogene Gruppe von Demonstrierenden, die nicht pauschal als antisemitisch bewertet werden darf. Aber es sind Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten, Holocaust-Leugner, Neonazis dabei, die die Reichskriegsflagge schwingen wie im vergangenen Jahr auf den Stufen des Reichstagsgebäudes in Berlin, dem Herzen der Demokratie. Und Menschen, die „Judensterne" mit der Aufschrift „ungeimpft" tragen.

Die Anmaßung mancher Demonstranten ist eine vollkommene Verkehrung der Geschichte. Heute kann man gegen Corona-Maßnahmen mit Auflagen aus Sicherheitsgründen demonstrieren, es gibt in Deutschland keine Diktatur, sondern eine gefestigte Demokratie. Und man riskiert nichts, wenn man seine eigene Meinung oder auch Schwachsinn kundtut, es sei denn, es wird gegen Juden oder Muslime Volksverhetzung betrieben. Ich habe mich seit Beginn der Pandemie immer dafür eingesetzt, dass es mit guten Hygieneauflagen Demonstrationen geben können

muss, zahlenmäßig begrenzt und an den passenden Orten. Die Grundrechte gelten eben auch in Pandemiezeiten.

Aber es sollte sich jeder sehr gut überlegen, mit wem er zusammen demonstriert.

Aus dem Jahr 2020 sind auch die Meldungen zu rechtextremistischen Chatgruppen bei der Polizei in NRW aufgetaucht. Wie sehen Sie die Rolle von historischer Bildungsarbeit, wie sie zum Beispiel am Geschichtsort Villa ten Hompel geleistet wird, einem ehemaligen NS-Täterort in Münster?
Ich bewerte diese Arbeit als herausragend wichtig, da gerade historische Bildungsarbeit immer im Blick hat, dass mit Aufarbeitung von Geschichte für junge Menschen auch eine Ansprache verbunden ist: Junge Menschen können sich einbringen. Es heißt immer, Geschichte wiederhole sich nicht. Ich bin da anderer Meinung. Nicht genau dieselben Ereignisse wiederholen sich, aber Entwicklungen, die es in der Vergangenheit gab, können genauso heute in einem anderen Kontext, mit anderen Akteuren und anderen Auswirkungen, aber in einer ähnlichen Art und Weise wieder passieren.

Die Entwicklung in Teilen der wichtigen Sicherheitsinstitutionen mit einigen rechtsextremen Gruppen ist besorgniserregend. Denn wenn Menschen und gerade Mitglieder der jüdischen Gemeinden kein Vertrauen in die Polizei oder in Teile der Sicherheitsbehörden haben können, weil sie mit rechtsextremistischen Umtrieben rechnen müssen und selbst davon betroffen sein können, dann erwarten sie auch keinen Schutz von der Polizei. Und genau der ist so wichtig, wie Gewalt gegen Juden und jüdische Einrichtungen zeigen. Es ist unsere Pflicht, ein Umfeld zu schaffen, in dem Jüdinnen und Juden möglichst frei von Gefahren und antisemitischen Bedrohungen leben und sich dazugehörig fühlen. Deshalb müssen rechtsextremistische Umtriebe in staatlichen Sicherheitsinstitutionen umfassend aufgeklärt und die notwendigen rechtsstaatlichen Konsequenzen gezogen werden. ■

Das Interview führten **Corinna Koselleck** und **Kim Sommerer**, beide Mitglieder der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) Kultur und im wissenschaftlichen Volontariat arbeiten sie zu Themen der Erinnerungskultur und Aufarbeitung am Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster.

Wortgewaltiger Repräsentant der Überlebenden

Zum Tod von Roman Kent

Der Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK) Roman Kent ist im Mai im Alter von 96 Jahren verstorben. Das IAK schrieb dazu:
Roman Kent wurde 1925 in Lodz als Sohn der jüdischen Familie Kniker geboren, der in Lodz eine Textilfabrik gehörte. Ende 1939, nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen, wurde die Familie Kniker – wie die anderen jüdischen Lodzer Familien auch – ins Ghetto gebracht, wo Romans Vater 1943 an den Folgen der Unterernährung starb. Die restliche Familie wurde 1944 nach der Liquidation des Ghettos nach Auschwitz-Birkenau deportiert, wo Roman von seiner Mutter und seinen Schwestern getrennt wurde. Gemeinsam mit seinem Bruder Leon durchlebte Roman weitere Konzentrationslager, bis er auf einem Todesmarsch von Flossenbürg nach Dachau als Sechszehnjähriger von amerikanischen Soldaten befreit wurde. Gemeinsam mit seinem Bruder immigrierte Roman Kent 1946 in die USA, wo er als erfolgreicher Geschäftsmann lebte.

Zum Tod Roman Kents betonte in Berlin Christoph Heubner, Exekutiv-Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees: *„Auschwitz-Überlebende in aller Welt verabschieden sich mit großer Dankbarkeit und tiefer Wehmut von Roman Kent, der über viele Jahrzehnte ein konsquenter und wortgewaltiger Repräsentant ihrer Erinnerungen und ihres Lebens gewesen ist. Schon früh engagierte sich Roman Kent gemeinsam mit den Auschwitz-Überlebenden Noach Flug und Marian Turski, denen er noch aus dem Lodzer Ghetto verbunden war, für die Gesundheit und das Wohlergehen aller Überlebenden und für die Entschädigung, die den Häftlingen der deutschen Vernichtungsmaschinerie nach ihrer Sklavenhaft und ihrer Zwangsarbeit zustand. Seine deutschen Gesprächspartner schätzten seine sensible Offenheit und sein Interesse an einer gemeinsamen Zukunft, die auf den Fakten der Geschichte beruhte."*

Foto: IAK

Christoph Heubner (l.) und Roman Kent 2017 in der Gedenkstätte Auschwitz.

Für das IAK und als Auschwitz-Überlebender sprach er bei den Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz in der dortigen Gedenkstätte. Mit seiner Forderung nach einem 11. Gebot gegen die Gleichgültigkeit hat sich Roman Kent in die Geschichtsbücher eingeschrieben. Gemeinsam mit seiner Frau Hannah, die auch eine Auschwitz-Überlebende war, hat sich Kent sein ganzes Leben hindurch für die Erinnerung, für die Toleranz und gegen den Antisemitismus engagiert. (...)

Seinen letzten Brief hat Roman Kent an den polnischen Ministerpräsidenten geschrieben und vor einer Nationalisierung und Monopolisierung der Gedenkstätte gewarnt.

Wir werden Roman Kent schmerzlich vermissen. ■

Martin Böttger

8. Mai 1985: Eine Überkreuz-Aktion 40 Jahre nach Kriegsende

Wer sich in der DDR für den Weltfrieden einsetzen wollte, musste damit rechnen, es mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zu tun zu bekommen. Manchmal standen sich die Stasi-Mitarbeiter bei ihren konspirativen Aushorch-Aktionen aber auch selbst im Weg. Hier möchte ich darüber berichten, wie mir der Zufall zum Erfolg dabei verhalf, zum 8. Mai 1985 unbehelligt einen friedlichen Appell an die Botschaften der Westmächte in Ost-Berlin zu übergeben.

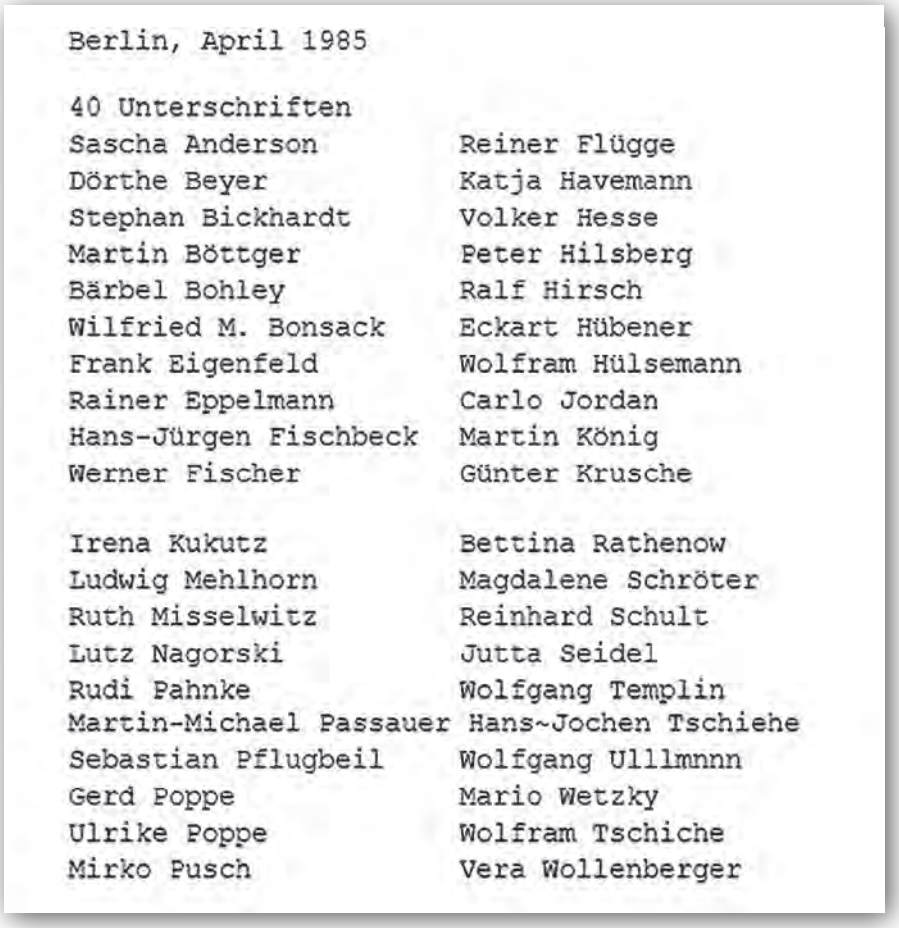
Im März 1985 gründete sich in der DDR auf meinen Impuls hin eine Initiativgruppe, die eine eigenwillige Aktion zum 40. Jahrestag der Kapitulation Deutschlands plante. Einige Freunde von mir und ich entwickelten die Idee zu einer öffentlichkeitswirksamen gemeinsamen Aktion der Friedensbewegungen in Ost und West. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges sollten aufgefordert werden, sich militärisch aus Deutschland zurückzuziehen. Dadurch sollten beide deutsche Staaten schließlich die Möglichkeit erhalten, aus ihren Militärblöcken auszusteigen.

Die „Ost-West-Überkreuz-Aktion"

Wer aber konnte die Westmächte und die Sowjetunion auffordern, ihre treuesten Vasallen in die Neutralität zu verabschieden? Sollten dies die Angehörigen der Friedensbewegungen beider Länder in einem gleich lautenden Brief an ihre jeweilige Schutzmacht versuchen? Das hätte aus unserer Sicht einen gewissen Reiz besessen.

Aber dann fiel mir noch etwas Besseres ein: Die unabhängige Friedensbewegung der DDR schreibt an die drei Westmächte und die Friedensbewegung der BRD schreibt an die Sowjetunion. Mit dieser „Überkreuz-Aktion" würden wir die enge Verzahnung der Zivilgesellschaften in Ost und West dokumentieren und den Militärblöcken verdeutlichen, dass der Einsatz für Blockfreiheit nur von unten in einer abgestimmten Aktion möglich sein kann. Zudem hielt ich das Risiko staatlicher Repressionen für etwas geringer, als wenn wir uns an die Sowjetunion gewandt hätten.

40 Mitglieder der ostdeutschen unabhängigen Friedensbewegung unterzeichneten den Appell an die Westmächte.



Berlin, April 1985

40 Unterschriften

Sascha Anderson	Reiner Flügge
Dörthe Beyer	Katja Havemann
Stephan Bickhardt	Volker Hesse
Martin Böttger	Peter Hilsberg
Bärbel Bohley	Ralf Hirsch
Wilfried M. Bonsack	Eckart Hübener
Frank Eigenfeld	Wolfram Hülsemann
Rainer Eppelmann	Carlo Jordan
Hans-Jürgen Fischbeck	Martin König
Werner Fischer	Günter Krusche
Irena Kukutz	Bettina Rathenow
Ludwig Mehlhorn	Magdalene Schröter
Ruth Misselwitz	Reinhard Schult
Lutz Nagorski	Jutta Seidel
Rudi Pahnke	Wolfgang Templin
Martin-Michael Passauer	Hans~Jochen Tschiehe
Sebastian Pflugbeil	Wolfgang Ulllmnnn
Gerd Poppe	Mario Wetzky
Ulrike Poppe	Wolfram Tschiche
Mirko Pusch	Vera Wollenberger

Quelle: Martin Böttger

Tatsächlich blieb die kleine Gruppe, die die Briefe an die Ostberliner Botschaften der USA, Großbritanniens und Frankreichs übergeben wollte, von staatlicher Behinderung weitgehend verschont. Das MfS beschränkte sich darauf, uns genau zu beobachten. Folgende Personen gehörten der Gruppe, die sich nach ihrer ersten Zusammenkunft im März 1985 „Initiative für Blockfreiheit" nannte, an: Lutz Nagorski, Pfarrer Martin Michael Passauer, Mirko Pusch, Mario Wetzky und ich. Formulierungshilfe leisteten Stephan Bickhard und Gerd Poppe.

Freunde in West-Berlin machen mit

Ich hatte damals schon einige Kontakte zu Friedensgruppen in der Bundesrepublik. Diese galt es zu nutzen. Vor allem meine Freunde in Westberlin versprachen, mitzumachen. Es waren Menschen aus dem Umfeld der Alternativen Liste. Besonders aktiv war Torsten Schramm.

Der Brief begann dann mit folgendem Motto aus dem Schwur von Buchenwald: *„Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel."*

Quelle (beide Fotos): MfS HA VIII (Observation)/ Matthias-Domaschk-Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft.

An der Clara-Zetkin-Straße in Berlin-Mitte, nahe der US-Botschaft (v.l.n.r.): Mirko Pusch, Lutz Nagorski, Martin Böttger, Mario Wetzky.

An der Clara-Zetkin-Straße in Berlin-Mitte, nahe der US-Botschaft (v.l.n.r.): Lutz Nagorski (IM Christian), Martin Böttger, Mirko Pusch (IM …), Mario Wetzky (IM Martin).

Dann folgte der Dank für die Befreiung vom Nationalsozialismus durch die Anti-Hitler-Koalition und für unsere Seite die Bitte an die Westmächte: *„Die neuen Gefahren zwingen uns, Sie aufzufordern, mit der Sowjetunion und den anderen am Konflikt beteiligten Ländern in Verhandlungen einzutreten, die den bisherigen Rahmen verlassen und die Blockkonfrontation beenden sollen."*

Wir schlugen als Verhandlungsziele den Abzug der in den deutschen Staaten stationierten ausländischen Truppen vor. Gleichzeitig sollten die beiden Großmächte ihre in den anderen europäischen Blockländern stationierten Gruppen und Waffenpotentiale reduzieren. 40 Mitglieder der ostdeutschen unabhängigen Friedensbewegung unterzeichneten diesen Brief.

Einen ganz ähnlichen, in Teilen sogar wortgleichen Brief schrieben Mitglieder der westdeutschen Friedensbewegung an den Obersten Sowjet in Moskau. Auch dieser Brief trug 40 Unterschriften. Somit hatte die Zahl 40 bei dieser Aktion eine große symbolische Bedeutung. Die Briefe sollten dann am 8. Mai 1985, also genau 40 Jahre nach Kriegsende, bei den entsprechenden diplomatischen Vertretungen abgegeben werden.

Am Tag der Übergabe war Martin Michael Passauer leider verhindert, und so machten sich die anderen Mitglieder unserer Fünfergruppe auf den Weg: Lutz Nagorski, Mirko Pusch, Mario Wetzky und ich. Die Stasi fotografierte uns intensiv und recht auffällig. So entstanden zahlreiche Dokumente, die sich sowohl in der Ablage der Hauptabteilung VIII (Beobachtung) als auch in meiner Akte wieder finden.

Eine Kuriosität dieser Aktion erfuhr ich allerdings erst nach Aktenöffnung. Alle meine drei Begleiter, also Lutz, Mirko und Mario waren IM des MfS.

Was wäre wohl gewesen, wenn sich die Vierergruppe vor der Übergabe erst einmal beraten und darüber abgestimmt hätte, ob sie die Aktion zu Ende führen solle? Eine solche Abstimmung hätte ich garantiert verloren. Aber keiner meiner Begleiter wusste, dass sich noch zwei weitere IM in der kleinen Gruppe aufhielten und strebte somit auch keine Verhinderung der Aktion an. Da sie auch nicht alle vom gleichen Führungsoffizier gesteuert waren, kam es auch nicht von Stasiseite zu einem Abbruch der Aktion. Manchmal hat mangelnde Koordination auch ihre gute Seite.

Zusammenhörigkeitsgefühl der Friedenbewegungen

Was wurde aus der Gruppe? Sie ging zum Teil in der im Herbst 1985 gegründeten „Initiative für Frieden und Menschenrechte" auf. An eine Reaktion der Adressaten auf unseren Brief kann ich mich nicht erinnern. Trotzdem war die Aktion nicht umsonst, denn sie förderte das Zusammengehörigkeitsgefühl verschiedener Friedensgruppen in Ost und West. Unsere Gruppe ging zum Teil in der im Herbst 1985 gegründeten „Initiative für Frieden und Menschenrechte" auf. ■

Martin Böttger (Jg. 1947) studierte Physik, war Bausoldat, promovierte in Technische Mechanik, engagierte sich in der unabhängigen Friedensbewegung der DDR und koordinierte das NEUE FORUM in Südwestsachsen. Von 1990 bis 1994 war er Landtagsabgeordneter in Sachsen und ist seit 2006 unter anderem Mitglied bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Die Fotos wurden freundlicherweise vom Matthias-Domaschk-Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft zur Verfügung gestellt.

Liane Czeremin

Der Digitalisierungsschub bietet Chancen, Jugendliche besser zu beteiligen

Plädoyer für Kinder- und Jugendparlamente auf allen politischen Ebenen

Kinderärzte und -psychiater schlagen Alarm und stellen fest, dass psychische Erkrankungen unter Kindern und Jugendlichen während der Corona-Pandemie stark zugenommen haben. Befragungen der Universitäten Hildesheim und Frankfurt am Main haben zudem ergeben, dass sich während des zweiten Lockdowns 64 Prozent der jungen Menschen psychisch belastet oder einsam fühlten. Das sind schlimme Nachrichten. Noch problematischer: Den Jugendlichen erscheint es so, als würde sich für diese Probleme – mal wieder – in der Politik niemand interessieren. Satte 58 Prozent glauben das laut der Erhebung der beiden Universitäten, die in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung ausgewertet wurde.

Alle reden nur übers Lernen

Meine zwölfjährige Tochter hat ihre beiden Homeschooling-Phasen relativ gut gemeistert. Sie hat diszipliniert gelernt, weiter Kontakt zu ihren Freunden gehalten und ein ambitioniertes Sportprogramm durchgehalten, das sie gemeinsam mit Freundinnen aufgestellt und über Video oder draußen zu zweit absolviert hat. Doch als im März obige Studie im Fernsehen vorgestellt wurde, brach es aus ihr heraus:
„Ist halt so. Alle reden immer über das Lernen und den Stoff, den wir aufholen müssen. Aber interessiert sich irgendjemand dafür, dass die Schüler in Abschlussklassen gerade nicht wissen, ob sie sich überhaupt noch einmal alle wiedertreffen können, ob sie irgendwie voneinander Abschied nehmen können?"

Das saß. Damit hatte sie aus meiner Sicht auch völlig Recht. Gegenüber Zehntausenden Corona-Toten allein in Deutschland und dem großen Leid der Hinterbliebenen gehören nicht stattfindende Abschlussfeste natürlich nicht in den Vordergrund. Auch nicht gegenüber den existenziellen finanziellen Nöten vieler von Corona-Maßnahmen Betroffener. Zahlreiche Mädchen und Jungen werden jedoch vermutlich die Einsamkeitsgefühle, die sie in dieser Pandemie aushalten mussten, ihr ganzes Leben lang nicht vergessen.

Es geht um echte Beteiligung

Damit die Belange von Jugendlichen künftig mehr Beachtung finden, plädiert die Bertelsmann-Stiftung dafür, die Beteiligung junger Menschen auf allen für sie wichtigen Ebenen auszubauen. Das Jugendhearing des Bundesfamilienministeriums oder ein bereits geforderter Kindergipfel seien richtige Signale. Am Ende brauche es aber Angebote, über die Jugendliche „konkret mitentscheiden und Verantwortung übernehmen können". Wie solche Angebote aussehen könnten, scheint indes unklar.

Auf eine Idee dazu hat mich wiederum meine Tochter gebracht, als in der Post für sie ein dicker Umschlag lag, drinnen geschätzt mindestens 100 Blatt Papier. Auf die Frage, was das sei, sagte sie: „Das sind die Anträge, über die wir abstimmen müssen, ich habe eine Woche Zeit, die alle zu lesen." Meine Tochter sitzt seit zwei Jahren bei uns vor Ort im kommunalen Kinder- und Jugendparlament, sie hat sich dafür in ihrer Schule zur Wahl gestellt. Andere Mitglieder wurden auch von örtlichen Vereinen nominiert. Die Schülerinnen und Schüler diskutieren in monatlichen Sitzungen über ihre politischen Anliegen, gießen diese in Anträge und stimmen darüber ab. Die Antragssteller tragen die angenommenen Anträge anschließend einmal im Jahr persönlich in den zuständigen Ausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung vor, und die Abgeordneten müssen sich dazu verhalten. Einige Anträge werden abgelehnt, andere der weiteren Prüfung zugewiesen, einzelne

Ein Jugendlicher „zockt" während der Corona-Pandemie allein vor dem Bildschirm Computerspiele. Viele junge Menschen fühlten sich während des zweiten Lockdowns einsam und mit ihren Sorgen von der Politik alleingelassen.

Foto: Liane Czeremin

Foto: Ralf Roletschek/fahrradmonteur.de

Eine Sitzung des Kinder- und Jugendparlaments von Charlottenburg-Wilmersdorf (Berlin) im Jahr 2011. Mit den neuen digitalen Fähigkeiten wären solche Beteiligungsformate auch auf Bundesebene denkbar.

aber auch direkt angenommen, wie jüngst zum Beispiel die Forderung, auf Mädchentoiletten in Oberschulen Menstruationsprodukte vorzuhalten.

In den Schulen berichten die Mitglieder des Kinder- und Jugendparlaments über ihre Arbeit, über Erfolge und Misserfolge. Seit Beginn der Corona-Pandemie tagen die Schüler über Videokonferenzen, was gut funktioniert.

Solche Kinderparlamente oder -räte gibt es in Deutschland schon seit den 1980er Jahren, bislang allerdings vor allem auf kommunaler Ebene – was sinnvoll ist. In den Kommunen ist Mitbestimmung am einfachsten umsetzbar und die Wirkung von Beteiligung am besten erfahrbar.

Mit dem Digitalisierungsschub, den es nun zwangsläufig gab, müsste da aber noch mehr gehen! Wären zum Beispiel spiegelbildlich zu den Landesparlamenten und dem Bundestag vornehmlich digital tagende Jugendparlamente denkbar?

Digitale Jugendparlamente auf Landes- und Bundesebene

Sicherlich müssten viele Voraussetzungen berücksichtigt werden: von den unterschiedlichen Zugängen zu technischen Endgeräten über Mechanismen, die eine Vereinnahmung durch politische Parteien oder andere Gruppen ausschließen, bis hin zu der Notwendigkeit, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter in den Abläufen zu unterstützen und mit den Regeln und Zuständigkeiten parlamentarischer Gremien vertraut zu machen. Zudem müsste der Anspruch gelten, dass die (zahlenmäßig zu begrenzenden) Eingaben der Jugendlichen am Ende nicht einfach in den Petitionsausschuss des Bundestages gelangen, sondern direkt in den Fachausschüssen behandelt und teilweise auch im Plenum diskutiert werden.

Es ist aber an der Zeit, über eine ernsthafte, fest strukturierte Beteiligung von Jugendlichen an politischen Entscheidungen nachzudenken und hierfür zur Not auch einmal eine fördertechnische „Bazooka" auszupacken.

Lohnen könnte ein Blick in die Schweiz, die zwar vom politischen System und der Bevölkerungszahl her wenig mit Deutschland vergleichbar ist, jedoch mit der jährlichen „Eidgenössischen Jugendsession" ein interessantes Vorbild liefert. Allerdings sind es auch bei diesem Projekt nur wenige Tage, in denen junge Menschen zur bundesweiten Mitbestimmung eingeladen sind. 2021 findet die viertägige „Jugendsession" zum 30. Mal statt. Sinnvoll wäre eine kontinuierliche Einbindung von Jugendlichen, die zunächst über schulinterne Wahlen in flächendeckend einzurichtende kommunale Jugendparlamente delegiert und von dort weiter in die (digitale) Landes- und Bundesebene entsandt werden. Die jungen Abgeordneten könnten dann auch kompetente Ansprechpartner für Medienvertreter werden, wenn es um die Belange von Kindern und Jugendlichen geht.

Neues Grundwissen über digitale Kommunikationsmittel

Meine Tochter ist erst zwölf, aber es ist bereits das dritte Mal, dass sie sich von der Politik enttäuscht zeigt. Zuvor war es der anfängliche Umgang mit der Fridays-for-Future-Bewegung und den Protesten gegen die EU-Urheberrechtsreform. Dass es nicht nur ihr so geht, zeigt sich beispielhaft an der Beliebtheit der „Zerstörungsvideos" des Youtubers Rezo.

Dass viele Kinder und Jugendliche aus allen sozialen, regionalen und herkunftsbezogenen Schichten sich in den vergangenen Monaten ein Grundwissen an ernsthaften digitalen Kommunikationsformen erworben haben, bietet eine vielleicht einmalige Gelegenheit, junge Menschen mehr ins politische Geschehen einzubeziehen. Sie könnten die eigene Teilhabe als selbstverständlicher begreifen und erfahren, dass ihre Belange zählen, auch wenn sie sich nicht immer durchsetzen können. Einen oft begangenen Fehler sollte man bei der Einrichtung solcher Jugendräte allerdings von Anfang an vermeiden: die jungen Menschen schon bei der Planung und Ausgestaltung des Projektes wieder zu vergessen. ■

Weiterführende Links:

- *https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2021/maerz/jugendliche-fuehlen-sich-durch-corona-stark-belastet-und-zu-wenig-gehoert*
- *www.jugendsession.ch*
- *www.kinderpolitik.de*

Liane Czeremin ist Politikwissenschaftlerin und Mutter zweier heranwachsender Kinder. Sie leitet die Öffentlichkeitsarbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Wolfgang Braun

Missing Links in der Demokratiegeschichte

Diejenigen, die noch einen klassischen Geschichtsunterricht genossen haben, kennen die – anders ist es kaum zu bezeichnen – übliche Vermittlung des Schlüsselbegriffs der politischen Nachkriegsgeschichte, des Wörtchens „Demokratie". Bei der Behandlung der antiken Geschichte, etwa kurz vor den Peleponnesischen Kriegen, wird die attische Demokratie mit der weitgehend desinteressierten Schülerschaft durchgegangen. Danach geschieht lange, lange gar nichts in dieser Hinsicht und wie Kai aus der Kiste taucht diese „Demokratie" dann je nach zeitlicher und räumlicher Abgrenzung im 18., 19. oder 20. Jahrhundert wieder auf.

Die eigentliche Frage wird dabei in der immer unterstellten Fortschrittsgeschichte nicht aufgeworfen: Wieso kamen nach wie vielen 1.000 Jahren dokumentierbarer menschlicher Geschichte auf einmal ganz viele Völkerschaften in ganz kurzer Zeit auf eine Idee, die kurz zuvor nur erstaunte Verblüffung oder brüllendes Gelächter ausgelöst hätte? Nämlich die Idee, sämtliche Untertanen, auch noch beiderlei Geschlechts, an der Organisation der Herrschaft zu beteiligen? Und sie darüber hinaus sogar als Quelle der Staatsmacht zu fassen:

„Das Recht der Bürger, in Freiheit und Gleichheit durch Wahlen und Abstimmungen die öffentliche Gewalt personell und sachlich zu bestimmen, ist der elementare Bestandteil des Demokratieprinzips. Der Anspruch auf freie und gleiche Teilhabe an der öffentlichen Gewalt ist in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG) verankert. Er gehört zu den durch Art. 20 Abs. 1 und Abs. 2 GG in Verbindung mit Art. 79 Abs. 3 GG als unveränderbar festgelegten Grundsätzen des deutschen Verfassungsrechts." (BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 30. Juni 2009, Absatz 211)

Die grundsätzliche Bedeutung dieser für Deutschland rechtsgültigen Abgrenzung zwischen einer vollgültigen Umsetzung des Demokratieprinzips und diversen denkbaren Vorstufen wird deutlich, wenn die damit einhergehenden Zeitachsen benannt werden: Demokratie ist im Weltmaßstab frühestens mit dem Aufbau demokratischer Staaten in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg von wirklicher Bedeutung. Denn selbst für die Führungsmacht des Westens stellt Hannes Stein, ein Welt-Korrespondent, unter bewusster oder bloß faktischer Verwendung dieses Maßstabes fest, die Demokratie existiere in den USA seit 56 Jahren, nämlich seit der bundesstaatlichen Durchsetzung des seit 1871 formell bestehenden Wahlrechts für Schwarze – damals für Männer, versteht sich. (Hannes Stein, Der feine Unterschied zwischen Republik und Demokratie, 03.04.2021, Weltonline)

Demokratiemetaphorik und Demokratiegeschichte

Derart grundsätzliche begriffliche Abgrenzungen werfen erst einmal keine sonderlichen Probleme für die tägliche Arbeit in diesem Themenbereich mit vorrangig örtlichen und regionalen Bezügen auf. Da reicht eine eher metaphorische Verwendung des Wörtchens „Demokratie" durchaus. So hatte die Regionale Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr West schon auf einem Abend zur Würdigung der demokratischen Revolutionen von 1848/49 im März 2008 – nach einem Vorlauf von zwei Jahren – für ein *Gottfried-Könzgen-Archiv zur Geschichte der (Duisburger) Demokratie* geworben. Da eine solche örtliche Einrichtung kaum die Aufgaben der vom Bundestag 2021 neu beschlossenen Stiftung „Orte der Demokratiegeschichte" übernehmen kann, wäre die Aufgabe eines solchen Archives das Nachzeichnen der Entwicklung gesellschaftlicher Organisationen, demokratischer Strömungen und entsprechender Milieus in Duisburg und Umgebung gewesen – sowie die Auseinandersetzungen mit den unterschiedlichen Gegnern der Demokratie in den jeweiligen geschichtlichen Epochen. Einzuflechten wären zudem in Grundzügen die jeweiligen staatlichen Rahmenbedingungen, genannt seien nur das Wahl- und das nicht davon zu trennende Niederlassungsrecht. Demokratiegeschichte hätte sich strukturell vor allem um die Frage nach dem „Hin zur Demokratie" gedreht, nicht um die andere Frage nach der Geschichte der etablierten Demokratie, dem „Wie von Demokratie".

Unterstellt wurde bei diesen ersten Überlegungen ein Rahmen, wie ihn der damalige Bundespräsident Horst Köhler in seiner Rede am 8. Mai 2005 anriss. Unter dem Titel „Begabung zur Freiheit" führte er zum geschichtlichen Erbe, auf das nach der realen und moralischen Katastrophe des Nationalsozialismus zurückgegriffen werden konnte, aus:

„Die Väter und Mütter des Grundgesetzes konnten für diesen Neubeginn an viel Gutes anknüpfen: an Denker der Aufklärung wie Lessing und Kant, an die Ideen der Freiheitskämpfer von 1848 und an die Paulskirchenverfassung, an die Entwicklung des Rechts im 19. Jahrhundert und an das Gedankengut der deutschen Arbeiterbewegung, an die jahrhundertealte demokratische Kultur der Städte und an das Vermächtnis des deutschen Widerstands von Graf Stauffenberg bis Julius Leber, von Hans und Sophie Scholl bis Dietrich Bonhoeffer." (Rede von Bundespräsident Horst Köhler zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa)

Prinzipiell ist diese Listung fast identisch mit der thematischen Ausrichtung der in Gründung befindlichen Bundesstiftung „Orte der Demokratiegeschichte":

„Grundsätzlich stehen dabei national hervorgehobene und gesamtgesellschaftlich relevante Projekte im Fokus. Demokratiegeschichte beschränkt sich nicht auf den parlamentarisch-politischen Raum, sondern umfasst auch die schrittweise Ausweitung demokratischer Ordnungsvorstellungen auf andere gesellschaftliche Bereiche. Sie umspannt dabei primär die Zeit von den demokratischen Bestrebungen in Deutschland im

Quelle: wikipedia/ Louvre

Szene eines Gemäldes von Francesco Guardi in der Republik Venedig: „Der Empfang der Gesandten im Sala del Collegio des Dogenpalastes".

Gefolge der Französischen Revolution über den Vormärz, die Revolution von 1848/49, die Kämpfe für eine demokratische Ordnung in Deutschland im Kaiserreich, die Revolution 1918 und die Weimarer Republik 1919 bis 1933, die auf Einführung demokratischer Strukturen zielenden Widerstandsbewegungen gegen den Nationalsozialismus, auch aus dem Exil heraus, den demokratischen Neubeginn in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 im europäischen Kontext, die zahlreichen gesellschaftlichen Bewegungen zur Ausgestaltung der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik, die Widerstands- und Oppositionsbewegungen in der ehemaligen DDR sowie die Friedliche Revolution 1989/90 mit dem Fall der Berliner Mauer bis hin zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990." (Rahmenkonzept zur Weiterentwicklung der Orte der Demokratiegeschichte, S. 5)

Unterschiedlich ist in den beiden Texten im Wesentlichen der fehlende Bezug Horst Köhlers auf die Französische Revolution einerseits, andererseits sein ausdrücklicher Rekurs auf die „jahrhundertealte demokratische Kultur der Städte". Nun geht es an dieser Stelle nicht darum, in Zweifel zu setzen, dass der mit der Bundesstiftung gesetzte zeitliche Rahmen den Vorzug der Praktikabilität hat. Es wird nämlich ein klarer Schnitt gezogen zwischen dem Zeitraum vor der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation von 1806 und der sich anschließenden Periode, die mit der Gründung des Deutschen Reiches von 1871 abschloss. Die Unterschiedlichkeit der beiden „Deutschland" durch Ausschluss des Ersteren berücksichtigt, bleibt aber die entscheidende, eingangs aufgeworfene Frage offen: Wie und wann entstanden die entscheidenden Rechtsvorstellungen für die Organisierung einer Demokratie? Und setzten sich zudem auch noch durch?

Geschichte des Staates, des Raumes und der Bevölkerung

Wie immer zu Beginn stellt sich die Frage, wo sinnvollerweise zu suchen sei – und da bleibt sich einzugestehen, dass die Gebiete, die heute Deutschland genannt werden, zwar tragende Pfeiler eines europäischen Reiches der Mitte waren. Aber bezogen auf die Entwicklungsdynamik des Gesamtgefüges lagen sie jahrhundertelang überwiegend eher am Rande. Die Musik spielte woanders, gerade wenn die heute dominanten Vorstellungen von Innovationskraft und Modernisierung als Maßstab genommen werden. Bis zur Verlagerung der Handelsrouten im Zuge der Entdeckung der Seewege nach Asien und Amerika war dies der Mittelmeerraum. Danach waren es die am Atlantik gelegenen Seefahrernationen: Spanien, Portugal, die Niederlande, England und Frankreich.

Demokratiegeschichte zuvörderst als begriffliche Anstrengung

Zuvor wurde zwischen der Geschichte hin zur Demokratie und der Geschichte des Wie der Demokratie unterschieden – beides unterstellt einen wie auch immer gearteten Begriff derselben. Irgendwelche Beteiligungen von Personengruppen (heute Teilhabe genannt) konstituieren noch keine Demokratie, diese sind über alle Zeiten und in allen Herrschaftsformen nachweisbar. Für die Demokratie wäre zumindest der Ausweis eines bestimmten *demos*, eines Staatsvolkes, einzufordern und seine gestaltende Kraft für den Verband nachzuweisen. Je nach dessen Fassung wäre mit dessen Existenz jedoch noch lange nicht das eingangs zitierte Demokratieprinzip realisiert. In den Worten der Juristen sind es „die staatsangehörigen Bürger", die als Völker demokratisch legitimiert sind: „…die Völker – das heißt die staatsangehörigen Bürger –" (BVerfG, a.a.O, Absatz 229). So hatten bekanntermaßen in Athen etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung aktives Wahlrecht, ein noch geringerer Teil ein gestuftes passives.

Diese Abgrenzung gilt erst recht für die „jahrhundertealte demokratische Tradition" der Städte. Die häufig zu findende Patrizierherrschaft mit popularen Elementen (Beteiligung von Zünften und Gilden) mochte zwar die Einführung einer Demokratie erleichtern, konstituierte diese aber noch nicht. Auf diesem Wege ist auch keine zustande »

» gekommen. Eher vergleichbar sind diese kombinierten Herrschaftsformen in einzelnen Städten mit der Palette von Anstrengungen, eine Bindung der Zentralgewalt an den Willen eines Teils der Beherrschten zu erwirken: von der Magna Charta in England über die sogenannten „Adelsrepubliken" im Königreich Polen und Litauen oder im Königreich Böhmen, selbiges Teil des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

Da hat der paradoxe Beitrag des Ancien Regime in Frankreich bei der Einberufung der Generalstände von 1789 schon weit höheres Gewicht: Die Generalstände beruhten schon auf einem eher allgemeinen, wenn auch nicht gleichen Stimmrecht. Insofern ist die weitgehend übliche Grenzziehung mit den Vorgängen ab 1789 schon mit gutem Sinn gewählt. Nur wird diese relativiert, indem schon 1791 das allgemeine Wahlrecht für die beabsichtigte konstitutionelle Monarchie von der Nationalversammlung wieder abgeschafft wurde. Das Demokratieprinzip war nicht sonderlich verinnerlicht.

Für den Zeitraum ab 1789 wird jedoch eine Problematik aufgeworfen, die tatsächlich menschheitsgeschichtlich neuartig war. Mit der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte wurde sie zwar nicht erstmals aufgeworfen, sondern kurz zuvor schon in den 13 rebellischen Kolonien in Nordamerika. Dort ging es um die Fundierung der Herrschaft aus dem Willen der Beherrschten in einem *weitläufigen Territorialstaat*, nicht in einem kleinen Gebiet, schon gar nicht auf einer Insel.

Die zuvor schon diskutierten freien Reichsstädte mit ihren erweiterten Mitwirkungsmöglichkeiten waren im deutschen Reichsgebiet in einen größeren Territorialzusammenhang eingebunden. In Reichsitalien hatten sie als Repubblica einen weitergehenden Entfaltungsspielraum gegenüber den Territorialherren, denen sie aber bis auf wenige Ausnahmen nicht dauerhaft gewachsen waren. Im prominentesten Fall, der Republik Florenz, schwangen sich die faktischen Stadtherren, die Medici, im Zuge der Renaissance zu den neuen Territorialfürsten auf.

Das der Antike jedoch zeitlich nächstliegende und zugleich langandauerndste und daher durchaus mit der Römischen Republik oder dem Byzantinischen Reich vergleichbare Beispiel für die Entwicklungsmöglichkeiten einer einzelstädtischen Republik ist Venedig, in seiner Zeit eine Großmacht im Mittelmeerraum. Die Bedeutung der „Serenissima Republica", der Republik Venedig, für die Tradierung republikanischen Denkens findet sich dabei weniger in den einzelnen Bestimmungen ihrer Verfassung als in ihrer grundsätzlichen Konstruktion: Legitimatorische Basis war die Vollversammlung der volljährigen männlichen Mitglieder einer festgelegten Gruppe von Familien, aus deren Kreis die Schlüsselpositionen durch Wahl besetzt wurden. Darüber erhob sich ein ausgefeilter Staatsapparat mit Zügen einer Geheimdienstdiktatur. Aufgrund der Bedeutung dieses Staates wurde praktisch demonstriert, dass zu den unterschiedlichen Varianten monarchischer Territorialherrschaft, also der Erbfolge als Sukzessionsprinzip, praktikable Alternativen Bestand und Bedeutung haben konnten (siehe auch Arne Karsten, Geschichte Venedigs, München 2012).

Schon die bisherigen, kursorischen Erörterungen verdeutlichen aber, dass es im Wesentlichen eine begriffliche Anstrengung ist, die einzelnen Elemente, die Eingang in einen Demokratiebegriff auf Basis des Demokratieprinzips finden müssen, sachlich zuzuordnen und so den nur metaphorischen Gebrauch zu verlassen. Allein durch geschichtliche „Erzählungen" wird dies nicht zu leisten sein. Die begrifflichen Abgrenzungen in der Jurisprudenz dürften den günstigsten Einstieg ermöglichen – im Zusammenspiel mit dem historischen Material.

Bedeutung der „Begriffshuberei" für das „Hier und Jetzt"

Die alltägliche Zerrüttung grundsätzlicher Rechtsbegriffe hat eine Quelle in der politischen Realität, die in ihrer Bedeutung zumeist kaum zur Kenntnis genommen wird: nämlich das dilemmatische Verhältnis von nationalen Parlamenten und Europäischem Parlament. Wird die Formulierung von Hannes Stein aufgegriffen, in den USA seien demokratische Verhältnisse erst vor 56 Jahren eingekehrt, wäre das Europäische Parlament (EP) im Kern zwar die demokratische Legitimation des Staatenverbundes, aber als in sich vordemokratische Institution bezogen auf einen Einzelstaat. Ursächlich für diese Verortung ist, dass das EP aufgrund des starken Gefälles des Gewichts der einzelnen Stimme an der Urne von bis zu eins zu zwölf zwischen den Mitgliedsstaaten die erforderlichen Repräsentationskriterien für die jeweiligen ersten Parlamentskammern auf nationaler Ebene nicht erfüllt:

„Gemessen an verfassungsstaatlichen Erfordernissen fehlt es der Europäischen Union auch nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon an einem durch gleiche Wahl aller Unionsbürger zustandegekommenen politischen Entscheidungsorgan mit der Fähigkeit zur einheitlichen Repräsentation des Volkswillens. Es fehlt, damit zusammenhängend, zudem an einem System der Herrschaftsorganisation, in dem ein europäischer Mehrheitswille die Regierungsbildung so trägt, dass er auf freie und gleiche Wahlentscheidungen zurückreicht und ein echter und für die Bürger transparenter Wettstreit zwischen Regierung und Opposition entstehen kann. Das Europäische Parlament ist auch nach der Neuformulierung in Art. 14 Abs. 2 EUV-Lissabon und entgegen dem Anspruch, den Art. 10 Abs. 1 EUV-Lissabon nach seinem Wortlaut zu erheben scheint, kein Repräsentationsorgan eines souveränen europäischen Volkes. Dies spiegelt sich darin, dass es als Vertretung der Völker in den jeweils zugewiesenen nationalen Kontingenten von Abgeordneten nicht als Vertretung der Unionsbürger als ununterschiedene Einheit nach dem Prinzip der Wahlgleichheit angelegt ist." (BVerfG, a.a.O, Absatz 211).

Auch diesbezüglich gilt, was zuvor an den historischen Beispielen schon angeschnitten wurde: Klarheit in den Begriffen ist für jede politische Bildungsarbeit erforderlich. Auch für alle diejenigen, die sich die Vereinigten Staaten von Europa wünschen, sollte gelten, dass die Errungenschaften des Demokratieprinzips nicht auf dem Altar einer geopolitischen Option geopfert werden – im Eifer des Gefechts eventuell nicht nur das Prinzip, sondern die ganze Demokratie.

Die für den absehbaren Zeitraum erforderliche Fähigkeit, den nationalen Rahmen – für uns die Bundesrepublik Deutschland – in seinem rechtlichen Prius gemäß des Demokratieprinzips zu schützen, ohne die Möglichkeiten zur Europäischen Integration zu verschütten oder zu blockieren, wäre argumentativ zu vermitteln. ■

Wolfgang Braun ist Sozialwissenschaftler und Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr-West von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Eine ausführlichere Version dieses Beitrages finden Sie unter: *www.gegen-vergessen.de/themen/demokratiefoerderung/*

Dennis Riffel

Sophie Scholl auf Instagram – ein Experiment

Wenn Sophie Scholl heute leben würde – wie könnte sie sich über soziale Medien mitteilen? Diese Frage stellten sich die Sender SWR und BR anlässlich des 100. Geburtstags der Widerstandskämpferin am vergangenen 9. Mai. Als Antwort haben sie den Instagram-Kanal @ichbinsophiescholl eingerichtet. Dort teilt die Schweizer Schauspielerin Luna Wedler in der Rolle der Sophie Scholl in Videobotschaften regelmäßig ihren Alltag als Studentin in München und nimmt die „Follower" mit in den Widerstand gegen Krieg und Gewaltherrschaft. Ein gewagtes Gedankenexperiment, aber die Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. entschloss sich dennoch zur Kooperation mit dem Projekt.

Aus Sophies Perspektive

Der Kanal startete am 4. Mai, an dem Tag, als Sophie Scholl 1942 in den Zug nach München stieg und dort ihr Studium begann. Seitdem postet sie scheinbar live und in Farbe über das ganze Jahr bis hin zu ihrer Verhaftung im Februar 1943, meistens im Selfie-Modus. Die Abonnent:innen des Kanals erleben die Überraschungsparty, die Sophies Bruder Hans zu ihrem 21. Geburtstag organisiert. Sie tauchen mit ein in den jungen Widerstandskreis der Weißen Rose. Sie durchleiden mit Sophie die Zweifel an ihrer Liebesbeziehung zu ihrem Freund Fritz, der als Offizier im Russlandfeldzug dient.

Erzählt wird immer aus der Perspektive Sophies und in nachempfundener Echtzeit: Wenn Sophie sich um elf Uhr morgens entschließt, den Rest des Seminars zu schwänzen, um an den See zu fahren, erscheint der Post um elf Uhr auf dem Kanal.

Szenische Bewegtbilder bilden das Kernstück des Kanals, das mit historischen Originalelementen, Fotos, Nachrichtenmeldungen oder Propagandamaterial kombiniert wird. Basis der Filmszenen sind Briefe und Aufzeichnungen, die Sophie Scholl von Ende 1937 an bis zu ihrer Hinrichtung schrieb.

Ein Projekt entsteht

Die Idee zu *@ichbinsophiescholl* entstand in der Geschichtsredaktion des SWR und wurde gemeinsam mit der SWR Fiktion weiterentwickelt. Im nächsten Schritt wurden der BR für die Zusammenarbeit gewonnen und weitere Konzeptions- und Produktionspartner ins Boot geholt. Auch die Historikerinnen Barbara Ellermeier („Sophie Scholl – Lesen ist Freiheit") und Maren Gottschalk („Schluss. Jetzt werde ich etwas tun. Die Lebensgeschichte der Sophie Scholl" und „Wie schwer ein Menschenleben wiegt") konnten für das Projekt gewonnen werden, sie prüften das entstehende Filmmaterial kritisch. »

Foto: SWR/Rebecca Rütten/Sommerhaus Film

Das Plakat zur Instagram-Kampagne *#ichbinsophiescholl*.

» **Geschichtsvermittlung in neuer Form**
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. begleitet das Projekt vor allem über Social Media. „Was haltet ihr von diesem neuen Format der Geschichtsvermittlung?", fragten wir auf unserem Instagram-Kanal. Denn auch bei uns in der Geschäftsstelle gab es Bedenken. Eine Widerstandskämpferin der NS-Zeit, die in einem öffentlichen Medium von ihrer Tätigkeit erzählt, das ist erst einmal ungewöhnlich. Und bergen populäre Formate mit Selfies auf Instagram nicht die Gefahr, dass aus der Beschäftigung mit Sophie Scholl am Ende eine undifferenzierte Heldenverehrung wird? Das Risiko besteht, doch die Macher:innen von *@ichbinsophiescholl* haben es professionell umschifft und stellen Sophie Scholls Leben in vielen Facetten und auch Widersprüchen dar. In jedem Fall wird diese moderne Form der Geschichtsvermittlung angenommen. 926.000 Menschen Menschen haben den Kanal schon abonniert. ■

Dr. Dennis Riffel ist Leiter des Fachbereichs Geschichte und Erinnerung bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Interview

Vereinnahmung von Sophie Scholl muss widersprochen werden

Zum 100. Geburtstag von Sophie Scholl äußerte sich die stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Linda Teuteberg im Interview mit dem Evangelischen Pressedienst (epd). Wir dokumentieren hier Auszüge des Gesprächs.

Warum kommt dem couragierten Handeln von Sophie Scholl gerade heute wieder so viel Bedeutung zu?
Um des Menschen Sophie Scholl selbst willen und aufgrund der historischen Größe und zeitlosen Aktualität ihres Beispiels ist es wichtig, ihrer zu gedenken und ihr gerecht zu werden. Sophie Scholl hat es nicht verdient, zur Konsensheiligen und zum Heldenmythos verklärt zu werden. Denn sie war mehr als das: ein echtes Vorbild, aber als ganzer, komplizierter, widersprüchlicher, fragender und zögernder, verletzbarer und verletzender Mensch.

Die Tatsache, dass sie jahrelang eine glühende Anhängerin des Nationalsozialismus gewesen war, bevor sie sich im Widerstand gegen die NS-Barbarei aufopferte, schmälert nicht ihre menschliche Größe. Im Gegenteil ist ihre Fähigkeit zur Wandlung Beleg für die außergewöhnliche Kraft ihrer Persönlichkeit. Sie zeigt auch beispielhaft, dass man kein makellos guter Mensch sein muss, um im Angesicht äußerster Menschenverachtung das Richtige zu tun. Ihr Gewissen brach sich Bahn und das in aller Konsequenz.

Das ist zum einen angesichts zeitgenössischer Bilderstürme besonders aktuell und nimmt jede(n) Einzelnen von uns auch besonders in die Pflicht, unser Gewissen beständig zu befragen: Wenn man kein Ausnahmemensch sein muss, dessen ganzer Lebensweg eine einzige Vorbereitung auf Mut in größter Gefahr zu sein scheint, kann sich auch niemand der Frage nach der eigenen Verantwortung in seiner jeweiligen Zeit entziehen.

Foto: Karoline Wolf

Linda Teuteberg.

Dennoch wird Sophie Scholl mittlerweile von vielen vereinnahmt – jüngst unter anderem von der „Querdenken"-Szene. Wie geht man mit diesem Problem um?
Auch Unberufene berufen sich auf Sophie Scholl und das auf der rechten und auf der linken Seite des politischen Spektrums. Beidem muss deutlich widersprochen werden, aber nicht reflexhaft und selbstgerecht, sondern mit sorgfältiger und leidenschaftlicher Argumentation. Denn wir leben heute nicht einer Diktatur, sondern in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat. Unter demokratisch verfassten Verhältnissen gibt es indes durchaus undemokratische und illiberale Verhaltensweisen einzelner Personen oder auch zivilgesellschaftlicher Gruppen. Das ist dann kritikwürdig, aber von staatlicher Diktatur und Zensur klar zu unterscheiden. Die Mythenbildung von links, die Sophie Scholl und ihre Mitstreiter als vermeintlich antifaschistische Sozialisten vereinnahmt, ist ebenfalls geschichtsvergessen und zurückzuweisen. Sophie Scholl war antitotalitaristische Freiheitskämpferin mit religiöser Motivation.

Wie sollte Sophie Scholls Schicksal Ihrer Ansicht nach heute angemessen vermittelt werden?
Inhaltlich sollte Sophie Scholls Schicksal in aller Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit ihrer Persönlichkeit vermittelt und dazu verschiedene Formen und Formate genutzt werden, um viele Menschen verschiedener Generationen zu erreichen. Erinnerungskultur darf nicht erstarren, sondern sollte ihrerseits neugierig bleiben, um immer wieder Interesse und Nachdenklichkeit zu wecken. ■

Die Fragen stellte Christine Xuân Müller vom Evangelischen Pressedienst. Wir danken der Redakteurin und dem epd für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

#Demokratielst – eine Kampagne zur Bundestagswahl

Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. wirbt für kritisches Vertrauen in die Demokratie

Die Bundestagswahlen finden in diesem Jahr vor einem außergewöhnlichen Hintergrund statt. Die Corona-Pandemie hat Enttäuschungen und Ängste hervorgerufen, die zusätzlich zu weiteren Krisen der vergangenen Jahre bei den Menschen für Verunsicherung sorgt. Vor diesem Szenario wünschen sich viele für die Gesellschaft ein gemeinsames Ziel vor Augen und eine Regierung, die mit klarer Ansage im Interesse der Mehrheit handelt. Doch solche verständlichen Wünsche sind in einer Demokratie nicht umsetzbar. Eine funktionierende demokratische Gesellschaft ist vielstimmig, und dem Minderheitenschutz kommt eine große Bedeutung zu.

Die schon länger anhaltende Verunsicherung nutzen verschiedene populistische Akteure (zumeist von rechts) für sich, um einfache Versprechen und Vorschläge zur Problemlösung anzubringen. Dass es sich dabei nur um Scheinlösungen und Vorschläge handelt, die auf Kosten von Minderheiten gehen, ist vielen, aber nicht allen Menschen bewusst.

Fotos: GVFD-Archiv

Vorangegangene Kampagnen zu Bundestags- und Europawahl: „Wa(h)l! Tauch nicht ab“ und „Hintern hoch“.

Zu einfache Lösungen untergraben die Demokratie

Oft zielen diese scheinbaren Lösungen in der Konsequenz darauf, die Demokratie zu untergraben. Versprechen, bei einer Machtübernahme alles anders und besser zu machen, die guten alten Zeiten zurückzuholen, werden als Alternative zum demokratischen Prozess dargestellt. Derselbe wird als Geschwafel und ungenügend, demokratische Vertreterinnen und Vertreter als realitätsfern bezeichnet.

In dieser Situation stehen wir nun in einem Superwahljahr. In einer gemeinsamen Online-Kampagne von Geschäftsstelle und Regionalen Arbeitsgruppen möchten wir zeigen, dass es trotz der Unzulänglichkeiten, die unser demokratisches System zuweilen plagen, wichtige und gute Gründe dafür gibt, der Demokratie und ihren Vertreterinnen und Vertretern weiterhin Vertrauen entgegenzubringen. Dieses Vertrauen soll nicht blind und obrigkeitshörig sein, im Gegenteil: Demokratinnen und Demokraten müssen Entscheidungen hinterfragen und auch den Prozess, in dem diese getroffen wurden. Es geht hier vielmehr um ein Grundvertrauen, dass die gewählten Repräsentanten der demokratischen Parteien sich dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen und dass auf Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten fußende demokratische Entscheidungsstrukturen besser sind als alle anderen, die wir kennen.

Motto: Kritisches Vertrauen fördern

Unter dem Stichwort „Kritisches Vertrauen fördern“ läuft die Kampagne im August und September über unsere Social-Media-Kanäle (und darüber hinaus). Wir wollen dazu aufrufen, sich für die Demokratie zu positionieren und in den kommenden Wahlen diejenigen zu wählen, die für eine lebendige und diskursive Demokratie stehen.

Geplant ist, die Kampagne unter dem Hashtag *#Demokratielst* ... auf Instagram und auf Twitter zu platzieren. Hierfür werden die Teilnehmenden mit kurzen prägnanten Statements mithilfe von Fotos und Videos erklären, was sie mit Demokratie verbinden und warum sie dieser weiterhin vertrauen. Webtalks und Diskussionsrunden sollen die Kampagne flankieren. Wenn die Teilnehmerinnen und Teilnehmer möchten, können sie die Inhalte über ihre eigenen Profile privat weiterverbreiten. Auch Kooperationspartner aus der Zivilgesellschaft werden hierfür bereits gesucht.

Demokratie kann nur funktionieren, wenn sich so viele wie möglich beteiligen. Wer an der Kampagne teilnehmen möchte oder Fragen hat, kann sich an Annalena Baasch wenden. ■

Kontakt: *baasch@gegen-vergessen.de*
Sie finden uns bei Instagram und Twitter als: *@gegenvergessen*
Die Kampagne wird im Rahmen des Kompetenznetzwerkes „Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“ durchgeführt und gefördert durch das Bundesprogramm Demokratie Leben! des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

RAG Brandenburg

Dieter Starke

Eine digitale Brücke nach Oranienburg

Im Online-Gespräch mit dem israelischen Überlebenden Tswi Herschel

Für viele wurde es eine unvergessliche Begegnung: 24 Schülerinnen und Schüler des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums in Oranienburg konnten am 27. Januar ein Zeitzeugengespräch mit Tswi Herschel führen. Der Holocaust-Überlebende wurde aus dem israelischen Ort Tel Mond über eine Videokonferenz zugeschaltet. Für alle Beteiligten war diese digitale Art der Begegnung eine Premiere, die glücklicherweise ohne technische Probleme funktionierte.

Screenshot: Sebastian Döpp

Der Holocaust-Überlebende Tswi Herschel spricht anlässlich des Holocaust-Gedenktages mit Schülerinnen und Schülern des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums Oranienburg.

Die Konferenz fand auf Initiative von Yaki Lopez und Sandra Witte von der Botschaft des Staates Israel in Deutschland statt. Lopez und Witte haben den Kontakt zwischen Tswi Herschel, dem Schulleiter Dieter Starke und den Schülerinnen und Schülern des Politikkurses der Jahrgangsstufe 13 vermittelt und umfangreiche Materialien der Internationalen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem über Tswi Herschel zur Verfügung gestellt.

Die Schülerinnen und Schüler nutzten zur Vorbereitung vor allem den von der International School for Holocaust Studies in Jerusalem produzierten Zeitzeugenfilm „Wessen Kind bist Du?“, das von Anne Lepper und Simon Salzmann geführte Interview „Wenn man seine eigene Geschichte nicht kennt, kann man keine Zukunft haben …“, einen Text von Tswis Tochter Natali „Wo ist meine Familie!?“ und Beiträge über die Retter Hendrikje Schwencke und die Familie de Jongh. Darüber hinaus recherchierten die Jugendlichen selbst zum Holocaust.

Auch die Fragen für die Zeitzeugenbegegnung wurden vorab im Politikunterricht erarbeitet, sodass die Online-Zeitzeugenbegegnung nach der Begrüßung durch den Schulleiter und einem Grußwort von Sandra Witte direkt mit dem Gespräch zwischen Tswi Herschel und den Jugendlichen beginnen konnte. Zwei angehende Abiturienten übernahmen die Gesprächsführung. Durch ihre geschickten Einstiegsfragen und die professionelle Moderation trugen sie wesentlich zum Gelingen des Zeitzeugengesprächs bei und initiierten durch ihre überlegten Impulse spannende Dialoge zwischen Tswi und den Schülerinnen und Schülern.

Der 78-jährige Tswi Herschel war aus seinem Arbeitszimmer in Tel Mond zugeschaltet, einem Ort in der Nachbarschaft der Gemeinde Kfar Jona, mit der die Stadt Oranienburg eine Partnerschaft eingehen möchte. Das Georg-Mendheim-Oberstufenzentrum pflegt bereits seit mehreren Jahren eine äußerst aktive und auf beiden Seiten sehr beliebte Schulpartnerschaft mit der dortigen Ish Shalom High School. Jährlich finden zwei jeweils einwöchige Austauschprogramme in Kfar Jona und Oranienburg statt.

Sicherlich haben auch die in Zusammenarbeit mit der Regionalen Arbeitsgruppe Brandenburg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. organisierten Lesungen mit dem israelischen Schriftsteller Ron Segal („Jeder Tag wie heute“) und der Publizistin Andrea von Treuenfeld („Leben mit Auschwitz – Momente der Geschichte

und Erfahrungen der dritten Generation") dazu beigetragen, die Schülerinnen und Schüler für die Thematik der Zeitzeugenbegegnung mit Tswi Herschel zu sensibilisieren.

Tswi Herschel kam am 29. Dezember 1942 in einer jüdischen Familie in der niederländischen Kleinstadt Zwolle zur Welt. Wenige Wochen nach seiner Geburt zwangen die nationalsozialistischen Besatzer die Familie Herschel dazu, in das sogenannte „Juden-Viertel" in Amsterdam umzuziehen. Dort trafen Tswis Eltern die schwere Entscheidung, ihren Sohn bei nichtjüdischen Pflegeeltern zu verstecken, in der Hoffnung, zumindest er möge überleben. Nico und Ammy Herschel übergaben ihren Sohn der Familie de Jongh, die ihn liebevoll aufnahm und großzog. Dort lebte er bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs.

Unter den Dokumenten, die de Jonghs für die Familie Herschel aufbewahrten, befand sich ein Lebenskalender, den Nico Herschel kurz nach der Geburt seines Sohnes für ihn gezeichnet hatte. Dieser Kalender spiegelt seine persönliche, optimistische Zukunftsvision für seinen Sohn wider, Teil einer selbstbestimmten jüdischen Familie zu werden. Dieses einmalige Dokument ist heute im Holocaust-Museum in Washington zu sehen.

Tswis Eltern wurden im Juni 1943 in das Durchgangslager Westerbork in den Niederlanden verschleppt. Einen Monat später deportierte man sie in das Vernichtungslager Sobibor, wo sie kurz nach ihrer Ankunft ermordet wurden. Tswis Großmutter, die einzige noch lebende Verwandte, nahm ihren Enkel nach dem Krieg zu sich, um ihn in einem jüdischen Umfeld zu erziehen. Tswi wuchs auf, heiratete und bekam zwei Töchter. 1986 wanderte er mit seiner Familie nach Israel aus. Der Schriftsteller und Holocaust-Überlebende Elie Wiesel hat Tswi Herschel motiviert, seine Geschichte vom Überleben an die junge Generation weiterzugeben. Seit 1991 erzählt Tswi Jugendlichen und Erwachsenen in Israel, den Niederlanden und in Deutschland seine Geschichte.

Obwohl Herschel viel Negatives erlebt hat und auch nach dem Krieg einem starken Antisemitismus ausgesetzt war, strahlt er einen bewundernswerten Optimismus aus, erzählt seine Geschichte offen und überzeugend und teilt seine Überzeugungen auch mit jungen Menschen aus dem Land der Täter. Seine Botschaft: „Ich stehe hier, um eine Brücke zu bauen – nicht aus Holz oder Stein, sondern aus Mut, ohne jeden Hass. Aus etwas Negativem ist noch nie etwas Positives geworden."

Erst als er 1986 mit seiner Frau und seinen Kindern nach Israel zog, fand Tswi Herschel endlich auch eine Heimat. „Ich bin kein Holländer, sondern Israeli!" In Israel habe er Zugehörigkeit und ein Gefühl des Zusammenseins gespürt. Die Menschen seien durch die Lust auf das Leben miteinander verbunden. „Wir lieben das Leben!", erklärt Herschel. Zur Botschaft der Hoffnung gehört für ihn aber auch der Wunsch, dass die Geschichte nicht in Vergessenheit gerät. „Wir müssen daraus lernen. Eine bessere Welt kann nur auf der Basis von Gleichheit und Gerechtigkeit begründet werden. Diskriminierung und Antisemitismus dürfen keine Chance haben."

Wenn es wieder möglich ist, möchte Tswi Herschel nach Oranienburg reisen. Die Schülerinnen und Schüler, die im Juni mit den Abiturprüfungen ihre Schulzeit beenden, freuen sich für die Jugendlichen, die dann an dem Zeitzeugengespräch teilnehmen dürfen. Online-Begegnungen eröffnen – nicht nur in Corona-Zeiten – zusätzliche Möglichkeiten, mit Holocaust-Überlebenden ins Gespräch zu kommen, die nicht (mehr) an Präsenzveranstaltungen teilnehmen können. Auch durch Videokonferenzen können Erfahrungen der Zeitzeugen an die junge Generation eindrucksvoll weitergegeben werden. Die Begegnung mit Tswi Herschel ist ein hervorragendes Beispiel dafür. ■

Dieter Starke ist Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Brandenburg von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Schulleiter des Georg-Mendheim-Oberstufenzentrums in Oranienburg und Zehdenick sowie Vorstandsvorsitzender des Instituts Neue Impulse e.V. Sein besonderer Dank gilt auch Yaki Lopez und Sandra Witte von der Botschaft des Staates Israel in Deutschland. Er ist dort Gesandter-Botschaftsrat und Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, sie ist zuständig für bilaterale Projekte, Holcaust-Gedenken und das Thema Gerechte unter den Völkern der Gedenkstätte Yad Vashem.

www.gegen-vergessen.de

RAG Südhessen

Kirsti Ohr, Bernhard Schütz

Forschen und Erinnern

Wie aus einer Projektarbeit mit Jugendlichen eine Website zu Prozessen der Entrechtung und Verfolgung in Darmstadt entstand.

Unter der Überschrift „Verfehlungen im Dienst" erschien am 29. Dezember 1940 in der Hessischen Landeszeitung ein Hinweis auf ein Gerichtsverfahren am Landgericht Darmstadt. Angeklagt: ein städtischer Angestellter und ehemaliger „Sanitäts-Obertruppführer" der SA, Friedrich Späth. Das Urteil: vier Jahre Zuchthaus. Aber nicht nur er wurde verurteilt, auch gegen 21 jüdische Männer wurden am 23. Dezember 1940 Haftstrafen von ein bis sechs Monaten ausgesprochen. „Späth und Genossen" hieß der Prozess im NS-Jargon.

Was verbirgt sich hinter diesem Prozess, über den erst Tage später ein unscheinbarer Artikel in der NS-Presse erschien? Warum wurden „21 jüdische Männer" verurteilt? Was geschah weiter?

Diesen Fragen gingen Jugendliche und junge Erwachsene in Darmstadt nach. Fast ein Jahr lang arbeiteten sie zu dem Verfahren, seinen Ursachen und Folgen und zeigten Prozesse der Entrechtung, Verfolgung und Ermordung auf. Dabei suchten sie nach Biografien hinter den Archivalien.

Schon seit einigen Jahren recherchieren Schüler*innen der Darmstädter Bertolt-Brecht-Schule im Rahmen einer Kooperation mit der Darmstädter Geschichtswerkstatt e.V. und der regionalen Arbeitsgruppe Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. zu Widerstand und Verfolgung in Darmstadt. Damit wird den Jugendlichen die Möglichkeit geboten, aktiv an der Erinnerung im öffentlichen Raum mitzuwirken. Wesentliches Element ihres Engagements ist die Arbeit mit Originaldokumenten aus den Archiven im forschend-entdeckenden Lernen.

Quelle: Arolsen Archives

Die Schreibstubenkarte dokumentiert, dass Emil Gutenstein vom 11. April bis 12. Juli 1941 im Konzentrationslager Dachau inhaftiert und im Strafblock zusätzlicher Gewalt und Terror ausgesetzt war. Das Datum seiner Deportation ins Konzentrationslager Buchenwald ist gestempelt. Der Staatssekretär wurde dort am 13. August 1941 ermordet, als Ursache nennt der Rapportbericht „Narkosetod". Signatur: Schreibstubenkarte KZ Dachau – Emil Gutenstein. 1.1.6.7./10656302 ITS Digital Archive. Arolsen Archives.

Projektarbeit und Covid 19

Das Corona-Jahr 2020 stellte die Projekt-arbeit vor neue Herausforderungen: Die geplanten Exkursionen zu Archiven und Gedenkstätten mussten abgesagt werden. Workshops, die sonst Teamer des Max-Mannheimer-Studienzentrums leiteten, fielen aus. Analoge Präsentationsformate waren nicht möglich. Neue, digitale Wege mussten gefunden werden. Die Projektarbeit öffnete sich in den außerschulischen Bereich. Unter der Expertise des Künstlers Rainer Lind entstanden eine Website, Interviews mit Projektteilnehmer*innen und der Gedenkfilm „Jüdische Zwangsarbeiter in Darmstadt".

Im Dialog mit unedierten Quellen

Präsentationsformate änderten sich, aber das Konzept des forschend-entdeckenden Lernens blieb auch 2020 grundlegend, spannend und herausfordernd. Fehlten Egodokumente, wurden biografische Details aus (Täter-)Dokumenten sowie Prozess- und Wiedergutmachungsakten rekonstruiert. Diese Quellen konnten entschlüsselt werden, indem sie kontextualisiert und in ihrer eigenen Semantik wahrgenommen wurden. Besonders die Täterdokumente aus den Konzentrationslagern, die die Arolsen Archives digital zur Verfügung stellten, wurden im System des Terrors gesehen

Schülerin mit individuellem Dokument: KZ Buchenwald – Josef Mayer. 1.1.5.3./6597557. ITS Digital Archive. Arolsen Archives.

Foto: Rainer Lind

und auf Widersprüche hin untersucht. Archivalien der Staatsarchive Darmstadt und Wiesbaden gaben Einblicke in juristische Verfahren. Konkret: In Wiedergutmachungsverfahren fanden sich Zahlen, Fakten, ärztliche Gutachten, aber wenig persönliche Details. Zeugenaussagen in Strafprozessen waren kurz, wichtige Zeugen ermordet, verstorben oder wurden nicht vorgeladen.

Jugendliche brauchen Ausdauer, um solchen Archivalien begegnen und sich ihren Emotionen stellen zu können. Diese entzünden sich am Inhalt der historischen Materialien, die Menschenverachtung, Unmenschlichkeit und strukturiertes, systematisches, aber auch individuelles Unrecht spiegeln. Gleichzeitig ist gefordert, im Bewusstsein des Terrors und der Vernichtung auszuhalten, was an Geschehenem nicht dokumentiert ist und wie wenig manchmal erinnert wird oder werden kann. Aber genau dies führt zur individuellen Begegnung mit den Dokumenten. So war entscheidend für die Erinnerungsarbeit, welche Themen und Fragen jede*r Einzelne in den Vordergrund stellte; sprich: welcher „Dialog" mit den Archivalien stattfand. Der persönliche Zugang findet sich in den Beiträgen auf der Website. Im gemeinsamen Dialog entstanden die Struktur und Gestaltungselemente.

Der Opfer gedenken – die Täter in den Blick nehmen

Die Erinnerungsarbeit nahm ihren Ausgang bei dem bereits erwähnten Prozess gegen Friedrich Späth. Die ebenfalls verurteilten „21 jüdischen Männer" gehörten zu denjenigen, die 1940 in Darmstadt zum „Arbeitseinsatz" gezwungen wurden. Sie sind namentlich bekannt, da sie im Rahmen des Ermittlungsverfahrens gegen Späth in Schutzhaft genommen und im Anschluss an ihre Haft in Konzentrationslager deportiert wurden. Keiner überlebte. Ein Anliegen der Projektarbeit war, an ihre Namen zu erinnern. Sie finden sich auf der Website und im Film. Auch sollte gezeigt werden, wie NS-Berichterstattung, Urteile und KZ-Dokumente Tatsachen und Ursachen verkehren oder verbergen.

Zum ersten Mal in der Projektarbeit standen Darmstädter Täter im Fokus. Friedrich Späth erpresste Geld und Wertgegenstände. Und er zwang die Männer, antisemitische Propaganda aufzusagen. Der Beitrag über ihn zeigt, wie persönlicher Terror und ohnehin demütigende und harte Zwangsarbeiten zusammenwirkten.

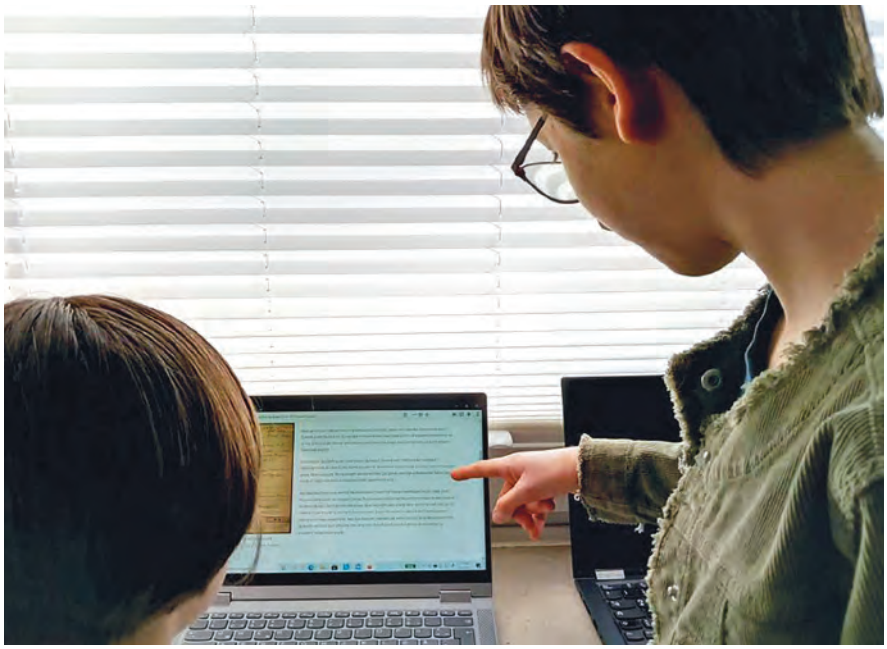


Foto: Kirsti Ohr

Arbeiten an der Website.

Die Bedeutung von individueller Täterschaft im faschistischen Terror unterstrich auch Rechtsanwalt Dr. Winter, der 1940 die Verteidigung der angeklagten Juden übernahm: „Was von Berlin kam, waren allgemeine Anweisungen, dass man den Juden das Leben recht schwer machen sollte. Die Ausführungen dieser Anweisung haben die Dezernenten besorgt." Am Beispiel eines dieser Gestapo-Beamten thematisiert ein Beitrag Täterschaft und Handlungsspielräume im Unrechtsstaat und fragt nach den Möglichkeiten der Nachkriegsjustiz, NS-Verbrechen aufzuarbeiten.

Wider das Vergessen

„Die Bevölkerung ist stillschweigend vorbeigegangen, dachten wahrscheinlich nur: es betrifft sie ja nicht. Das war Deutschland."

Elise Eckstein, 1945

Die Jugendlichen dokumentierten den wirtschaftlichen Ruin, die soziale Isolation, die Ausgrenzung und Zerstörung von Familien, die Gewalt der Novemberpogrome, als Wohnungen und bereits geschlossene Geschäftsräume zerschlagen wurden. Auch die Zwangsarbeitseinsätze vor und während der Schutzhaft waren öffentlich. Ferner zeigte sich die regionale Verortung der systematischen Vernichtungspolitik und NS-Polykratie. Somit gelang es, das bisherige Narrativ zu ergänzen und zu differenzieren, aber noch nicht, abschließend an alle Opfer zu erinnern.

Website soll weiter wachsen

2021 beschäftigen sich Schüler*innen der Darmstädter Bertolt-Brecht-Schule und Studierende mit der Verfolgung und Ermordung von Sinti und Roma. Diesmal ist die Erinnerungsarbeit nicht auf die Zeit des Nationalsozialismus oder auf Darmstadt begrenzt, sondern es gilt, Kontinuitäten gesellschaftlicher Ausgrenzungen und Wirkungsweisen von Stigmatisierung und Diffamierung aufzuzeigen. ■

Die Ergebnisse der Projektarbeiten sind einzusehen auf der Internetseite: ***www.recherche.video***

Kirsti Ohr und **Bernhard Schütz** unterrichten Geschichte an der Bertolt-Brecht-Schule Darmstadt und leiten dort die Brecht-Geschichtswerkstatt. Darüber hinaus sind sie Vorstandsmitglieder der Darmstädter Geschichtswerkstatt e. V. und als solche Projektpartner der Regionalen Arbeitsgruppe Südhessen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

RAG Nordhessen-Südniedersachsen

Dieter Vaupel

Wenn Schüler plötzlich Fragen stellen

Vor fast 40 Jahren brachten Jugendliche die Geschichte der Zwangsarbeit in Hessisch Lichtenau ans Licht.

Es begann mit einer allgemeinen Frage im Rahmen einer Projektwoche an der Freiherr-vom-Stein-Schule in der nordhessischen Kleinstadt Hessisch Lichtenau. Schülerinnen und Schüler wollten 1983 wissen: „Was hat sich eigentlich während der Zeit des Nationalsozialismus in unserem Ort abgespielt?" Damit gaben sie den Anstoß zur Auseinandersetzung mit einer bis dahin verdrängten Vergangenheit. Auch heute erinnern Schülerinnen und Schüler der gleichen Schule mit Lesungen, Filmprojekt und Menschenkette an das Schicksal von Zwangsarbeiterinnen einer der größten Rüstungsfabriken des Deutschen Reiches. Die Biografie von Blanka Pudler spielt dabei eine ganz besondere Rolle.

KZ-Außenkommando entdeckt

Als die Jugendlichen 1983 ihre Frage stellten, war ihnen nicht klar, was sie damit auslösten. Ich war damals als junger Lehrer an der Freiherr-vom-Stein-Schule tätig und übernahm die Leitung der Projektgruppe, die eine Woche lang versuchte, Licht in das bisherige Dunkel zu bringen.

Zunächst trafen wir bei unserem Versuch, ältere Lichtenauer Bürger zu befragen, immer wieder auf Schweigen und Abwehr. „Wir wissen nichts darüber!" „Das ist so lange her!" „Lasst die Vergangenheit doch endlich ruhen!" – Das waren die häufigsten Antworten. Aber wir recherchierten weiter. So fanden wir heraus, dass sich in Hessisch Lichtenau nicht nur eine riesige Sprengstofffabrik mit bis zu 8.000 Arbeiterinnen und Arbeitern befunden hatte, sondern dass dort auch Tausende Zwangsarbeiter aus unterschiedlichen Nationen für schwere und gefährliche Arbeiten eingesetzt worden waren. Darunter befand sich, so konnten wir nachweisen, eine Gruppe von 1.000 ungarischen Jüdinnen, die aus Auschwitz nach Hessisch Lichtenau gebracht und in einem Lager am Rande der Stadt untergebracht worden waren. Ihr menschliches Leid hat uns alle damals tief berührt.

Die Ergebnisse unserer Recherche präsentierten wir in einer kleinen Ausstellung zum Tag der offenen Tür am Ende der Projektwoche. Als anschließend die Presse in großer Aufmachung über unsere Erkenntnisse berichtete, ging ein Aufschrei durch den Ort. Bis dahin hatte man sich noch nie öffentlich mit der NS-Vergangenheit in Lichtenau auseinandergesetzt. Dieser Teil der Geschichte war verschwiegen und verdrängt worden. Viele Lichtenauer Bürgerinnen und Bürger wollten es nicht wahrhaben, dass jüdische Frauen und Mädchen hier in einem KZ-Außenkommando gefangen gehalten worden waren und unter unmenschlichen Bedingungen in der Sprengstofffabrik arbeiten mussten. Wir hatten mit unseren Erkenntnissen eine Mauer des Schweigens durchbrochen. Es folgten heftige Reaktionen, Angriffe und der Vorwurf der Nestbeschmutzung.

Foto: Privatarchiv Dieter Vaupel

Baracken des Lager Vereinshaus in der Heinrichstraße, nach 1945 als Schulräume des Gymnasiums genutzt. Heute befindet sich dort ein Schulgebäude der Freiherr-vom-Stein-Schule und die Grundschule.

Treffen ehemaliger Zwangsarbeiterinnen

Doch die Geschichte war nicht mehr unter den Teppich zu kehren. Zunächst arbeiteten wir an der Schule im Rahmen einer AG weiter. Auch erste Briefkontakte zu ehemaligen Zwangsarbeiterinnen kamen zustande. Wir suchten in Hessisch Lichtenau gemeinsam mit der neugegründeten Geschichtswerkstatt nach Formen der Erinnerung. Im Jahr 1986 wurde dann ein Gedenkstein auf dem ehemaligen Lagergelände aufgestellt, genau an der Stelle, wo sich heute ein Schulgebäude der Freiherr-vom-Stein-Schule befindet. Generationen junger Menschen waren dort zur

Foto: Privatarchiv Dieter Vaupel

Ehemalige Zwangsarbeiterinnen 1987 gemeinsam mit Schülerinnen auf dem Gelände der früheren Rüstungsfabrik

Schule gegangen, ohne zu wissen, dass auf diesem Gelände früher ein KZ-Lager gewesen war.

1987 wurden überlebende Zwangsarbeiterinnen aus Ungarn, Israel und den USA zu einem Treffen nach Hessisch Lichtenau eingeladen. Auch hier waren Schülerinnen und Schüler im Rahmen einer Projektwoche beteiligt. Eine der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen war Blanka Pudler aus Budapest, die als 15-jähriges Mädchen gemeinsam mit ihrer älteren Schwester sowohl Auschwitz als auch die schwere und äußerst gefährliche Arbeit in der Lichtenauer Fabrik überlebt hatte. Nach ihrem ersten Besuch war sie noch viele Male in Deutschland. Sie sprach als Zeitzeugin des Holocaust im Laufe der Jahre zu Tausenden von Schülerinnen und Schülern – regelmäßig auch in Hessisch Lichtenau, dem Ort, an dem sie ehemals so viel hatte ertragen müssen. Viele Jugendlichen waren schockiert von ihrem schlimmen Schicksal. Sie waren aber auch beeindruckt von dieser warmherzigen und zugewandten Frau.

Nach all den schrecklichen Erfahrungen in Auschwitz und Hessisch Lichtenau kam Blanka Pudler ohne Bitterkeit nach Deutschland. Sie kam als Freundin. Das hat alle beeindruckt. Ihre Geschichte habe ich nach ihrem Tod im Jahr 2017 als Buch aufgeschrieben.

Schritt für Schritt setzte man sich auch öffentlich mit der Geschichte der Rüstungsfabrik und der dazugehörigen Lager auseinander, vor allem mit dem Schicksal der zur Arbeit gezwungenen Menschen. Neben der wissenschaftlichen Aufarbeitung der NS-Zeit in Hessisch Lichtenau wurden Zeichen der Erinnerung gesetzt. So entstand ein Gedenkweg mit Informationstafeln, der durch das Gelände der früheren Fabrik führt. Führungen, Rundgänge und Erkundungen des Geländes sind heute dort an der Tagesordnung.

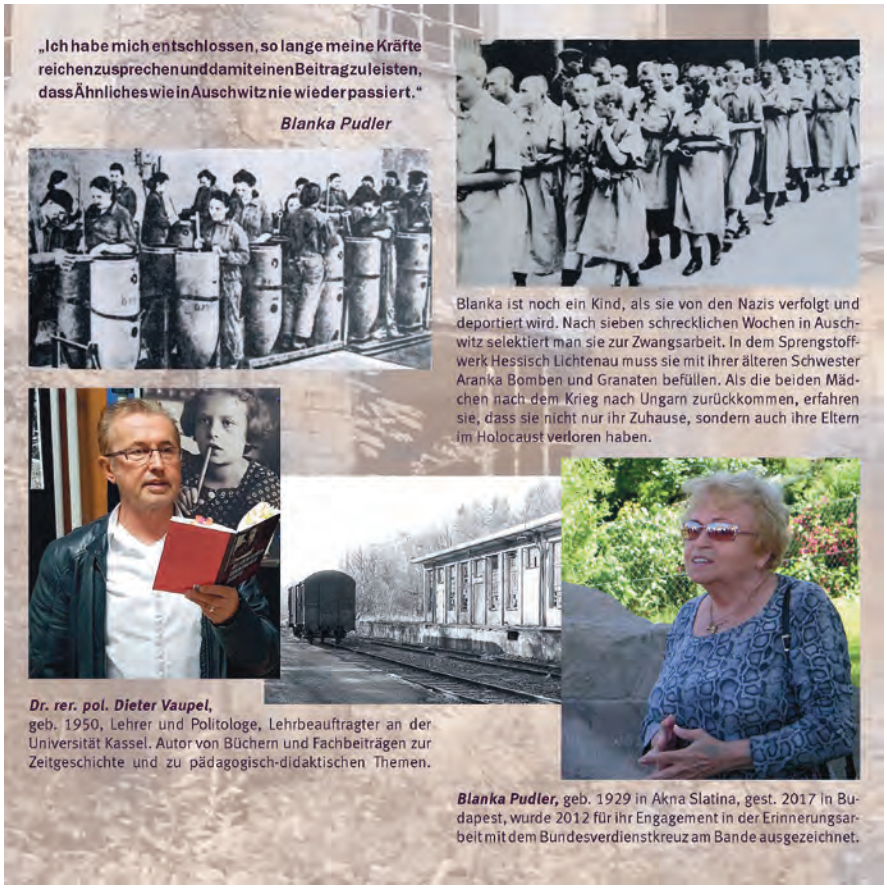
Erinnerung an Blanka Pudler: Buch – Menschenkette – Film

Die Geschichte von Blanka Pudler – die symbolisch für das Unrecht und Leid steht, das Menschen damals ertragen mussten – spielt heute für die Jugendlichen an der Freiherr-vom-Stein-Schule eine ganz besondere Rolle. Das Buch über Blankas Schicksal wird in vielen Klassen als Unterrichtslektüre gelesen, zudem machen es sich Lesescouts der Schule zur Aufgabe, Blankas Geschichte in möglichst vielen Klassen der Schule vorzustellen. Zum Hessischen Literaturtag 2019 organisierten die Schülervertretung, die Lehrer-AG Extrem und Lesescouts gemeinsam mit mir zwei öffentliche Veranstaltungen mit szenischen Lesungen in der Schule und in einem Produktionsgebäude auf dem früheren Fabrikgelände. Die Resonanz war riesengroß.

Zum Abschluss ihrer Projektwoche 2019 plante und realisierte die Schülervertretung eine „Menschenkette für Toleranz und Menschlichkeit", die den mehr als drei Kilometer langen Weg vom ehemaligen Lagergelände bis zur Sprengstofffabrik markierte. Viele Menschen aus Hessisch Lichtenau und Umgebung beteiligten sich daran, insgesamt rund 1.500.

Als nächstes entstand die Idee einer medialen Aufarbeitung von Blanka Pudlers Geschichte. In Kooperation mit dem Offenen Kanal Kassel produzierten wir einen Film in einer Mischung aus Dokumentation und nachgespielten Szenen. Durch die Spielszenen konnte die Identifikation der Schülerinnen mit der Situation der Zwangsarbeiterinnen intensiviert und die Vorstellungswelt heutiger Jugendlicher stärker einbezogen werden. Das berichten auch Lea Achler und Marilen Schäfer, die Rollen in dem Film übernommen hatten. Während der Dreharbeiten verbrachten sie viel Zeit frierend am Ort des Geschehens. Die Reste der Gebäude sind bis heute im Wald zu finden. Das habe ihnen geholfen, sagt Lea Achler, die damalige Situation besser zu »

Flyer zum Hessischen Literaturtag 2019.



Quelle: Privatarchiv Dieter Vaupel

Foto: Christian Horm / Jürg Ruckel

Menschenkette für Toleranz und Menschlichkeit als Abschluss der Projektwoche 2019.

» begreifen. „Wir standen während der Dreharbeiten viele Stunden lang im Freien und fühlten selbst die Kälte, über die Blanka berichtet. Es ist etwas völlig anderes, dies selbst zu spüren, als nur im Buch darüber zu lesen, während man in seinem warmen, gemütlichen Bett liegt."

Zukunftsperspektiven ...

Der Schülergeneration von 1983 ging es vor allem darum, das lange Schweigen der Nachkriegszeit zu durchbrechen. Den jungen Leuten heute ist es besonders wichtig, an Menschen wie Blanka und ihr Schicksal zu erinnern, um zu zeigen, wohin Ausgrenzung und Unmenschlichkeit führen können. Sie schaffen eine Verbindung zwischen der Vergangenheit und ihrer eigenen Gegenwart. Daraus lassen sich Zukunftsperspektiven entwickeln, in deren Zentrum ein soziales Miteinander ohne Ausgrenzungen stehen soll. Das, was in Hessisch Lichtenau während der NS-Zeit passierte, zeigt Jugendlichen heute, wie wichtig es ist, die Menschenwürde zu achten und nicht zu schweigen oder wegzuschauen, wenn jemand angegriffen, gedemütigt oder verletzt wird. Blanka Pudler ist für sie zu einer Identifikationsfigur geworden: Sie hat Schlimmes durchlebt, aber sie kam trotz allem zurück nach Deutschland, um die Hand zur Versöhnung zu reichen.

Eine an dem Projekt beteiligte Schülerin sagt: „Für mich ist Blanka Pudler ein Vorbild. Wir können so viel von ihr lernen. Wenn man ihre Geschichte liest, ist es beeindruckend zu sehen, wie sie mit ihrer verzweifelten und ausweglosen Situation umgegangen ist."

Der nächste Schritt wird der großen Bedeutung gerecht, die Blanka Pudler als Vorbild für die Schülerinnen und Schüler inzwischen hat. Die Jugendlichen setzen sich dafür ein, dass ihre Schule zum diesjährigen 75-jährigen Bestehen einen neuen Namen bekommt: Blanka-Pudler-Schule. ■

Literaturhinweis:

Blanca Pudler, Dieter Vaupel
Auf einem fremden unbewohnbaren Planeten
Wie ein 15-jähriges Mädchen Auschwitz und Zwangsarbeit überlebte
J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2018
Taschenbuch, 136 Seiten
ISBN 978-3-801-20530-0 • 10,00 €

Szene aus dem Film „Auf einem fremden unbewohnbaren Planeten".

Foto: Christian Horm / Jürg Ruckel

Dr. Dieter Vaupel ist Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Nordhessen-Südniedersachsen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Das Projekt und die Publikation der Biografie von Blanka Pudler wurden in den vergangenen Jahren durch die RAG begleitet und gefördert.

Armin Haß

Volkmarser Ernst Klein schildert Schicksale jüdischer Familien

Ernst Klein forscht seit langem zu deutsch-jüdischer Regionalgeschichte in Nordhessen. Der Volkmarser ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., war zuvor langjähriger Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Nordhessen-Südniedersachsen und auch ehemaliger Sprecher aller Regionalgruppen des Vereins. Zudem ist er Gründer des Dokumentations- und Informationszentrums zur deutsch-jüdischen Regionalgeschichte in Volkmarsen (Gustav-Hüneberg-Haus). Über sein neues Buch „Bernstein und Hüneberg. Fünf Jahrhunderte Deutsch-Jüdische Familiengeschichte" veröffentlichte die Waldeckische Landeszeitung einen Bericht, den wir im Folgenden dokumentieren:

Foto: Armin Haß

Mit 96 Jahren war Bern Brent im Sommer 2019 von Australien nach Volkmarsen gereist, wo jüdische Verwandte lebten. Unser Bild zeigt ihn mit Tochter Joanna Brent und Enkel Jimmy Bonnan sowie Gastgeber Ernst Klein am Gustav-Hüneberg-Haus.

Der Volkmarser Heimatforscher hat ein neues Buch über die Schicksale jüdischer Familien in der Region veröffentlicht. Mit heute 98 Jahren ist der Australier Bern Brent einer der ältesten lebenden Zeitzeugen jüdischen Lebens, dessen Schicksal sein Freund Ernst Klein aus Volkmarsen in seinem neuen Buch „Bernstein und Hüneberg" darstellt.

Ausgrenzung und Ermordung

Mit dem Titel verbinden sich die Lebensgeschichten von zwei jüdischen Familien. Mehr noch: Klein widmet in dem neuesten, mit seiner Ehefrau Brigitte verfassten Werk weite Passagen der Entwicklung jüdischen Lebens in den vergangenen 500 Jahren.

Die bereits Anfang des 20. Jahrhunderts begonnene Ausgrenzung angesehener Bürger und ganzer Familie sowie die Deportation und Ermordung jüdischer Bürger aus Volkmarsen werden darin ebenfalls dargestellt wie Emigration – und das Wiedersehen mit Angehörigen jüdischer Familien seit den 1990-er Jahren in Volkmarsen, wofür sich das Ehepaar Klein mit ganzer Energie eingesetzt hat.

Jüdische Besucher in Volkmarsen

Bern Brent, als Gerd Bernstein geboren, war 1995 der erste jüdische Gast in der Kugelsburgstadt. Er ist in Berlin als Sohn deutsch-jüdischer Eltern aufgewachsen, die sich wie die Großeltern zum protestantischen Glauben bekannten. Er galt als „Halb-Arier", und ihm gelang es, nach England zu fliehen.

Als Deutscher wurde jedoch zusammen mit weiteren Emigranten und Flüchtlingen in England kritisch beäugt und im Zuge von Schiffstransporten zunächst in ein Internierungslager nach Australien verbracht. Später wurde er australischer Staatsbürger, der sich sehr mit seinen familiären Wurzeln befasst und mit seinen verschlungenen Lebenswegen.

Der Vater mit dem Namen Otto Bernstein wurde 1942 in das KZ Theresienstadt verschleppt, überlebte und ging später ebenso wie die Mutter nach Australien.

Großmutter im KZ umgekommen

Großmutter Sophie Maas war entkräftet in Theresienstadt gestorben, und eine Tante hatte sich in Berlin das Leben genommen, um der Deportation zu entgehen. Otto Bernstein hat einen Teil von Kindheit und Jugend in Volkmarsen verbracht, bevor er in Berlin und als Kaufmann bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs in Moskau war. An Volkmarsen erinnerte er sich als „Kinderparadies".

Aus Erinnerungen des Vaters und einem Gedicht des Großvaters Hermann Bernstein, der mütterlicherseits mit der angesehenen jüdischen Familie Hüneberg verwandt war, erfuhr Brent später von Volkmarsen. Und so ergaben sich die Kontakte zu den Kleins.

Biographien und Gedichte

Eine Fülle von (auto)biographischen Aufzeichnungen und Fotos zu den beiden Familien Bernstein und Hüneberg, von Gedichten aus der Feder von Hermann Bernstein fügte Klein in dem knapp 300 Seiten umfassenden Buch zusammen. ■

■ Buchprojekt gefördert

Der Buchpreis beträgt 22 € und kann direkt bei Ernst Klein bezogen werden, unter Telefon: 05693 469 per E-Mail: *ernstwklein@web.de* oder unter ISBN 978-3-9821343-6-9 im Buchhandel **www.ernstklein-volkmarsen.de**

Das Buchprojekt wurde vom Netzwerk für Toleranz Waldeck-Frankenberg und von der Klaus-Dieter-Trayser-Stiftung finanziell unterstützt.

Klein will einen Teil der Exemplare an interessierte Schulen zu Unterrichtszwecken kostenfrei abgeben.

Der Artikel erschien zuerst in der Waldeckischen Landeszeitung. Wir danken der Zeitung und dem Autor Armin Haß für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin, schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

„Nun will ich Ihnen was sagen."

Subjektiv und heftig auf den Punkt oder: deutsche Geschichte(n) pur

Der Harvard-Absolvent, Lehrer und Schriftsteller Thomas Wolfe ist 26 Jahre alt, als er sein „Sehnsuchtsland" in Europa zum ersten Mal besucht – Deutschland. Seine verknappten Notizbuch-Einträge halten oft nur in Stichworten fest, was ihn beeindruckt: wann, wo, wer, was und wie. Auf Ansichtspostkarten und in zum Teil langen Briefen wird dieses Rohmaterial dann noch vor Ort, nur wenig später sorgsam ergänzt, sprachlich verfeinert und so zu ersten kleinen, eindrücklichen Erzählungsentwürfen. Nach der Rückkehr in die USA werden alle diese Notate die Basis für journalistische Reiseberichte, ausgefeilte Novellen oder eine Mischung aus beidem. Erst dann entstehen die erfolgreichen großen Romane aus der kleinen europäischen, von ihm geliebten deutschen Welt.

Sechs Deutschland-Besuche sind es zwischen 1926 und 1936, insgesamt acht Monate wird er sich hier, verteilt über diese zehn Jahre, aufhalten. Blitzschnell wird Thomas Wolfe bekannt und von Deutschland-Reise zu Deutschland-Reise berühmter. Und er weiß es: „Ich habe gehört", bilanziert er in einem Brief auf einer Weimar- und Wartburg-Fahrt im Mai 1935: „Ich habe gehört, Lord Byron sei mit vierundzwanzig Jahren eines Morgens erwacht und habe festgestellt, dass er berühmt war. Tja, ich kam eines Nachts in Berlin an, als ich vierundzwanzig war, und stand am nächsten Morgen auf und ging zum American-Express-Büro, und zumindest in den letzten Wochen war ich in Berlin berühmt. Ich fand Briefe, telefonische Nachrichten, Telegramme und so weiter von allen möglichen Leuten vor, darunter Rowohlt, ein hiesiger Verleger, und die Tochter des amerikanischen Botschafters, Martha Dodd. Zwei Wochen lang habe ich nichts anderes getrieben, als Menschen jeglicher Couleur kennenzulernen, Partys zu besuchen, Interviews zu geben, von Associated Press fotografiert zu werden – und ich habe buchstäblich im Haus des Botschafters gewohnt."

Deutschland 1926? „Stürmische Aufregung" vor und bei seiner ersten Anreise, schreibt Thomas Wolfe und verliert sich schnell in liebevollen Beschreibungen: Die deutsche Sprache bekommt das Etikett „hässlich-kraftvoll", einzusetzen wie Bauklötze beim Aufbau von Spielzeugstädten. Schnell will er sie lernen, und es wird nur eine kurze Zeit dauern, bis er seine amerikanischen Englisch-Texte mit deutschen Begriffen ziert. Die deutschen Landschaften? Unterschwellig scheinen von Anfang an Eichendorff-Verse mitzuklingen: „Gestern begegnete ich den Hügeln, den Wäldern, den verrückten Städtchen zum ersten Mal – sie klangen in mir, ich schenkte ihnen Leben, das zuvor nicht existiert hatte." Und die Deutschen selbst? Positiv, durchaus positiv. Schon als Kontrapunkt zu der „bösartige(n) Kriegspropaganda" gegen diese Deutschen, die sich ihrer nicht so erfreulichen Eigenarten gar nicht bewusst seien, gilt nach Thomas Wolfe ohne jede Einschränkung: „[…] ihre schöpferische und intellektuelle Kraft ist enorm: gewaltig, tiefsinnig, unergründlich und welterschütternd (wie Kant und Wagner), aber es fehlt ihnen diese wienerische feine Empfindsamkeit und Weltläufigkeit."

Ein Goethe-Büchlein zur Erinnerung

Jede gute Buchhandlung dürfte Thomas Wolfe auf seinen Reisen ausführlichst besucht haben, Einkäufe en gros und Titellisten quer durch die Weltliteratur: „Graf Luckners Beschreibung von Good-Will-Reisen nach Amerika […] Sinclair Lewis auf Deutsch […] ‚Volk ohne Raum' […] Neues von Jakob Wassermann, […] Isadora Duncans Memoiren …". Dann Namenslisten als Gedächtnisstütze und zur Information des geneigten Lesers: zeitgenössische deutsche Schriftsteller von Thomas Mann über Werfel, Hauptmann und Zweig bis zu Bruno Frank und Feuchtwanger; deutsche Schriftsteller einst, Namedropping in aller Kürze: Goethe, Schiller, Heine, sie müssen reichen, als Stellvertreter gewissermaßen. Theaterbesuche wie am Fließband, aber ganz selbstverständlich. Museen werden nicht ausgelassen, Details werden notiert, Einzelstücke aus Vergangenheit und Gegenwart. Wolfe nimmt sich Zeit

Thomas Wolfe, Oliver Lubrich (Hg.)
Eine Deutschlandreise in sechs Etappen. Literarische Zeitbilder 1926–1936
Aus dem amerikanischen Englisch von Renate Haen, Barbara von Treskow und Irma Wehrli.
Manesse Verlag, München 2020
Gebundene Ausgabe, 416 Seiten
ISBN 978-3-7175-2424-3 • 25,00 €

für fast jeden Erkenntnisgewinn. Architektur wird zwischendurch und wie nebenbei zum Studienobjekt, besonders der „Kaiser Wilhelm Deutschland über alles Stil" aus jenen Jahren zwischen 1880 und 1900, „als den Deutschen aufging, dass man den Rest der Welt kolonialisieren und ihr zu den Segnungen einer ‚wahren' Zivilisation verhelfen sollte. Das klingt nun vielleicht bösartig und scheint eine Geisteshaltung zu verraten, die wir ablegen sollten – aber es ist nicht allein gegen Deutschland gerichtet. Ebenso voller Dünkel und Sendungsbewusstsein war einst England, und viele von uns Amerikanern sind es heute."

Mit dem Rheinschiff Richtung Bonn, Tage später weiter rheinaufwärts gen Mainz. Eine Stadtrundfahrt durch Frankfurt, mit James Joyce im Bus, ein zweites Treffen bereits, purer Zufall. Reisen bildet: „Pferde sind glücklich in Deutschland." Oder auch so: „Unter den Linden ist 43 Schritte oder 130 ft. breit – plus 7 ft. (oder 21 m) Bürgersteige mit Grasböschungen." Eine ausführliche Berliner Restaurantliste folgt, pedantisch wird festgehalten, wie oft er hier und dort oder da gespeist habe oder auch, mit wem. Danach gibt es ohne jede Über- oder Umleitung eine kurze Argumentationshilfe in Sachen Faschismus, pro und kontra. Sie liest sich so: „physische Sauberkeit" pro, „Unterdrückung der Redefreiheit" kontra; „gesundes Volk" pro, „Kult abgeschotteter Überlegenheit" kontra; „wirkliche Entlastung" pro, „daher Erfordernis einsamer Vorherrschaft" kontra; und schließlich ohne jedes Kontra, nur pro: „Konzentration nationaler Energie". Punkt.

Sie sind verwirrt und wissen nicht recht? Erinnern wir uns: Die hier versammelten literarischen Zeitbilder des Thomas Wolfe sind zwischen 1926 und 1936 notiert worden. Stichworte vor Ort, Karten und Briefe von dort, in den USA Überarbeitetes später. Das lässt sich auch anders umschreiben: Zeitzeugnisse einer Bildungsreise plus aktuelle Interpretation des Erlebten und von Reise zu Reise deutlicher, präziser: Das Deutschlandbild des Schriftstellers verändert sich, es zerbröselt langsam, viel zu vorsichtig.

Thomas Wolfe ist zu intelligent, um das nicht zu bemerken. Er braucht Zeit, um es sich selbst einzugestehen und es auch zuzugeben, öffentlich ohne Wenn und Aber. Andere bemerken es schneller: Martha Dodd zum Beispiel, die Tochter des amerikanischen Botschafters, die wie ihr Vater versucht, Thomas Wolfe auf die rasanten Veränderungen im Deutschen Reich aufmerksam zu machen und ihn zu warnen. Heinrich Maria Ledig-Rowohlt trifft sich regelmäßig mit ihm – es geht in den Gesprächen längst nicht nur um Wolfes im Rowohlt Verlag noch 1936 und 1937 erscheinende Bücher („Von Zeit und Strom" und „Vom Tod zum Morgen"). Der Schriftsteller ist in Deutschland, als der Reichstag die Nürnberger Rassegesetze einstimmig annimmt. Das ist nicht zu überhören, zu übersehen und schon gar nicht zu verdrängen.

Ein Jude im Zugabteil gen Westen

Von Anfang an spart Thomas Wolfe nicht mit kritischen Anmerkungen, ja – eigentlich nicht, nur ändern sie nichts an seiner überraschend hartnäckigen unkritischen Grundhaltung gegenüber dem deutschen Musterländle. Ausnahmen bestätigen die Regel: Die Auftritte der schmissigen Studenten der schlagenden Verbindungen missfallen ihm, und wie. Er mag sie nicht, die „Hunnen" mit ihren Stiernacken, diese George-Grosz-Gestalten, feist und fett. Er weiß dank des amerikanischen Botschafters mehr über Interna des Reiches als viele andere, er beobachtet genau und sieht mehr als die meisten. Thomas Wolfe ahnt, nein, er weiß: „Diese Nation ist heute jenseits des Schattens eines Restzweifels voll von Uniformen und dem Stampfen marschierender Männer – ich habe es gestern mit meinen eigenen Augen auf zweihundert Meilen in hundert Städten und Dörfern im friedlichsten, hübschesten und am freundlichsten wirkenden Land gesehen, das ich je besucht habe. Tausende von Gruppen, zahllose Divisionen von Menschen, angefangen von achtjährigen Kindern bis hin zu Männern um die fünfzig, alle jenseits jeden Zweifels erfüllt von Hoffnung, Enthusiasmus und inspiriertem Glauben an eine fatale und zerstörerische Sache – und die Sonne schien den ganzen Tag, und die Felder sind so ungeheuer grün, die Wälder so überaus bezaubernd, die kleinen Städte so ungemein sauber und die Gesichter der Menschen die freundlichsten, die mir je begegnet sind; was kann man da also sagen?"

Doch bei aller Entfremdung, aller Enttäuschung, allen politischen Vorahnungen – Thomas Wolfe bleibt seinem Ideal treu, viel zu lange. Er wird nicht müde zu betonen: „Das ist das Deutschland, das ich liebe und an das ich glaube – das große Deutschland des Geistes und Herzens und Gemüts." Doch er hat nie begriffen, was Heinrich Maria Ledig-Rowohlt noch viele Jahre später so umschrieben hat: „Er war für alle, die mit ihm in Berührung kamen, die fleischgewordene freie Welt, nach der wir uns in Hitlers Gefängnis mehr und mehr sehnten."

Als Thomas Wolfe im September 1936 Deutschland wieder verlässt, ahnt er, dass er sein Traumland nie wiedersehen wird. Zurück in New York schreibt er arg selbstbewusst, er sei ein „politischer Kopf" geworden, und liefert die passende Analyse gleich dazu: „Europa glich in diesem Sommer einem Vulkan, erfüllt von giftigem und verdichtetem Hass jeglicher Art, einem Vulkan, der jeden Moment auszubrechen droht. […] Es ist schön, wieder zu Hause zu sein mit der Empfindung, dass wir bei all unseren Defiziten frei sind von fiesen beengenden nationalen Hassgefühlen, dass wir immer noch »

Cato Bontjes van Beek, Hermann Vinke (Hg.)
„Leben will ich, leben, leben."
Die junge Frau, die gegen die Nazis kämpfte und ihr Leben ließ.
Elisabeth Sandmann Verlag, München 2020
Gebundene Ausgabe, 240 Seiten
ISBN 978-3-945543-80-1 • 24,00 €

» Raum und Luft haben, wohin wir uns bewegen können." Neue Töne, ganz neue Klänge.

Im März 1937 erscheint sein Reisebericht „I Have a Thing to Tell You" – „Nun will ich Ihnen was sagen" – in „The New Republic": ein „Ausreisebericht" eher, meint Oliver Lubrich in seinem glänzenden und höchst informativen Nachwort zu diesem Band. Eine Episode darin: Wolfe ist von Berlin aus in einem voll besetzten Zugabteil gen Westen, nach Belgien und dann weiter nach Paris unterwegs. Ein Mitreisender wird von einem Polizisten verhaftet, einem dieser „Hunnen", die Wolfe noch nie mochte: Der Jude schafft den Grenzübertritt als Einziger nicht, er wird abgeführt. „[In seinem] Blick lag die ganze Stummheit menschlicher Seelenqual auf Erden. Und wir waren alle irgendwie nackt und beschämt und irgendwie schuldig. Wir fühlten alle irgendwie, dass wir uns nicht von einem Menschen, sondern von der Menschlichkeit verabschiedeten; nicht von einem namenlosen Teilchen der Materie, sondern vom verblassenden Gesicht eines Bruders." Neue Töne, ganz neue Klänge des Erzählers Thomas Wolfe.

„Nur leben will ich, leben, leben!"

Am 5. August 1943 schreibt Cato Bontjes van Beek aus Berlin-Plötzensee ihren letzten Brief an die Mutter: „Meine liebe, liebe Mama, ich habe geglaubt, ich könnte Dir diesen Brief als Geburtstagsbrief schreiben und nun wird es der allerletzte an Dich sein. Mama, es ist nun soweit und ich werde nur noch ein paar Stunden unter den Lebenden sein. Mama, dass ich es Dir nicht selbst sagen kann und Du nicht bei mir bist, das ist hart. […] Schade, dass ich nichts auf der Welt lasse als nur die Erinnerung an mich. […] Immer bin ich bei Dir, meine liebste Mama. Dodo."

Als Cato diese und viele andere Zeilen mehr schreibt, da ist sie gerade 22 Jahre jung. Am gleichen Tag schreibt sie an ihre Schwester Mietje/Meme und an ihren Bruder Tim. Es bleibt noch Zeit für ein Gespräch mit dem Gefängnisgeistlichen, dann wird Cato hingerichtet. Ihr Leichnam wird nicht bestattet, er wird dem Anatomisch-Biologischen Institut der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin „zu medizinischen Forschungszwecken" übergeben. Prof. Dr. Hermann Stieve, der zuständige Arzt, lässt Catos Leichnam „zu Gewebeschnitten" verarbeiten. Und Hermann Vinke, der Herausgeber und Autor ihres Porträts, hält ganz sachlich fest: Erst 2016 werden 300 Gewebeproben von ermordeten Frauen aus dem Nachlass des Hermann Stieve (auch nach 1945 in Amt und Würden) auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof beigesetzt. „Eine Grabplatte erinnert an die 2 800 in Plötzensee durch das Fallbeil oder den Strang ermordeten Menschen."

Am 14. November 1920 wird Cato Bontjes van Beek in Bremen geboren. In Fischerhude wächst sie im Familienkreis von Malern, Musikern und Keramikern auf. Ihr Vater Jan bildet sie in Berlin in seiner Werkstatt zur Keramikerin aus, sie lernt Steno und Buchführung („Buchführung hat der liebe Gott im Zorn erschaffen.") an einer privaten Berufsschule. An der Reichssegelflugschule in Trebbin macht sie eine Segelflugausbildung, eine Voraussetzung: die Mitgliedschaft im „Nationalsozialistischen Fliegerkorps". Diesen Kompromiss geht sie ein, auch der „Reichsarbeitsdienst" im Kreis Rastenburg in Ostpreußen muss sein (Kontrolle der eigenen Post inklusive). Fischerhude fehlt ihr und wird auch in der Zukunft immer wieder fehlen: Fischerhude mit seinen Wiesen, seiner Ruhe, seinem Frieden. „An manchen Tagen habe ich grausames Heimweh." Im September 1941 lernt Cato Libertas Schulze-Boysen kennen. Deren Mann Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack sind die Köpfe der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle". (Arvid Harnack und seine Frau Mildred übrigens hatten auch Thomas Wolfe 1936 in Berlin getroffen ...) Cato macht mit, sie entwirft Flugblätter und verteilt sie, sie fühlt sich wohl und weiß sich auf der richtigen Seite: „Es gibt Gott sei Dank noch viele, viele Menschen, die gut sind und das Gleichgewicht hundertfach halten." Oder aus einem Flugblatt: „Die Sorge um Deutschlands Zukunft geht durch das Volk."

Am 20. September 1942 wird Cato verhaftet, im Februar 1943 verhandelt das Reichskriegsgericht (Chefankläger: Oberkriegsgerichtsrat Manfred Roeder) gegen Cato, ihren Freund Heinz Strelow und andere. Beide werden zum Tode verurteilt, Cato wegen „Beihilfe zur Vorbereitung des Hochverrats und zur Feindbegünstigung", Heinz Strelow wegen „Vorbereitung zum Hochverrat und wegen Kriegsverrats". Cato schreibt Briefe, so oft sie darf und kann. Sie versucht, ihre Familie aufzumuntern, der Mutter Mut zu geben und Zuversicht: „Du hast mir so viel fürs Leben gegeben, dass ich alles gut überstehe. Du musst nur viel an mich denken; dass Du das tust, spüre ich gut. Was ist eine räumliche Trennung? Nichts."

Es ist der ehemalige Oberkriegsgerichtsrat und Chefankläger Manfred Roeder, der noch 1957 vor der Entschädigungskammer des Landgerichts Stade bezeugt, Cato habe „aus minderwertigen Motiven" Spionage betrieben und das Urteil 1943 habe „nach den damals geltenden Bestimmungen auf Todesstrafe lauten" müssen. Die Kammer schließt sich seiner Aussage an, erst ein Jahr später wird sie sich korrigieren: Catos Mutter Olga erhält eine Entschädigung und eine Rentennachzahlung. Doch erst 1999 wird das Todesurteil gegen Cato offiziell aufgehoben, da ist Olga Bontjes van Beek bereits seit vier Jahren tot. Sie war es, die Mutter, die Jahrzehnte lang mit allen rechtlichen

Victor Klemperer, Nele Holdack und Christian Löser (beide Hg.)
Licht und Schatten. Kinotagebuch 1929 – 1945
Mit einem Vorwort von Knut Elstermann.
Aufbau Verlag, Berlin 2020
Gebundene Ausgabe, 363 Seiten
ISBN 978-3-351-03832-8 • 24,00 €

Mitteln dafür kämpfte, dass die Erinnerung an ihre Tochter Cato, an ihr Leben und ihr Sterben in der Welt bleibt, im Gedächtnis der Älteren und besonders auch der Jüngeren, für die Hermann Vinke dieses einfühlsame, liebevolle Buch geschrieben und zusammengestellt hat.

Klemperer und Wolfe – ein Gedankenspiel

Noch am 3. September 1936 schreibt Thomas Wolfe in Berlin unter der Überschrift „Über Rede und Gedankenfreiheit" unter anderem diese Sätze in sein Notizbuch: „Das Volk hat in Deutschland die Freiheit, einiges zu sagen und zu schreiben und zu denken, was es in Amerika nicht sagen und nicht schreiben dürfte. In Deutschland hat man beispielsweise die Freiheit, zu sagen und zu schreiben, dass man Juden nicht leiden kann und dass man Juden für ein schlechtes, verkommenes und widerwärtiges Volk hält. In Amerika hat man diese Freiheit nicht." Diese damals wie heute wirre, schlicht unerträgliche Notiz bleibt uns quer im Gedächtnis, auch wenn nur ein halbes Jahr später in den USA seine so ganz andere Erzählung „I Have a Thing to Tell You" erschienen ist.

Am 5. September 1936 wird der schon 1912 zum Protestantismus konvertierte Jude Victor Klemperer mit seiner Frau gen Radebeul und Meißen in die Sommerfrische fahren, im „Bock", seinem Auto, auf das der Professor so stolz ist, auch wenn das Paar es sich eigentlich kaum leisten kann. Kinobesuche werden deshalb in dieser Woche ausfallen müssen. Am 14. September schreibt er in sein Tagebuch: „Was der Parteitag der Ehre an Paroxysmen und irrsinnigen Lügen der Judenhetze in den Reden Hitlers, Goebbels' und Rosenbergs aufgebracht hat, übersteigt jede Vorstellung. Man denkt immer, es müssten sich doch irgendwo innerhalb Deutschlands Stimmen der Scham und Angst erheben, es müsste ein Protest aus dem Ausland kommen, das überall (auch Italien, der Alliierte!) Juden auf höchsten Posten sitzen hat – nichts! Bewunderung für das dritte Reich, für seine Kultur, zitternde Angst vor seinem Heer und seinen Drohungen. […] Sprache des 3. Reichs: ‚Der deutsche Lustspielfilm **marschiert**.'"

Nur gut zwei Jahre später werden im November und Dezember 1938 das Kinoverbot und das Autofahrverbot für alle Juden erlassen, auch die öffentlichen Bibliotheken bleiben den Juden ab da fest verschlossen, Abonnements von Zeitungen und Zeitschriften sind ihnen nicht mehr erlaubt: Drei, vier nicht nur für Victor Klemperer, seine Freiheit und sein Leben unerlässliche Überlebensmittel stehen nicht mehr zur Verfügung, ab sofort, von heute auf morgen. In den zwangsweisen Ruhestand als ordentlicher Professor an der TH Dresden war Klemperer bereits nach Inkrafttreten des „Reichsbürgergesetzes" Ende April 1935 versetzt worden, sein Haus im Dresdner Vorort Dölzschen muss das Ehepaar im Mai 1940 räumen.

Es ist eine so reizvolle wie makabre Vorstellung: Der amerikanische Erfolgsschriftsteller Thomas Wolfe und der Protestant jüdischer Herkunft, der in den Ruhestand zwangsversetzte Literaturwissenschaftler und Romanist Victor Klemperer, hätten sich 1935 oder 1936 treffen können, vielleicht in Leipzig oder auch in Weimar. Worüber hätten sie miteinander geredet? Was hätten sie voneinander gehalten? Und was wäre dann geschehen?

Vom Bemühen, nicht zu verzweifeln …

Als 1995 Victor Klemperers Tagebücher aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 im Aufbau Verlag unter dem Titel „Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten" erscheinen, wird schnell klar: Sie sind eine faszinierende Chronik und Chronologie der NS-Zeit und ihrer Wirklichkeit, brillant und blitzgescheit, schonungslos offen und schmerzhaft ehrlich. Man musste damals kürzen, Vollständigkeit hätte den Umfang dieser Edition gesprengt.

Im vergangenen November hat der Aufbau Verlag endlich nachgelegt: mit Klemperers Kinotagebuch aus den Jahren 1929 bis 1945, mit „Licht und Schatten". Das ist lebendigste Kulturgeschichte, amüsant, fröhlich oder auch ironisch zwischendurch, selbst bei Beobachtungen wie dieser: „In der neulich gekauften Filmzeitung fiel mir das umgehende Kriechen vor der Regierung auf. Eine Schauspielerin beschreibt ganz kurz ihren Lebensweg. Darin darf der Satz nicht fehlen: Ich hatte das Glück, den Führer auf seiner Fahrt zum Stadion zu sehen." Nein, die Sorge, dass seine Tagebücher in die falschen Hände geraten könnten, hat Klemperer nicht. Er notiert alles, was ihn stört: eher nebenbei die politischen Veränderungen, die wachsenden persönlichen Probleme, die handfesten Schwierigkeiten, das Leben in den „Judenhäusern", die wachsende Verzweiflung, die unendliche Ratlosigkeit, „das Bemühen, nicht zu verzweifeln".

Die „Lichtspielhäuser" sind Klemperers großes Glück: „Ich bin so sehr gern im Kino; es entrückt mich." Der Stummfilm-Freund hält die ersten, sich seit 1929 vordrängelnden Tonfilme für Zumutungen, um es mal vornehm auszudrücken. Unzumutbar diese Schauspielerinnen und Schauspieler mit ihren „entstellten Stimmen, die das Wenigste, das Belanglose, langsam und mechanisch herausquetschen". Das kann nicht sein, das darf nicht sein, das hat keine Zukunft, kurz und schlecht: „Eine gemordete Kunst, der Tonfilm."

Es wird dauern, bis sich Klemperer vom Gegenteil überzeugen lässt. Am 10. Juni 1932 notiert er zu einem Film, den seine Frau und er zwei Tage vorher gesehen haben: „Das Spiel, auch das Sprechen (auch im Klang) gut, oft erschütternd gut. Dass der Inhalt ein melodramatischer Kitsch ist – claro. Aber Wirkung hat er, und die Schauspielerei ist große Kunst. Durchweg. […] die Marlene Dietrich, fast noch besser als Emil Jannings." „Der Blaue Engel" überzeugt den Skeptiker endgültig, und Marlene Dietrich ihn noch ein kleines bisschen mehr.

Zu jedem Film gibt's eine Kritik, kurz, knapp und auf den Punkt. 142 Filmkritiken, es sind oft Sammelkritiken, ein Film nach dem nächsten. Und dieser gelehrte Professor beherrscht die journalistischen Kurzformen wie der gewiefteste Profi. Schreiben kann er und formulieren, dass es eine Freude ist. Seine Filmkritiken lesen sich selbst jetzt nach vielen Jahrzehnten noch wie kritische Einladungen zum nächsten Kinobesuch, gleich morgen Abend. Hier ist alles drin: Inhalt, Stil, Mache, Lob oder Kritik. Seine Kurztexte machen Lust auf manchen dieser uralten Filme, Schmachtfetzen inklusive. Und die Wirklichkeit damals, sie gibt es dazu, oft en passant: „Es ist nur mit den Augen wie mit dem Hut: der dazugehörige Kopf muss erhalten bleiben."

Viktor Klemperers Kinotagebuch „Licht und Schatten" ist grandios: Kulturgeschichte, Zeitgeschichte, ein Buch über ein ganz besonderes Leben und das Überleben auch. ■

Über die „Retter in Uniform“

Wolfram Wette

Es gab auch in der Wehrmacht mutige Menschen, die verfolgten Juden halfen und dafür aus dem Regelsystem des riesigen Militärapparats der Nationalsozialisten ausscherten. Mit diesen „Rettern in Uniform“ beschäftigt sich die Historikerin Christiane Goos in ihrer Göttinger Dissertation. In ihren Worten: „Die vorliegende Studie untersucht Angehörige der Wehrmacht, die während der deutschen Besatzung in Polen 1939–1945 Humanität und Zivilcourage über ihre Befehls- und Gehorsamspflicht stellten, um damit auf ihre Weise zu versuchen, den Auswirkungen der nationalsozialistischen Besatzungs- und Vernichtungspolitik entgegenzuwirken.“ Die Autorin schöpft einerseits aus der Forschungsliteratur über die „unbesungenen Helden“, die in den vergangenen 20 Jahren rasant angewachsen ist, fügt aber auch neue Fälle hinzu. Ihr Anliegen ist es, vor allem die Rettungsumstände zu rekonstruieren, den Motiven nachzuspüren und zu untersuchen, wie sich die Absicht, Widerstand zu leisten, jeweils entwickelt hat.

Wehrmachtsangehörige – genau wie Polizisten oder Beamte der Zivilverwaltung – konnten verfolgten Juden demnach ihre Solidarität auf dreierlei Weise bekunden: Sie erklärten jüdische Zwangsarbeiter, die in Werkstätten der Wehrmacht eingesetzt waren, mit dem vorgeschobenen Argument der „Kriegsnotwendigkeit“ für unverzichtbar und verhinderten damit ihre Deportation in die Vernichtungslager. Oder sie leisteten Fluchthilfe. Oder sie schützten Verfolgte, indem sie sich – einmalig in der südostpolnischen Stadt Przemysl – den Vernichtungskommandos direkt entgegenstellten. Solcher „Rettungswiderstand“ fand in der Regel nicht an der Front statt, sondern im „rückwärtigen Heeresgebiet“, wo die Logistik für den Kriegseinsatz bereitgestellt wurde, sich aber auch die Konzentrations- und Vernichtungslager befanden.

Nicht haltbar ist die inflationär benutzte Nachkriegslegende, man habe in der NS-Diktatur und erst recht in den bewaffneten Organisationen des NS-Staates „doch nichts machen können“, weil stets die Todesstrafe gedroht habe. Es ist nur ein einziger Retter in Uniform bekannt, der für seine Taten mit dem Leben bezahlte: Der Feldwebel Anton Schmid aus Wien konnte im litauischen Wilna (Vilnius) mehr als 300 jüdischen Verfolgten das Leben retten und wurde dafür von einem Feldkriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen.

Die anderen deutschen Retter in Uniform – die Autorin präsentiert immerhin 28 Männer, die im besetzten Polen (und in Litauen) Hilfeleistungen erbrachten – nutzten ihre Handlungsspielräume mit erheblichem Ein-fallsreichtum und geschickten Tarnmanövern, woraus sich ein zwar gemindertes, aber unberechenbares Risiko ergab.

Die Schilderungen der unterschiedlichen Rettungstechniken gehören zu den spannenden Teilen dieser Untersuchung. Ein wesentlich größeres Risiko gingen polnische Judenretterinnen und Judenretter ein. Auf Plakaten wurden ihnen von der deutschen Besatzungsmacht mit der Todesstrafe gedroht, und diese Strafe wurde auch regelmäßig und gnadenlos verhängt.

Was nicht aus den Augen verloren werden darf: Für das Gesamtgeschehen des Polenkrieges hatten die Hilfeleistungen der wenigen deutschen Retter in Uniform nur eine marginale Bedeutung. Das wird unmittelbar deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass in den sechs Jahren terroristischer deutscher Besatzung etwa sechs Millionen Polen ihr Leben verloren, darunter drei Millionen Juden. Dass sich trotz dieser Barbarei nach dem Krieg allmählich wieder geregelte Beziehungen zwischen Polen und Deutschland entwickeln konnten, grenzt an ein Wunder.

Bedeutsam sind die in Christiane Goos' Buch präsentierten Retter für unsere Erinnerungskultur. Sie glänzen wie Edelsteine im großen Schutthaufen der deutschen Kriegs- und Vernichtungsgeschichte. Sie sind ein Beleg dafür, dass es damals auch eine kleine Welt jenseits des Befehlsgehorsams gab, in der mutige Menschen ihre spezifischen Handlungsspielräume nutzten und menschlichen Anstand bewiesen. Die Autorin hebt in ihrem Fazit hervor, dass die von ihr untersuchten „Retter in Uniform“ bei aller situativen Unterschiedlichkeit der einzelnen Hilfeleistungen und Rettungstaten eines ge-

Prof. Dr. Wolfram Wette ist pensionierter Historiker, Friedensforscher und Mitglied der Regionalen Arbeitsgruppe Südbaden von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Christiane Goos
„Ich habe mich geschämt, dass ich zu denen gehöre …“
Rettungswiderstand in der Wehrmacht im besetzten Polen 1939 bis 1945.
Hase & Koehler Verlag, Weilerswist-Metternich 2020
Taschenbuch, 388 Seiten
ISBN 978-3-7758-1413-3 • 39,90 €

meinsam haben: Diese Männer wurden nicht als Retter geboren, aber sie hatten in ihrer Erziehung als Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine „humane Grundhaltung" vermittelt bekommen, die ihr Bewusstsein und ihr Gewissen stärker prägte, als es die militärischen und rassistischen Zumutungen der Wehrmacht vermochten. Daher reagierten sie angesichts der rassenideologischen Herausforderungen, vor die sie sich während des Krieges und der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen gestellt sahen, anders als die meisten Wehrmachtsangehörigen.

Etliche von ihnen wurden nach dem Krieg vom Staat Israel als „Gerechte unter den Völkern" geehrt. Andere, die auch gerettet hatten, was aber mangels überlebender Zeitzeugen nicht zweifelsfrei bewiesen werden konnte, erfahren nun durch die Forschungsarbeit von Christiane Goos eine Würdigung. ■

Kritischer Streifzug durch die Kirchengeschichte

Günter Neugebauer

Der Titel ist sperrig und wirft zunächst Fragen auf: „Biblische Geschichten in literarischer Deutung und Beiträge zur Theologie- und Kirchengeschichte". So hat Joachim Liß-Walther sein neues opulentes Werk genannt. Auf 616 Seiten unternimmt der emeritierte Pastor und ehemalige Studienleiter an der Akademie in Sankelmark einen kritischen literarischen Streifzug durch die Geschichte. Der Weg des Autors führt uns von alttestamentarischen Geschichten wie der Sintflut – in der Fassung einer gewaltigen Romantrilogie von Stefan Andres über die „Braune Sintflut" des 20. Jahrhunderts – und die Erzählungen von Saul und David – in den faszinierenden Interpretationen von Max Zweig und Stefan Heym – über den in der Auseinandersetzung mit Juden sehr widersprüchlichen Martin Luther und das Schweigen der meisten Christen im Nationalsozialismus bis hin zu Einsichten und Erkenntnissen der Kirche nach der Shoah.

Joachim Liß-Walther vertritt die These, dass die Erzählungen der Bibel nach wie vor aktuell seien und helfen könnten, die Gegenwart als Zeitalter von Globalisierung und deren menschheitsbedrohenden Herausforderungen zu interpretieren sowie Entstehung und Folgen des Antisemitismus besser zu verstehen. Er ist Landesvorsitzender der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Schleswig-Holstein, Vorsitzender des Freundeskreises Jüdisches Museum in Rendsburg und aktiv in der Landesarbeitsgruppe Schleswig-Holstein von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. So verwundert es nicht, dass Liß-Walther sich auch auf Leben und Werk bedeutender jüdischer Autoren und Geistesgrößen wie Josel von Rosheim, Franz Werfel mit Kurt Weill, Richard Beer-Hofmann oder Max Zweig bezieht. Sein Rückblick verweist uns auf 1.700 Jahre jüdisches Leben und dessen ständige Ausgrenzung durch die christlichen Kirchen in Deutschland bis zum schrecklichen Höhepunkt in der NS-Zeit. Hier gelangt der Autor und Pastor zu der eindeutigen Analyse, dass das Morden im NS-Terrorstaat ohne die kirchlich-antijüdische Tradition und ohne das überwiegende Schweigen der Christen und auch deren Mitwirkung kaum denkbar gewesen wäre.

Mit Beispielen aus Schriften des Neuen Testaments, aus Traktaten von Kirchenvätern des ersten Jahrhunderts, aus den Hetz- und Hatzschreiben Martin Luthers, aus den sogenannten „Glaubenssätzen" nicht allein der deutschen Christen im Nationalsozialismus, an denen auch kirchenleitende Persönlichkeiten der schleswig-holsteinischen Landeskirchen mitwirkten, belegt Liß-Walter die „jahrhundertelang antijüdisch geprägte Tradition in Theologie und Kirche".

Die quellenbelegte und (selbst-)kritische Analyse des Autors ist eine wertvolle Ergänzung der wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung über die Mitverantwortung von Christen für den aktuellen Antisemitismus und den Holocaust. ■

Günter Neugebauer ist Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Joachim Liß-Walter
Geschichten der Bibel in literarischer Deutung und Beiträge zu Theologie- und Kirchengeschichte.
Lutherische Verlagsgesellschaft, Kiel 2020
Gebundene Ausgabe, 616 Seiten
ISBN 978-3-87503-241-3 • 24,95 €

Hilfe auf Augenhöhe – Die Widerstandsgruppe „Onkel Emil“

Larissa Bothe

Der Weg in den Untergrund war für Jüdinnen und Juden spätestens ab Anfang 1942 die letzte Möglichkeit, um sich vor der Verfolgung und Ermordung durch die Nationalsozialisten zu retten. Für diesen Schritt brauchte es nicht-jüdische Helfende und ein gutes Netzwerk. Einem dieser Netzwerke widmet sich Wolfang Benz in seinem neuen Buch „Protest und Menschlichkeit. Die Widerstandsgruppe ‚Onkel Emil‘ im Nationalsozialismus“. Benz erinnert mit diesem Buch an den Freundeskreis um die Journalistin Ruth Andreas-Friedrich. Sie war Mittelpunkt des Netzwerkes, das sich für jüdische Kolleginnen und Kollegen, aber auch für Freunde einsetzte und sich so am Widerstand gegen die Nationalsozialisten beteiligte. Der Gruppe gehörten am Ende 20 Frauen und Männer an.

Nach einer kurzen Einführung zur Verfolgung von Jüdinnen und Juden im Nationalsozialismus geht Benz ausführlicher auf die Handlungsmöglichkeiten der Verfolgten ein. Ihm ist es ein Anliegen zu zeigen, dass es wichtig ist, den „historischen Kontext der Verfolgung, die Existenzbedingungen im Untergrund und die geringen Chancen des Überlebens versteckter Juden vor Augen zu haben“. Denn nur unter Berücksichtigung der Umstände könnten die Anstrengungen und Leistungen der Widerstandskreise angemessen eingeschätzt werden.

Untergrund als letzter Ausweg

Überblicksartig beschreibt Benz, warum eine Auswanderung nur schwer möglich und mit welchen Herausforderungen ein Versuch verbunden war. Damit wird deutlich, warum der Weg in den Untergrund oft das letzte Mittel war. Gerade in Berlin suchten viele Jüdinnen und Juden in der Anonymität der Großstadt Verstecke. Wolfgang Benz vermittelt hier exemplarisch über weitere – zum Teil sehr bekannte – Schicksale einen Eindruck davon, welche Verstecke genutzt wurden, welche Netzwerke es in der Stadt gab und welche Hilfe möglich war.

Die Gruppe um Ruth Andreas-Friedrich formierte sich aus Solidarität und Freundschaft mit Jüdinnen und Juden. Initialzündung war für sie das Novemberpogrom 1938, als jüdische Freunde hilfesuchend vor ihrer Tür standen. Spannend sind die Auszüge aus dem Tagebuch der Journalistin, in dem sie die Geschehnisse festhielt – jedoch nutzte sie für die Mitglieder der Gruppe andere Namen, um sie zu schützen. In einigen Fällen weiß man dennoch, wer hinter den Tarnnamen steht. Das Leben und Wirken der einzelnen Mitglieder wird – sofern die Quellenlage es zuließ – anschaulich vorgestellt, die Tätigkeit der Gruppe zugleich detailliert beschrieben. Bei den vielen Namen und Plätzen ist es dabei nicht immer leicht, den Überblick zu behalten.

Namenspatron der Gruppe war Dr. Walter Seitz, der innerhalb der Gruppe „Onkel Emil“ genannt wurde. Er war ein überzeugter Gegner des Hitler-Regimes. Später wurde die Bezeichnung „Onkel Emil“ wohl als Warnung untereinander verwendet. Das Miteinander auf Augenhöhe stellt Wolfgang Benz als besonderes Merkmal der Gruppe heraus. Die Gleichberechtigung der Mitglieder mache sie „beispiellos in der Geschichte des Widerstandes gegen Hitler.“ Nichtjüdische und jüdische Menschen taten sich zusammen, um gemeinsam gegen das Unrecht vorzugehen. In anderen Gruppen oder auch Hilfssituationen habe es gewöhnlich Hierarchien oder auch Abhängigkeitsverhältnisse gegeben, aber nicht so in diesem Fall.

Lebenswege nach 1945

Eine Besonderheit ist, dass Benz sich nicht allein auf das Wirken der Gruppe im Widerstand konzentriert, sondern – soweit möglich – die Lebenswege und beruflichen Karrieren der Mitglieder nach 1945 weitererzählt. So widmet er sich auch dem Gedenken an die Gruppe um Ruth Andreas-Friedrich, die erst nach ihrem Tod 2002 den Ehrentitel „Gerechte unter den Völkern“ verliehen bekam. ■

Larissa Bothe ist wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Projektleiterin des ARGUTRAINING – WIeDERSPRECHEN FÜR DEMOKRATIE.

Wolfgang Benz
Protest und Menschlichkeit.
Die Widerstandsgruppe „Onkel Emil“ im Nationalsozialismus.
Reclam Verlag, Stuttgart 2020
Gebundene Ausgabe, 220 Seiten
ISBN 978-3-15-011258-8 • 22,00 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle, Vorsitzender, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a. D.

Christine Lieberknecht, Stellvertretende Vorsitzende, Ministerpräsidentin des Landes Thüringen a. D.

Linda Teuteberg, Stellvertretende Vorsitzende, MdB

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Iris Gleicke, Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer a. D.

Bernd Goldmann, Schatzmeister, ehemaliger Direktor der UBS Deutschland AG, Niederlassung Berlin

Kerstin Griese, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Erik Bettermann, ehemaliger Intendant der Deutschen Welle

Prof. Dr. Friedhelm Boll, ehemaliger Historiker am Historischen Forschungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung

Tilo Braune, Staatssekretär a. D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Burkard Dregger, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Reinhard Grindel, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes a. D.

Dr. Norbert Haase, Historiker, ehemaliger Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Christian Hirte, MdB

Dr. Werner Jung, Direktor des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Baden-Württemberg, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

Ernst Klein, Mitglied der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, MdB a. D.

Paul Nemitz, Hauptberater in der EU-Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucherschutz

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker, Verleger

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Dieter Schulte, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Lala Süsskind, ehemalige Vorsitzende des Vorstandes der Jüdischen Gemeinde zu Berlin

Lothar Tautz, Religionspädagoge

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Arnold Vaatz, MdB, Staatsminister a. D.

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, MdB a. D.

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister a. D.

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Barbara Stamm, Präsidentin des Landtages von Bayern a. D.

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, 2015 – 2020, Historiker

Wolfgang Tiefensee, 2012 – 2014, Bundesminister a. D.

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003 – 2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick (†), 2000 – 2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel (†), 1993 – 2000, Bundesminister a. D.

Die neue Publikation
von Gegen Vergessen –
Für Demokratie e.V.

Themenfeld Demokratiegeschichte

Dieser Tagungsband kann kostenfrei in der Berliner Geschäftsstelle bestellt werden oder online unter: *www.gegen-vergessen.de/verein/medien/publikationen/*

Gefördert durch
Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien